

DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft - Sonderausgabe Dezember 99



**25 Jahre die gefährlichste
Basisgruppe - ever!**

Impressum:

Medienhaber, Herausgeber und Verleger:
Der Rote Börsenkrach - Basisgruppe VWL und
Harald Fadinger c./o. Studienrichtungs-
vertretung Volkswirtschaft,
(beide) Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Layout: trax@lili.at
Druck: Börsedruck, 1230 Wien.
Erscheinungsort: Wien

Blattlinie: Dem Willen der Medianleserin / des
Medianlesers angepasst
Der Rote Börsenkrach erscheint plötzlich,
unerwartet aber doch.

1974 bis 1999

25 JAHRE

DER ROTE BÖRSENKRACH

BASISGRUPPE VOLKSWIRTSCHAFT

Vorwort



Als wir im heurigen September begonnen haben, das Projekt "25 Jahre Roter Börsenkrach" zu planen, waren wir uns der Schwierigkeiten, die mit seiner Durchführung verbunden sein würden und der Ausmaße, die es annehmen sollte, noch keineswegs bewußt. Erst als wir anfangen, Daten ehemaliger Aktivistinnen und Aktivisten ausfindig zu machen, erkannten wir, daß ungefähr 200 000 Leute im Laufe der Zeit den Charakter dieser Basisgruppe mitgeprägt hatten und es nicht leicht werden würde, alle aufzuspüren (es ist uns auch nicht gelungen, denn noch jetzt, da dieser Artikel niedergeschrieben wird, tauchen beim Durchstöbern der Archive immer neue Namen auf, von denen wir bisher noch nichts gehört haben). Viele ehemalige RBKlerInnen wohnen nicht mehr in Österreich, oder sind zumindest für uns unauffindbar geblieben. Andererseits waren wir auch überrascht, bei vielen der AktivistInnen, die wir kontaktierten, noch ein großes Ausmaß an Enthusiasmus für unser Projekt vorzufinden, was uns bestärkte, es trotz des großen Aufwands tatsächlich durchzuziehen. Manche zählten uns aus dem Gedächtnis gleich ellenlange Listen von Leuten auf, die wir unbedingt noch einladen mußten, da sie entweder tragende Säulen des RBK gewesen seien, oder sich zumindest in seinem Umfeld bewegt hätten. Nur auf einem Gebiet hätten wir uns etwas mehr Unterstützung

erwartet, als uns tatsächlich zuteil geworden ist, nämlich beim Schreiben von Artikeln für diese Ausgabe. Wir hatten von Anfang an geplant, in diesem RBK hauptsächlich Beiträge ehemaliger AktivistInnen abzudrucken, um das gesamte RBK-Meinungsspektrum des letzten Vierteljahrhunderts abzudecken, scheiterten jedoch zumindest teilweise an den vollgestopften Terminkalendern der RBKlerInnen, in denen sich meist leider kein Platz für ein paar Stunden fand, in denen ein noch so kleines Artikelchen geschrieben werden könnte. Um so höher ist es daher jenen anzurechnen, die doch Zeit hatten, etwas zu diesem Werk beizutragen, vor allem deshalb, weil es sich sicherlich nicht um Personen handelt, die weniger zu tun haben, als die anderen, höchstens waren ihre Präferenzen anders gelagert. Auffallend ist auch, daß ein Gutteil der uns zugesandten Aufsätze von Personen stammt, die heute im akademischen Bereich tätig sind, und die sich daher wahrscheinlich noch eher eine Kritik der Neoklassik oder eine Abhandlung über marxistische Theorie aus dem Ärmel schütteln können, als andere, was aber nicht heißt, daß sich die anderen darauf ausreden könnten, denn es hätte genug nicht VWL-theoretisches zu schreiben gegeben. Da wir uns außerstande gesehen haben, selbst den Großteil dieser Ausgabe zu füllen, haben wir einiges an Artikeln alter RBK-Ausgaben in diese

Jubiläumsausgabe verpackt, damit diejenigen, die jetzt nichts schreiben konnten, zumindest durch ihre damaligen Werke vertreten sind. So finden sich Beiträge zu verschiedenen Schwerpunktthemen, wie Basisdemokratie, Selbstverständnis des Roten Börsenkrach, Studienbedingungen einst und jetzt, Kritik an der Neoklassik und dem Formalismus in der Ökonomie, die teilweise alten Ausgaben entnommen sind und sozusagen ein "best-of" darstellen. Wir glauben aber, daß das für eine Jubiläumsausgabe eine durchaus vertretbare Vorgangsweise ist, da sicher kaum jemand alle RBKs der letzten 25 Jahre zu Hause hat und die derzeitigen Studierenden auf diese Weise einen ziemlich guten Einblick in die Geschichte und das Selbstverständnis des RBK erhalten können. An Gastartikeln finden sich in dieser Ausgabe folgende Aufsätze: Erstens ist da ein Artikel von Ernst Fehr & Simon Gächter, der sich mit der Eignung der Neoklassik für die Arbeitsmarktökonomie beschäftigt. Weiters gibt es einen Beitrag von Erich Haas über den Mythos des Roten Börsenkrach und einen von Hardy Hanappi zum Einfluß marxischer Theorie auf die heutige Ökonomie. Sylvia Kaufmann beschäftigt sich mit der Empirie der Diskriminierung von Frauen, während Bernhard Obermayr in seinem Essay die Sinnhaftigkeit der

Idee der Basisdemokratie hinterfragt. Richard Sturn untersucht schließlich, ob die neoklassische Ökonomie ein geeignetes Werkzeug für eine linke Ökonomie bieten kann, und zu guter letzt erinnert sich Alexander Van der Bellen an Anekdoten aus der RBK-Geschichte. Auch Selbstkritik darf zum Jubiläum nicht fehlen. Daher stellen wir uns die Frage, wie sinnhaft unsere Arbeit ist, ob nicht unser Basisgruppengetue ein abgeschlossenes System verbergen soll, und ob es uns zur Zeit nicht an inhaltlicher Positionierung mangelt, der RBK also mit der Zeit geht und fehlende Ideologie durch gesteigerten Pragmatismus zu kompensieren versucht. Wir hoffen, daß dieser RBK eine einigermaßen gelungene Synthese von Vergangenheit und Gegenwart darstellt, und daß es uns zumindest ansatzweise geglückt ist, die Positionen und Ideen der Generationen vor uns richtig darzustellen. Viel Spaß daher mit dieser Jubiläumsausgabe des Roten Börsenkrach, die sowohl ein Rückblick auf 25 Jahre Basisgruppenarbeit sein soll, als auch ein Ausblick in die weitere Zukunft unseres Daseins.

P.S.: Wie immer gilt: Namentlich nicht gekennzeichnete Artikel werden vom gesamten Redaktionsteam getragen.



Inhaltsverzeichnis

1	25 Jahre RBK - eine Chronologie
	Krach um den Roten Börsenkrach
15	VON ALEXANDER VAN DER BELLEN
17	Der Rote Börsenkrach - Kritik und Selbstkritik
17	Beitrag zu einem längst fälligen Diskussionsprozess im Börsenkrach
20	RBK - Eine Nabelschau
23	Leserbrief (Über die Schizophrenie bei Studenten)
	Mythos Börsenkrach
24	VON ERICH HAAS
25	RBK - Eigendefinition(en) von 1974 bis 1999
29	Käskössäh? - Basisdemokratie
32	Stuko - Forget It!
36	Der Rote Börsenkrach 99
	Vom abgetackelten Mythos der Basisdemokratie
38	VON BERNHARD OBERMAYR
41	Die Neoklassik - ein Kapitel für sich
42	Mikromathemania
46	Esoterik oder...?
50	Über die Verschulung des VWL Studiums
53	Droht eine Verschulung der VW-Theorie im 2.Abschnitt?
56	Zur Entstehungsgeschichte des neuen Studienplans
59	Studienbedingungen von 74 bis 99
60	Zum Studium der Nationalökonomie
63	Tarockanische Zustände
65	Das Ende von "Pfui"
	Zwei Typen der Kapitalismuskritik und die Neoklassik
69	VON RICHARD STURN
	Wie tot ist Marx? Und was ist mit den kleineren Lichtern?
75	VON HARDY HANAPPI
	Von der politischen zur wirtschaftlichen Emanzipation der Frau
81	VON SYLVIA KAUFMANN
	Vom Nutzen und Nachteil der Neoklassik für das Verständnis von Arbeitsmärkten
85	VON ERNST FEHR UND SIMON GÄCHTER

25 Jahre RBK - eine Chronologie

Die folgenden Seiten sind dem Versuch einer Chronologie gewidmet. Wie man sich vielleicht vorstellen kann ist es nicht unbedingt leicht, anhand von alten, uns teilweise nur unvollständig zur Verfügung stehenden, RBK Ausgaben eine Chronologie der letzten 25 Jahre zusammenzustellen. Nur allzu schnell stellte sich heraus, daß das ursprüngliche Ziel, einen kompletten Überblick über die wichtigen Themen, die innerhalb des RBKs behandelt worden waren, und die "großen Taten", die der RBK geleistet hatte, zu geben, eine utopische Vorgabe darstellte. Zumal die Auflistung all dieser wohl extrem viel Platz erfordern würde.

Das Hauptproblem war allerdings, daß man, selbst wenn einem die alten RBK Ausgaben vorliegen nur sehr schwer Diskussionsprozesse innerhalb des RBKs nachvollziehen kann, bzw auch

in der Zeitung lang nicht all dem Diskutierten Rechnung getragen wurde und oft einiges wohl gar keine Erwähnung fand.

Wir haben also versucht ein mehr oder weniger unvollständiges Bild der Ereignisse zusammenzustellen, wobei diese Auflistung bzw. das Selektieren der "wichtigsten" Ereignisse unsererseits, der Realität, wie sie jeder einzelne erlebt hat, sicher nicht gerecht werden kann. Außerdem haben wir uns im folgenden vor allem auf, das VWL Studium direkt betreffende, Ereignisse gestützt.

Diese kurzen Schlaglichter aus der Vergangenheit bringen vielleicht trotzdem einiges schon Vergessenes wieder ans Tageslicht. Viel Spaß!

Gründung...

...der Basisgruppe Roter Börsenkrach durch Klaus Haase, Erich Haas und Peter Rosner und andere VWL StudentInnen. Der RBK, die Zeitung der Basisgruppe erscheint vorerst als ein- bis zweiseitiges Flugblatt und wird anfangs wöchentlich verteilt. Vorerst werden Wahlen mit Berufung auf die Basisdemokratie abgelehnt.

Erstmaliger Antritt...

zu Wahlen im Rahmen der FLÖ (= Fortschrittliche Liste Ökonomie, als Bündnis zwischen RBK, VSSÖ und KSV).

Atomenergie

Die Atomenergiediskussion, die ganz Österreich beherrscht, schlägt sich auch im RBK in Form zahlreicher Artikel nieder.



1977

Es bilden sich immer mehr Basisgruppen auf der Uni Wien und die Zusammenarbeit zwischen ihnen verstärkt sich. Zum Beispiel wird die neugegründeten Basisgruppe für Germanistik im RBK vorgestellt.

Tuchtfeldt

Die Berufung Professor Egon Tuchtfeldts löst große Aufregung aus. Ein Interview mit RBKlern wird zu einer Blamage für den Professor - vielleicht auch ein kleiner Beitrag dazu, daß er schlußendlich doch keinen Ruf nach Wien erhielt?

ÖH - Wahlen

Die LiLi - Linke Liste kandidiert erstmals als Wahlbündnis zwischen GRM (= Gruppe revolutionärer Marxisten), dem RBK und dem VSSÖ auf Fakultäts- und Hauptausschubebene. Sie schafft auf Anhieb die absolute Mehrheit auf der Fakultät.

Wahlvorschlag des RBKs auf StRV Ebene: *Nadine Berger, Ewald Volk, Ernst Fehr, Eveline List, Friedrich (Jimmy) Förster*

Damals gabs auch noch viele andere Kandidaten, dementsprechend das Ergebnis: Fehr, Brandstätter (ÖSU), Hajnoczi (ÖSU), List, Berger

_SOWI--Fakultätsvertretung

	absolut	relativ
LILI	285	41,0%
MLS	35	5,0%
KSV	32	4,6%
		50,6%
ÖSU	264	38,0%
JES	79	11,4%
	695	49,4%

In Mandaten 3 Mandate für LILI, 2 Mandate für ÖSU. Erstmals in der Geschichte der Universität Wien gibt es damit eine Fakultät mit linker Studentenmehrheit! An allen anderen Fakultäten sind die stärksten Fraktionen weiterhin rechte!

Auf Antrag der LiLi Vertreter wird erstmals eine Orientierungslehrveranstaltung am Beginn des Semesters abgehalten.

Erste Institutsversammlung

Die im UOG 1975 geschaffene Institutsversammlung (IV) wird erstmals einberufen. Auch Berichte über Forschungstätigkeiten sind damals noch Bestandteil der IV.

Streitereien...

...und viel Kritik an Professor Streißler, Professor Börs und dem neu ans Institut berufenen Professor Orosel.

Inhaltlicher Schwerpunkt: Imperialismus - zum Einfluß der Westmächte in Afrika

Gegen die Anstellung Peter Rosners, Gründungsmitglied des RBK, wird am Institut intrigiert. Rosner wird allerdings trotzdem zum Assistenten bestellt.



ÖH - Wahlen 1979

Die LiLi - Linke Liste, diesmal als Bündnis zwischen VSSÖ, RBK und der neugegründeten GGI (= Gruppe Kritischer Informantiker), bewirbt sich für die Fakultätsvertretung.

RBK KandidatInnen für die StRV VWL: *Andreas Pasch, Wolfgang Fels, Willi Hemetsberger, Ernst Tschler, Ingrid Wohlfahrter, Elisabeth Sedlmayr*

Erstmaliger institutionalisierter Einfluß der Studierenden auf eine Professorenbestellung (Nachfolge Prof. Ziegler).

Die Bunte Liste, eine Gruppe der StRV Soziologie mit Naheverhältnis zur ÖSU, entsteht. Konflikte mit der Buntten Liste, ÖSU und JUS, die die konservativen Professorenvorschläge bei der Entscheidung zur Nachfolge Ziegler unterstützen.

Der RBK erklärt: "Die bestehende Trennung der Sozialwissenschaften in Ökonomie, Soziologie, Politologie etc. ist historisch überholt."



UOG75

UOG ermöglicht Mitbestimmung der StudentInnen. Kehrseite: Ein zur Verfügung stellen von "legalen Wegen" hat auch den Zweck, sich außerhalb organisierende Aktivitäten und Bewegungen zu integrieren und dadurch ungefährlich zu machen.

SOWI Reform:

Förderung zur Studienreform: mehr sozialwissenschaftliche Lehrveranstaltungen zu Studienbeginn.

Streichung der Rechtsfächer als Pflichtfächer. Für den 2. Abschnitt: Förderung die Aufsplittung in die Teilbereiche Theorie, Politik und Finanz aufzuheben.

Förderung nach zusammenhängenden Lehrveranstaltungen in Projektform.

1980

Diskussionen...

...mit Peter Rosner und Assistenten über den Stil der neu eingerichteten "tutorials".

Finanzprobleme im RBK. Spendenaufruf ergeht an alle RBK Leser, RBK - Hasser, Assistenten und Profs.

Viele Artikel zu Mathe/Statistik Problemen. Außerdem: Der Tod von Rudi Dutschke und andere Morbiditäten.

Im RBK dokumentierter Erfolg der StudentInnen: Durch Streikandrohung nach einer unschaffbaren Mathematik Prüfung wird die eine Woche später folgende Statistik Klausur wesentlich leichter.

Das Thema "Israel - Palästina" zieht sich über mehrere RBK Ausgaben.

Angriffe des Forum (=junge Rechtsabspaltung der ÖSU) : RBKler werden als Politisierer (und dadurch nichtsnutzig), Linksextreme und Radikale bezeichnet - Der Wahlkampf wirft schon im Winter seine Schatten voraus.

Service!

Immer wieder Diskussionen um das altbekannte und, wie es scheint, immer aktuelle Thema: "lieber self service statt service".

Der Kalte Krieg...

1981

...und die damit einhergehende atomare Aufrüstung hinterläßt auch im RBK seine Spuren. Zitat aus einem RBK:

"Diese Zeiten werden immer schlimmer. Die Amis rüsten auf wie die Verrückten, in Spanien haben vergangene Woche die Rechten einen Putsch versucht, zwischen Irak und Iran ist noch immer Krieg, usw. In der BRD sind 10.000 atomare Sprengköpfe stationiert; letzte Woche veröffentlichte der STERN die Standorte von 188 Atomwaffenstützpunkten der NATO in der BRD: jeder Deutsche lebt maximal 47 km von einem Atomstützpunkt entfernt..."

Bericht über eine Demonstration am 1. März die Prügel- und Verhaftungsorgien der Polizei nach sich zog.

ÖH - Wahlen:

KandidatInnen des RBK für die StRV VWL: *Angela Köppl, Franz Hellerschmid, Gerhard Rathpoller, Doris Grünwald, Andreas Bissinger*

Die ANR (= Aktion Neue Rechte) darf, obwohl die Wahlbehörde ihre Kandidatur ablehnt, laut Beschluß des Verwaltunggerichtshofes doch zu den Wahlen antreten. Die Wahl wird wiederholt.

Die Idee des Fachtutorials, in der Vergangenheit oft wegen mangelnder Vorbereitung, wenig inhaltlicher Mitsprache der Studierenden beim Konzept und zu abgehobenen Texten gescheitert, wird wieder aufgenommen.

Verschulung

Loitsberger will Anwesenheitslisten und mehrere Klausuren während des Semesters in seinen Lehrveranstaltungen einführen. Kommentar des RBK: "Von Mündigkeit oder freiem Lernen kann da wohl nicht mehr die Rede sein."

Winckler, Orosel und Van der Bellen bieten ein Konversatorium "Ökonomie wozu?" an. Für alle, die Lern- und Motivationschwierigkeiten mit der Ökonomie haben und nach dem Sinn dieser Wissenschaft suchen...

Streiktag

Am 12. November findet ein Streiktag zur Information über die Novellierung des AHStG statt. Man will versuchen die Öffentlichkeit zu informieren und gemeinsame Stellungnahmen zu formulieren.

Aus den Jahren 1982 und 1983 waren leider nur sehr wenige RBKs anzufinden.

ÖH - Wahlen

KandidatInnen des RBKs für die StRV VWL: Georg Schadt, Waltraud Langer, Anita Itzenhaller, Andreas Landl, Heinz Bednar
SOWI-Fakultätswahlergebnis:

LiLi: 4 Mandate

AG: 2 Mandate

JES: 1 Mandat

KSV: 0 Mandate



10 Jahre RBK

Eine Sondernummer zum Thema "Wo steht die Linke heute?" erscheint mit Beiträgen von Hardy Hannapi, Ali Gronner, Ernst Fehr, Peter Rosner, Klaus Ritzberger.

1983

1983

1984

1980

Diskussionen...

...mit Peter Rosner und Assistenten über den Stil der neu eingerichteten "tutorials".

Finanzprobleme im RBK. Spendenaufruf ergeht an alle RBK Leser, RBK - Hasser, Assistenten und Profs.

Viele Artikel zu Mathe/Statistik Problemen. Außerdem: Der Tod von Rudi Dutschke und andere Morbiditäten.

Im RBK dokumentierter Erfolg der StudentInnen: Durch Streikandrohung nach einer unschaffbaren Mathematik Prüfung wird die eine Woche später folgende Statistik Klausur wesentlich leichter.

Das Thema "Israel - Palästina" zieht sich über mehrere RBK Ausgaben.

Angriffe des Forum (=junge Rechtsabspaltung der ÖSU) : RBKler werden als Politisierer (und dadurch nichtsnutzig), Linksextreme und Radikale bezeichnet - Der Wahlkampf wirft schon im Winter seine Schatten voraus.

Service!

Immer wieder Diskussionen um das altbekannte und, wie es scheint, immer aktuelle Thema: "lieber self service statt service".

Der Kalte Krieg...

1981

...und die damit einhergehende atomare Aufrüstung hinterläßt auch im RBK seine Spuren. Zitat aus einem RBK:

"Diese Zeiten werden immer schlimmer. Die Amis rüsten auf wie die Verrückten, in Spanien haben vergangene Woche die Rechten einen Putsch versucht, zwischen Irak und Iran ist noch immer Krieg, usw. In der BRD sind 10.000 atomare Sprengköpfe stationiert; letzte Woche veröffentlichte der STERN die Standorte von 188 Atomwaffenstützpunkten der NATO in der BRD: jeder Deutsche lebt maximal 47 km von einem Atomstützpunkt entfernt..."

Bericht über eine Demonstration am 1. März die Prügel- und Verhaftungsorgien der Polizei nach sich zog.

ÖH - Wahlen:

KandidatInnen des RBK für die StRV VWL: *Angela Köppl, Franz Hellerschmid, Gerhard Rathpoller, Doris Grünwald, Andreas Bissinger*

Die ANR (= Aktion Neue Rechte) darf, obwohl die Wahlbehörde ihre Kandidatur ablehnt, laut Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes doch zu den Wahlen antreten. Die Wahl wird wiederholt.

Die Idee des Pächutorials, in der Vergangenheit oft wegen mangelnder Vorbereitung, wenig inhaltlicher Mitsprache der Studierenden beim Konzept und zu abgehobenen Texten gescheitert, wird wieder aufgenommen.

Verschulung

Loitsberger will Anwesenheitslisten und mehrere Klausuren während des Semesters in seinen Lehrveranstaltungen einführen. Kommentar des RBK: "Von Mündigkeit oder freiem Lernen kann da wohl nicht mehr die Rede sein."

Winckler, Orosel und Van der Bellen bieten ein Konversatorium "Ökonomie wozu?" an. Für alle, die Lern- und Motivationschwierigkeiten mit der Ökonomie haben und nach dem Sinn dieser Wissenschaft suchen...

Streiktag

Am 12. November findet ein Streiktag zur Information über die Novellierung des AHStG statt. Man will versuchen die Öffentlichkeit zu informieren und gemeinsame Stellungnahmen zu formulieren.

Aus den Jahren 1982 und 1983 waren leider nur sehr wenige RBKs anzufinden.

ÖH - Wahlen

KandidatInnen des RBKs für die StRV VWL: Georg Schadt, Waltraud Langer, Anita Itzenhaller, Andreas Landl, Heinz Bednar

SOWI-Fakultätswahlergebnis:

LiLi: 4 Mandate

AG: 2 Mandate

JES: 1 Mandat

KSV: 0 Mandate



10 Jahre RBK

Eine Sondernummer zum Thema "Wo steht die Linke heute?" erscheint mit Beiträgen von Hardy Hannapi, Ali Gronner, Ernst Fehr, Peter Rosner, Klaus Ritzberger.



1985

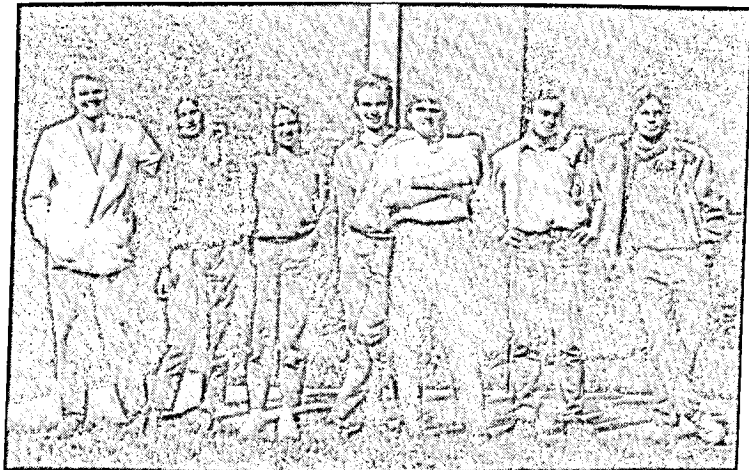
ÖH - Wahlen

Wahlerfolg für die LiLi - Linke Liste und darauf folgende Anschuldigungen der AG und JES, die LiLi habe Wahlbetrug begangen. Auszug einer JES Schrift: "So waren am Ende 950 Kuverts und 955 Fakultätsstimmzettel vorhanden."

Wahlergebnisse: (Stimmen/Mandate/Prozente)

LiLi	475	5	51%
AG-Forum	253	3	27%
JES	133	1	14%
KSV	69	-	7%

Für die StRV VWL wurden gewählt: *Corinna Fehr, Gerhard Eller, Friedrich Schiller, Martin Husz, Johanna Riedl* (alle RBK).



Der neue Studienplan...

...erntet einige Kritik vom Roten Börsenkrach, insbesondere in Hinsicht auf das anscheinend immer wieder aktuelle Thema "Verschulung".

Auszug aus dem RBK: "Durch größere Verschulung und vor allem verschärfte Leistungsanforderungen wurde eine Form der Disziplinierung geschaffen mit der man hofft die Studenten sozusagen besser in den Griff zu kriegen und damit das Niveau zu heben."

Auf Initiative des RBKs wird Richard Goodwin im Sommersemester 1985 zu einer Gastprofessur nach Wien eingeladen.

Der Entwurf des AUSTG, als Novelle des AHSTG gedacht, löst Proteste aus, da das AUSTG unter anderem einen restriktiver Ausländerparagraph beinhaltet und zentrale Hörerevidenz vorsieht.

Allgemeinpolitische Diskussionen...

...und Themen schlagen sich auch in den Artikeln des RBKs nieder, wie zum Beispiel die Bundespräsidentenwahl (Freda Meissner Blaus Kandidatur, Aufregung um Kurt Waldheim) oder das Atomunglück in Tschernobyl.

Immer wieder Konflikte mit dem KSV.

Hans Tuppys Finstand als Wissenschaftsminister bzw. seine Aussagen sind so diskussionswürdig, daß sie es sogar auf die Titelseite des RBKs schaffen.

ÖH - Wahlen:

Die nun mehr seit 10 Jahren bestehende Lili, in diesem Fall ein Wahlbündnis zwischen RBK, SOWISO (Basisgruppe Soziologie), BIT (Basisgruppe Wirtschaftsinformatik) und VSSÖ verliert die absolute Mehrheit bei den Fakultätswahlen. Es folgt eine AG - JES Koalition.

Für die StRV VWL wurden gewählt: *Eliri, Ulrike Hlammatsch, Hannes Schweighofer, Florian Steininger, Martin Summer* (alle RBK)

Der erste RBK, der mit Computer gemacht wurde, erscheint.

Der Begriff "kleine LSE" kommt erstmals im RBK vor. Den WiWi-Prof's fallen anscheinend schon seit 1987 weder neue Argumente noch neue Begriffe ein (vergleiche dazu den Themenschwerpunkt Verschulung - Seite 50).

Anschläge aufs Bewußtsein

Die "Anschläge aufs Bewußtsein" - Diskussionsreihen zu Gesellschafts-/Wirtschaftspolitischen Themen werden ins Leben gerufen und haben bis heute überlebt.

Streik I

Probleme an der Uni, die sich in vielen Bereichen nicht vom allgemeinen Sozialabbau trennen lassen, führen zu Streik- und Protestwochen.

Es ergeben sich Probleme mit der AG/JES Koalition, die seit den letzten Wahlen gemeinsam 5 Mandate haben (Lili: 4 Mandate). Die AG tauscht das Schloß in der Fachschaft aus verwehrt somit den StRVs den Zutritt und öffnet die Post an die StRV. Die Konflikte gehen soweit, daß der RBK sogar mit einem Gang ans Gericht droht.



RBK - SOWISO

1988

Ab dem Wintersemester 1988/89 erscheint der RBK für einige Jahre in Kooperation mit der SOWISO, der Basisgruppe Soziologie.

Die Orientierungslehrveranstaltung, die von der StRV weiterhin vehement unterstützt wird, wird von vielen Professoren ignoriert. Streißler hält die OLV laut RBK "für einen völligen Blödsinn".

Streißlers Diplomprüfungsangabe, die vom Land Tarockanien und seinem wohlgesonnenen Diktator Franzalois erzählt, löst heftige Proteste aus.

Das Ende der AG/JES Koalition: Am 14. November wird die gesamte Exekutive der LiLi übergeben.

Studienrichtungsvertreterbibliothek entsteht

1988

Die Studienrichtungsvertretungen Soziologie, VWL und Wirtschaftsinformatik kaufen zu Semesterbeginn eine Reihe von Büchern zum Schwerpunkt Feminismus ein, die in der Fachschaft entlehnt werden können.

Ein Frauentutorium wird ins Leben gerufen um die Auseinandersetzung mit "der Frau in der Gesellschaft" an der SOWI zu fördern.

RBK mit Schwerpunktthema Frauenforschung & Feministische Theorie erscheint.

Es bilden sich uni-wien-weit Arbeitskreise zu den Themen Budget/ Drittmittel, Soziales, Gesetzesnovellen (Ausverkauf der Unis, Studiengebühren,...), Frauen und Universität und Öffentlichkeitsarbeit.

ÖH - Wahlen:

Die StRV VWL KandidatInnen der RBK werden alle gewählt: *Kati Warta, Gernot Doppelhofer, Maria Spalt, Burkhard Mayr, Gerin Trautenberger.*

Legendärer LiLi Wahlerfolg auf der Fakultät: LiLi 6 Mandate, AG 2, JES 1 !!!

Ausgehend von einem RBK/LiLi Aktivisten kommt es, über das SoWi Fakultätskollegium und schließlich einem Beschluß im akademischen Senat, zu einer Diskussion um die "Verlegung" des "Siegfried-Kopfes". Nach Interventionen der braun-blauen-KronenZeitung&Co-Gesellschaft bleibt das rechte "Denkmal" erhalten.

Quantitative Ökonomie?

Von den Professoren wird der Vorschlag für eine Studienordnung zu einem "Studienversuch quantitative Ökonomie und empirische Wirtschaftsforschung" vorgelegt.

Der RBK kritisiert die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit am Institut. Man ist in der Öffentlichkeit weder bekannt noch akzeptiert. Im Rahmen dieser Diskussion fällt in einer RBK - Ausgabe auch das Argument: "Der gänzliche Rückzug auf abstrakte, formal ausgefeilte Modelle ist eine fragwürdige Methode sich dem Dialog und der Kritik der Öffentlichkeit zu entziehen."

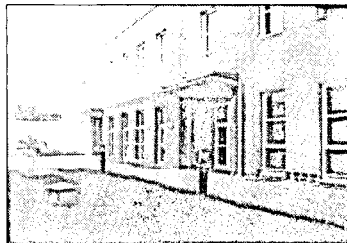
Dazu passend erscheinen eine Reihe Artikel Mathematik und die VWL - Theorie oder die "Geheimwissenschaft Ökonomie" betreffend.

Üble Nachrede

Gegen die Redaktion des RBK ist am Landesgericht für Strafsachen Wien ein Medienprozeß (Üble Nachrede) anhängig. Die Klage wurde vom Assistenten H.C. Schwarzer erhoben

Das "BWL - Problem"

In dieser Zeit wird das Problem mit der BWL aktuell. Das Studium der Betriebswirtschaftslehre soll an der SOWI eingerichtet werden, um die WU zu entlasten. Das allerdings trifft auf Widerstand unter den Studierenden.



Von der Titelseite des RBKs:
"BESETZUNG DES FA
KULTÄTSKOLLEGIUMS:

Am Mittwoch den 20. Juni besetzten die TeilnehmerInnen einer HörerInnenversammlung das Fakultätskollegium der SOWI. Grund: Als Punkt 6 stand die Beschlußfassung über die Einrichtung einer Studienrichtung Betriebswirtschaft auf der Tagesordnung. Die SOWI soll dem Willen des Ministeriums zu Folge BWL als Studium am Standort Brünnerstraße einführen. Ein Standort der von der WU und noch vor wenigen Wochen auch von der SOWI als nicht universitätsstauglich abgelehnt wurde.

Der Beschluß wurde von den Lehrenden trotzdem nach langer heftiger Diskussion durchgepeitscht.

Wir können uns weder mit der BWL noch mit der Vorgangsweise abfinden. Im Herbst beginnt die nächste Runde."

Versuch den RBK in kürzeren Intervallen (2wöchig), dafür aber in geringerem Umfang erscheinen zu lassen, um ein größeres Maß an Aktualität zu erreichen.

1990

RBK - Spaltung?

Zitat aus: 'Materialien zur Geschichte der Linken Liste': "Im RBK kommt es in der Folge (Anm der Red.: nach dem großen Wahlsieg bei den 89er Wahlen) zu starken Richtungskämpfen, da der kleinste gemeinsame Nenner (der Wahlsieg bzw. das Feindbild AG) nicht mehr existiert und sich in inhaltlichen Diskussionen die großen Unterschiede innerhalb der Gruppe zeigen. Es folgt die Spaltung des RBKs, Gründung des Alternativ RBKs und Weiterbestehen des nunmehr 'konservativ'-RBKs."

1991

Prüfungs-Probleme

Immer wieder Probleme mit der Mikro-Makro Prüfung des 1. Abschnitts. Die Durchfallquote beträgt mehr als 50%, der Notendurchschnitt ist 3,5.

ÖH - Wahlen:

Die KandidatInnen des RBK für die StRV VWL werden alle gewählt: *Maria Kovacs, Stephan Lengauer, Wolfgang Gössinger, Heli Stix, Gernot Doppelhofer*

Fakultätsergebnis: Die LiLi versäumt um eine Stimme das siebente Mandat; AG hält bei 5.

Im Zuge der ÖH-Wahlen findet auch eine Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft in der ÖH statt.

1992

SOWI Aktionswoche

Zwischen 16. und 20 März findet eine SOWI-Aktionswoche statt. Themen sind Studienverschärfungen, Sozialabbau und die UOG Novellierung, die eine Entdemokratisierung der Uni-Strukturen und eine weitere Unterordnung der Universität unter Wirtschaftsinteressen, vorsieht.

Es erscheint ein Artikel über Haiders Aufstieg, der auch von heute stammen könnte.

Transformation...

...in Rußland und alternative Ansätze zur Transformation beschäftigen in dieser Zeit wohl nicht nur aber auch den RBK.

Ein RBK mit dem Schwerpunktthema "Frauen und Technik" erscheint.

Editorial des RBK Nr. 2 WS 92/93: *Gehen wir frühstücken...*

“Ihr werdet Euch jetzt sicherlich fragen, was dieser – auf den ersten Blick sinnloser – Titel soll. Nun, die Erklärung hierfür ist eine einfache. Der Titel bezieht sich auf den immer auffallenderen Tief schlaf, in dem sich die ÖH, die Uni und überhaupt so ziemlich alle in dieser Gesellschaft befinden. Obwohl uns z.B. Busek immer mehr mit neuen Wahnsinnsvorschlägen zu Uni- und Studienreform überhäuft, wird der Widerstand der StudentInnen immer geringer. Sie scheinen zu schlafen. Auch der gesellschaftliche Schlaf ist ein weitverbreitetes Phänomen! Den rechtsradikalen Haßbürraden eines gewissen Herrn Haider haben wir scheinbar nur Schweigemärsche (Wer schweigt, stimmt zu!) und Lichterketten entgegenzusetzen. Und nach diesen “Manifestationen der Menschlichkeit” gehen wir nach Hause und lassen die Löschnaks und Matzkas weiterhin “Gesetze als AusländerInnenhetze” machen!! Darum: Wachen wir endlich auf!! Sagen wir es den Löschnaks ins Gesicht, daß sie mitverantwortlich für den steigenden AusländerInnenhaß sind. Leisten wir Widerstand gegen unmenschliche Asyl- und Fremden Gesetze, denn Wege zum Widerstand gibt es genug, es kommt nur auf den Mut an, diese auch zu begehen!! Wachen wir auf...und gehen wir anschließend frühstücken!” Seit damals hat sich wohl nicht viel zum positiven geändert...



Mikro-Troubles

Immer wieder Probleme mit der Mikroökonomie. Diesmal bildet sich als Reaktion darauf die “Arbeitsgruppe Kritische Mikro”.

$$H_g = \frac{1-u}{Z} \left[\int_0^{Z/g} x_s ds - \frac{Z}{g} x_S + \int_0^{Z/g} x'_s p_s g_s ds \right] \\ = \frac{1-u}{Z} \left[\int_0^{Z/g} x_s ds - \frac{Z}{g} x_S + \int_0^{Z/g} \frac{\partial x_s}{\partial s} s ds \right] = 0$$

Die EG Diskussion, die ganz Österreich beherrscht, schlägt sich auch in einigen RBK Artikeln nieder.

ÖH - Wahlen

KandidatInnen des RBK für die StRV VWL: *Johannes Pepelnik, Artur Plank, Birgit Woitech, Wolfgang Pointner, Hans-Peter Lachner*
Fakultäts-Wahlergebnis: LiLi 5 Mandate, AG 5, LBS 1 (Liste Brünnerstraße - Fachschaftsliste BWL; ursprünglich ein LiLi Ableger).



Verschulung

Die Reformierung des 2. Abschnitts droht zur Verschulung des VWL Studiums beizutragen. Das “Kurssystem” wird erstmals explizit erwähnt. Es wird auch auf die Verschlechterung der Situation von berufstätigen Studierenden durch die Verschulung hingewiesen.



1994

wiesen. Die Hauptargumente der Profs für das Kurssystem und die Verschulung (*Interview mit einem Aktivistin von damals*):

“1) Der doofe Durchschnittsstudent weiß ja nicht, was gut für ihn ist, daher muß man ihn zwingen. Bei freier Wahlmöglichkeit geht er ja nur in die leichtesten Übungen und Seminare, Studenten sind bekanntlich sehr faul und lernunwillig.

2) Um Ökonomie auch nur ansatzweise zu verstehen, ist es unerlässlich, sämtliche im Varian und ähnlichen Standardwerken abgebildeten Beweise vor- und rückwärts rechnen zu können. Ohne diese Fertigkeiten kann weder der Arbeitsmarkt noch die Zinspolitik oder irgendein anderes relevantes Thema analysiert werden. Daher widmet sich das VWL-Studium vorrangig diesen Methoden. Da die Vermittlung der Methoden leider mindestens 8 Semester in Anspruch nimmt, bleibt keine Zeit, inhaltlich Substantielles zu unterrichten. Dies ist aber auch nicht nötig, denn die tollen Methoden sind so allgemein, daß sie auf alle Probleme der Ökonomie anzuwenden sind.

Wenn überhaupt werden dann Beispiele aus so verschiedenartigen Gebieten wie Kapital-, Geld-, Börse-, Aktien-, Wertpapier-Devisen-, Anleihe- oder Optionsmärkten geschildert. Und nicht zu vergessen: die Schweinemast.

3) Außerdem ist das Studium nach Möglichkeit zu entschlacken, d.h. alle irrelevanten Fächer wie Soziologie, Recht, Wirtschaftsgeschichte o. ä. werden ausgemistet, politische und institutionelle Rahmenbedingungen sind für ökonomische Analyse völlig unerheblich und brauchen daher auch nicht unterrichtet werden. Unter “institutionell” verstehen die Profs reines Faktenwissen (Etwa: Wieviele Direktoren hat die OeNB und wer sind ihre Aktionäre?) das man sich leicht mal in 2 Wochen anlesen kann. Der Ausdruck “sozio-ökonomisch” ist esoterischer Humbug und wurde wahrscheinlich von ein paar verkorksten Soziologen erfunden, die sich auch mal wichtig machen wollten. - Unsere Lehre bleibt rein!”

Professor Erwin Weissel veröffentlicht im RBK einen offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei Österreichs in dem er seinen Austritt aus der Partei bekanntgibt.

Das Gerücht der Zusammenlegung der SOWI am BWZ (= Betriebswirtschaftliches Zentrum in der Brünnerstraße) kommt auf, und löst großen Unmut aus - wohl nicht nur im RBK.

ÖH-Wahlen:

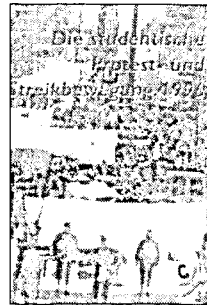
RBK-KandidatInnen für die StRV VWL: *Petra Egger, Rainer Hauswirth, Alexandra Miltner, Max Mertz, Philipp Schmidt-Dengler* - alle fünf wurden gewählt.

Die LiLi - Linke Liste (3 Mandate) koalitiert weiter mit der LBS - Liste Brünnerstraße (3), Fachschaftsliste BWL, der Zuwachs an BWL StudentInnen macht sich jedoch bemerkbar.: AG 5 Mandate.

1995

Streik II

Der Streik legt den Uni - Betrieb für zwei Monate lahm und bringt frischen Schwung und Aktionismus an die SOWI. Nach dem Vorbild von Hs.24 wird nun auch Hs.26 durch eine Graffiti Aktion "verschönert".



Der RBK erscheint kurze Zeit monatlich. Nach drei Monaten zeigen sich jedoch personelle- und finanzielle Ressourcenbeschränkungen...

ÖH-Wahlen:

Für den RBK kandidieren: *Michael Dinges, Clemens Jobst, Milan Konrad, Christian Traxler, Katharina Wroblich* - alle fünf gewählt! Die LiLi tritt an der Fakultät gemeinsam mit dem VSSTO an (Wahlbündnis '97) und kann den Stimmenanteil am SOWI Hauptgebäude ausbauen. Die LBS verliert jedoch stark zugunsten der AG, womit die LiLi - LBS Mehrheit futsch ist. Damit endet die seit 1977 andauernde (und nur kurz unterbrochene) Exekutivbeteiligung der LiLi an der SOWI.

Neuer Studienplan

Beginn der Studienplandiskussion. Schon bald zeigen sich harte Fronten zwischen RBK und dem Institut. Konfliktpunkte: Verschulung, Mathematik, Mikroökonomie (nix neues also...).

Die Oppositionsrolle stürzt zwar die LiLi in eine Sinnkrise - für die StRV und den Roten Börsenkrach bleibt nun aber wieder mehr Zeit. Der Umfang der Zeitung wird erhöht, jede Ausgabe soll einen Themenschwerpunkt behandeln (Studienfinanzierung, Grundsicherung, Währungsunion).

Viele "Anschläge aufs Bewußtsein" werden abgehalten.

Studienplankonflikt

Der Studienplankonflikt weitet sich zusehends aus. Stuko Vorsitzender Rosner stellt sich auf die Seite der Verschuler, Formalisierer und Mikromaniaks. Beinahe wöchentlich finden Verhandlungen statt - Zielführend sind diese jedoch nicht.



1999

Durch einen "Auszug" der RBK-VertreterInnen aus der Studienkommissionssitzung vom 13.1. (Anwesenheitsquorum nicht erfüllt) wird der Beschluß des neuen Studienplans verhindert. Rosner brüllt vor Wut und spricht von Obstruktion...

Ende Jänner wird der Studienplan gegen die Stimmen des RBK beschlossen. Ein Protest beim Ministerium bleibt erfolglos.

Anlässlich des 60 jährigen Bestehens des WiWi-Instituts findet ein Lesekreis - Ökonomie und Nationalsozialismus - und einige Podiumsdiskussionen statt.

ÖH-Wahlen

Für den RBK kandidieren (& werden gewählt): *Harald Fadinger, Christian Kellner, Patricia Reiter, Dominik Walch, Katharina Wick*
LiLi und VSSTÖ kandidieren wieder getrennt - LiLi 2 Mandate, VSSTÖ 1, LBS 0, AG 8 (!).

Der Erstgereichte für die Kugler Nachfolge (Dellas) sagt nach langen Verhandlungen ab. Nach der Wahl von Prof. Winckler zum Rektor und den Abgang von zahllosen Makro AssistentInnen an die Nationalbank, zeigen sich die Strukturfehler der Berufungs- und Besetzungspolitik der letzten Jahre...

Mitte September beginnt die Planungsphase für das Projekt "25 Jahre RBK".

Im Oktober tritt der neue Studienplan in Kraft.

Im Dezember tagt erstmals die Berufungskommission, die einen würdigen NachfolgerIn für Prof. Streißler zu finden hat...

Am 17. Dezember 1999 wird diese Festschrift im Kleinen Festsaal der Universität Wien präsentiert.

Krach um den Roten Börsenkrach

...und andere Anekdoten

VON ALEXANDER VAN DER BELLEN

Im Wintersemester 1975/76 trat das UOG in Kraft, das erstmals Informations- und Mitbestimmungsrechte von StudentInnen und AssistentInnen in den verschiedenen Gremien der Universität verwirklichte. Die alte Ordinariatsuniversität, in der ausschließlich Professoren das Sagen hatten, war damit tot.

1977 stand die endgültige Berufung des deutschen Professors T., damals an der Universität Bern tätig, an, der noch von der Vorgängerin der neuen SOWI-Fakultät und ohne studentische Mitbestimmung auf die Berufungsliste gesetzt worden war. Professor T. wurde von RBK-Mitgliedern, die gut recherchiert hatten, interviewt; das gnadenlose Protokoll war im RBK-Blatt nachzulesen. Der verdienstvolle (wäre er sonst als berufungswürdig erkoren worden?) Professor T. entpuppte sich als inhaltlich flach und ideologisch reaktionär; u.a. meinte er im Ernst, die wissenschaftlichen Leistungen von J.M.Keynes seien schon aufgrund dessen Homosexualität fragwürdig. Aufregung, Furor! Professor T. wurde nicht berufen.

Rund 10 Jahre später hatte ein anderer Professor sehr gute Chancen an die SOWI Fakultät berufen zu werden. Seine Publikationsliste war in Ordnung; die Kommission lud ihn zum Vortrag ein. Der allerdings war wirklich sterbenslangweilig und ließ jeden didaktischen Impetus vermissen. Trotzdem wollte die hiesige Professorenmehrheit an ihm festhalten. Der RBK schrieb dem Berufungsaspiranten einen Brief, in dem sinngemäß stand: Trau dich nur, nach Wien zu kommen! Die Hölle ist ein Lercher! verglichen mit dem Empfang, den wir dir bereiten werden. - Aufregung, Furor! Auch dieser Professor wurde nicht be-

rufen. (Der verantwortliche RBK Vorsitzende ging übrigens wenig später an die Johns Hopkins Bologna und machte dann eine steile Karriere als Investmentbanker. Fundierte Kapitalismuskritik während des Studiums kann durchaus helfen, sich später im System besser zurechtzufinden. Ganz ohne Spott: das Institut war immer stolz auf erfolgreiche Absolventen. Viele von ihnen haben eine RBK Lehre durchlaufen.)

Rückblickend finde ich: in beiden Fällen hatten die Studenten in der Sache recht, auch wenn die Stilmittel bedenklich waren. In beiden Fällen hätten die Professoren allein falsch entschieden; in beiden Fällen war die SOWI Fakultät gut beraten, andere zu berufen. Aber es ist auch beruhigend, daß in rund 25 Jahren nur zwei solcher Fälle vorgekommen sind - sei es, weil die Weisheit der Professoren in der Regel halt doch zu nachvollziehbaren, vertretbaren Entscheidungen führt, sei es, weil die Weisheit der RBK Funktionäre den möglichen Mißbrauch studentischer Macht verhindert hat. Oder wegen einer Wiener Melange aus beidem.

Apropos Wiener Melange. 1980 wurde ich nach Wien berufen und hatte eine halbe Assistentenstelle neu zu besetzen. Ich hörte mich um. Der frischgebackene Magister E. wurde mir empfohlen: Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden, Diplomarbeit sehr gut, hochintelligent usw. Allerdings: RBK Vorsitzender war E. auch gerade gewesen, hatte den (damals) bekannten Trozkisten Ernest Mandel zu einem Vortrag nach Wien geholt und noch andere Aktivitäten entfaltet, die zu Stirnrunzeln an der Fakultät geführt hatten. Ich sprach mit E., er war bereit, und ich ging in die Fakultätssitzung, mit Widerstand rech-

nend. Zunächst: eisiges Schweigen, nachdem ich meinen Besetzungsvorschlag vorgetragen hatte. Doch dann meldete sich Professor L. zu Wort, der als besonders konservativ galt und mit F. schon etliche Sträube ausgefochten hatte: Ja wenn der VdB glaubt, mit F. gut arbeiten zu können, dann soll er ihn nehmen; das intellektuelle Format von F. sei schließlich unbestritten. - Damit war die Sache gelaufen. Der Assistent F. entwickelte im übrigen in kürzester Zeit recht hohe Anforderungen an studentische Leistungen, nicht immer zur Freude seiner früheren RBK-KollegInnen. Heute ist F. Professor, mit einem hervorragenden fachlichen Ruf, an einer schweizerischen Universität.

Dem Kollegen L., der in der Sitzung so rasch das Eis gebrochen hatte, bin ich zu Dank verpflichtet. Denn gleich zu Beginn meiner Wiener Zeit ließ er mich erfahren: Die SOWI-Fakultät hat ein liberales Selbstverständnis und unterscheidet genau zwischen politischer Aktivität und academic performance. Der Aufnahme in die academic community steht nicht entgegen, daß man vorher jede Menge Ärger verursacht hat; ausschlaggebend ist lediglich, ob Grund zur Hoffnung besteht, aus dem oder der werde eines Tages eine interessante Forscherpersönlichkeit.

An zwei weitere kleine Wickel kann ich mich erinnern; einer wegen eines RBK-Repräsentanten, einer mit einer RBK-Repräsentantin. Beide galten als blitzgescheit und politisch links. Der erste, nennen wir ihn K., trat bei mir zur mündlichen Prüfung an und war offensichtlich nicht vorbereitet. Ich wollte ihn durchfallen lassen, aber der Vorsitzende, Professor S., dessen politische Ansichten jenen von K. diametral zuwiderliefen, legte sich derart für K. ins Zeug, daß ich mich umstimmen ließ. - Folgerung: ob links oder rechts, wer im Prinzip intellektuell anspruchsvoll ist, verdient eine großzügige Behandlung. Eine Maxime, die VWL-Absolventen der SOWI-Fakultät selten enttäuscht haben.

Die zweite, nennen wir sie Q., hat mich ermahnt, weil ich bei einer schriftlichen Diplomprüfung teilweise Fragen auf Englisch gestellt hatte; Prüfungsfach sei Finanzwissenschaft, nicht Englisch. Ich war fuchsteufelswild, schließlich hatte ich diese Fragen direkt aus der (englischen) Prüfungsliteratur übernommen. Mein Ärger verdoppel-

te sich, als nach der Korrektur der Arbeiten feststand, daß bei diesem Prüfungstermin nicht ein einziger durchfallen würde, alle hatten bestanden; Q. könnte das, so fürchtete ich, als Einlenken und opportunistisches Verhalten meinerseits mißdeuten. - Im konkreten Fall war Q., denke ich, einigen prophylaktischen Jammerern auf den Leim gegangen. Aber davon abgesehen hatte sie nur ihren Job wahrgenommen: Lobby für studentische Interessen zu sein. Dafür ist die ÖH und der RBK da. Als ich später als Dekan mehr Einblick in Zu- und Mißstände an anderen Fakultäten bekam, dachte ich öfters: mit einem RBK, verehrte Kollegen, könntet ihr euch das nicht leisten; schade daß ihr keinen RBK habt...

Alexander Van der Bellen studierte VWL in Innsbruck und ist seit 1976 Professor für VWL an der Universität Wien. Seit 1999 ist er Klubobmann der Grünen.

Tatsächliche Berichtigung des Redaktionsteams: Die Basisgruppe "Der Rote Börsenkrach" kennt weder Vorsitzende noch Funktionäre.

Siehe dazu die vielzähligen Beiträge zu Eigendefinition und Bedeutung der Basisdemokratie ab Seite 25.

Der Rote Börsenkrach: Kritik und Selbstkritik

Nachdem der Großteil dieser Sonder-Jubiläums-Fest-Ausgabe der Huldigung des Roten Börsenkrachs gewidmet ist, soll an dieser Stelle Platz für ein bißchen Kritik sein.



Ich werde dabei vorwiegend auf schon einmal geäußerte Kritik, also bereits im Börsenkrach erschienene Artikel, zurückgreifen. Diese Zusammenstellung nimmt für sich selbst weder Vollständigkeit noch Objektivität in Anspruch. Es soll lediglich dafür gesorgt werden, daß auch Menschen, die mit dem RBK Probleme hatten in dieser Ausgabe zu Wort kommen. Obwohl natürlich nicht gewährleistet sein kann, daß auch wirklich alle verschiedenen Meinungen hier ihren Platz finden, gewinnt die Artikelsammlung ihre Legitimität meiner Meinung nach dadurch, daß die in den Artikeln angesprochenen Probleme meiner Erfahrung nach mit dem Begriff der Basisdemokratie und der jeweils verschiedenen individuellen Interpretation eben dieser einher gehen. Aus dem selben Grund bin ich persönlich auch der Meinung, daß die in den Auszügen angesprochenen Konflikte nicht, oder zumindest nicht nur, durch persönliche Anti-

pathien geprägt und heraufbeschworen wurden, sondern daß eben die "Organisationsform" Basisgruppe für Probleme dieser Art anfälliger ist als andere.

Trotzdem ist es wahrscheinlich wiederum auch der Konstruktion der Basisgruppe zuzuschreiben, daß Selbstkritik in dieser Art und Weise geäußert werden konnte, und damit die Möglichkeit eines offeneren Diskurses, als er vielleicht in anders organisierten Gruppen möglich gewesen wäre, gegeben war. Vielleicht hat ja gerade auch dieses sich selbst in Frage stellen und die größere Durchlässigkeit der Gruppe als Basisgruppe zum langen Bestehen des Roten Börsenkrachs beigetragen.

Der folgende Artikel ist zwar bereits im Jahre 1977 erschienen, die angesprochenen Konflikte waren aber wohl in der Geschichte des Börsenkrachs immer wieder aktuell.

BEITRAG ZU EINEM LÄNGST FÄLLIGEN DISKUSSIONSPROZESS IM BÖRSENKRACH

Die Situation im RBK hat sich in der letzten Zeit rapide verschlechtert, sie ist schlechthin untragbar geworden. Uns ist ganz klar, daß die folgenden Gedanken sehr stark subjektiv gefärbt sind. Trotzdem glauben wir, daß wir mit unseren Eindrücken einen Diskussionsprozeß über diese Zustände einleiten können. Schwieriger als der Inhalt ist für uns die Form, denn wir wollen unsere subjektiven Meinungen und Eindrücke darstellen, ohne uns ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Kritik an betroffenen Personen wollen wir nicht als Antipathien verstanden wissen, sondern vielmehr als das, was man unter dem stark strapazierten Schlagwort "solidarische Kritik" versteht. Uns selbst kommen die (Tönen) folgenden Zeilen hart vor. Aber umso mehr wir unsere Gedanken verbergen, umso mehr verbreitern wir vorhandene Gräben.

Wir als Gruppe erheben den Anspruch links, undogmatisch, antiautoritär und emanzipatorisch zu sein. Was ist davon eigentlich verwirklicht? Unsere politische Fassade ist nicht so schlecht, dafür sind unsere menschlichen Kontakte umso beschissener. Trotz Anspruch emanzipatorisch zu sein und "neue Lebensformen" zu suchen, praktizieren wir genau das Gegenteil. Wir halten mit unseren Problemen hinter dem Berg, verbergen sie, haben außer Politik - wenn überhaupt - keine weiteren Gemeinsamkeiten und Interessen und setzen überhaupt keine "bürgerlichen Aktivitäten". Eigentlich sind wir ein puritanischer Verein. Verein. Da haben uns bürgerliche CVler mit ihren Stammtischgewohnheiten einiges voraus, wenn wir auch über diese Gewohnheiten lachen. Oberflächlich betrachtet sind wir eine homogene Gruppe, herrscht traute Gemeinsamkeit und nur bei genauerem Hinschauen stellt sich heraus, daß wir eigentlich lauter einsame Einzelkämpfer sind. Jeder steht unter dem Druck, den anderen vorzumachen, wie gut er ist, was er weiß und wieviel er bereits gelesen hat. Eigentlich haben wir alle Profilierungsneurosen. Die dadurch entstandene Konkurrenzsituation - jeder gegen jeden - verhindert, daß wir uns gemeinsam etwas erarbeiten. Siche alle gescheiterten und nicht entstandenen Arbeitskreise. Gerade deswegen ist es für Neue auch so frustrierend. Denn die Arbeitsverhältnisse entsprechen kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Konkurrenz treibt uns zwar zu Höchstleistungen, aber gekennzeichnet ist die Situation durch Intellektakkumulation und tendenziellen Fall der Menschlichkeitsrate. Diese Höchstleistungen sind für Neue gleichzeitig anziehend (Image) und abstoßend (wir beide haben z. B. lange damit gekämpft im RBK mitzumachen, weil wir die RBKler für solche Chefs gehalten haben).

Wir spielen uns vor, Basisarbeit an der Fakultät zu machen, die aber so hervorragend ist, daß kein Unorganisierter zu unseren Arbeitskreisen und Teach-in's kommt. Unser sogenannte Basisarbeit beschränkt sich darauf, eine möglichst hervorragende und sitzige Zeitung zu produzieren, die die Leute genauso konsumieren wie Profil oder Henko. Hier wird ein Dilemma des RBK sichtbar, da sich hier die Vorstellungen und Interessen, wofür der RBK eigentlich da ist (wofür ist er eigentlich wirklich da?), langsam aber sicher scheiden. Auf der einen Seite stehen jene Leute, die spezifisch studentische Interessen haben, auf der anderen stehen jene, die mit dem Studium fertig sind und die den RBK - bewusst oder unbewusst - für ihre Profilierungs- und Karriere neurosen - vor allem nach außen - und für ihre intellektuelle Selbstbefriedigung benutzen. Es gibt nur wenige Glücksfälle, wo sich deren außer-

universitären Machtdemonstrationsgelüste mit unseren studentischen Interessen decken (z. B. Tuchtfeldt). Ist dies r Glücksfall nicht gegeben (z. B. in Falle Katho/Statistik), so sind unser Oberchefs nicht gewillt, auch nur einen Finger zu rühren, sondern sie sind uns noch eher hinderlich. Es ist zwar ifelsohne gut für uns, wenn Tuchtfeldt verhindert wird, nur wird leider alles über unseren Köpfen ausgetragen.

An diesem Beispiel erkennt man auch eine immer stärkere Arbeitsteilung in qualifizierte Arbeit der Obermacher und in die bruckarbeit des Fußvolkes. Ein Symptom dafür ist zB. die absurde Geheimniskammeri in der Tuchtfeldt-Streißler-Sache, die n Kindergarten-Mentalität erinnert.

Ein weiteres Beispiel für diese Arbeitsteilung ist das selbständige Handeln unserer informellen Führer - siehe das Entstehen der Südafrika-Nummer. Ein Beispiel zum nachdenken: jeder ASKler bringt eine Bröschüre in die FOJ zum Abdruck, natürlich auf ASK-Kosten. Die Südafrika-Nummer haben wir zwar nicht mit ausdiskutieren dürfen, aber dafür können wir (das Fußvolk) ja wenigstens die Verteilung übernehmen.

Uns ist zwar klar, daß es keine Möglichkeit gibt, das Verhältnis von Mitarbeit und Mitsprache gerecht zu regeln, trotzdem bemerken wir ein starkes Mißverhältnis. Einige arbeiten leise und unbemerkt sehr viel, werden aber von den intellektuellen Obermachern in arroganter Weise übergangen. Wir glauben auch, daß die Organisation der technischen und bürokratischen Arbeit einmal überdacht werden sollte, denn mit der Methode "es wird schon wer machen" kommen immer die gleichen zum Handkuß. Zu beachten ist auch noch, daß diejenigen, die die Fußvolkarbeit machen, auch noch mit der Institutsarbeit belastet werden.

Ein weiteres Zeichen dafür, daß die Zustände immer schlimmer werden, ist die stark vergiftete Diskussionsatmosphäre. Wir haben es in letzter Zeit nicht geschafft, anstehende Probleme ruhig, solidarisch und sachlich zu diskutieren. Durch diese vergiftete Atmosphäre kommen wir zu keinen Entscheidungen und das wiederum hilft nur unseren Obermachern, autonom über unsere Köpfe hinweg zu entscheiden. Uns bleibt wiederum nur übrig - wenn es schief geht - die Scheiße auszubaden.

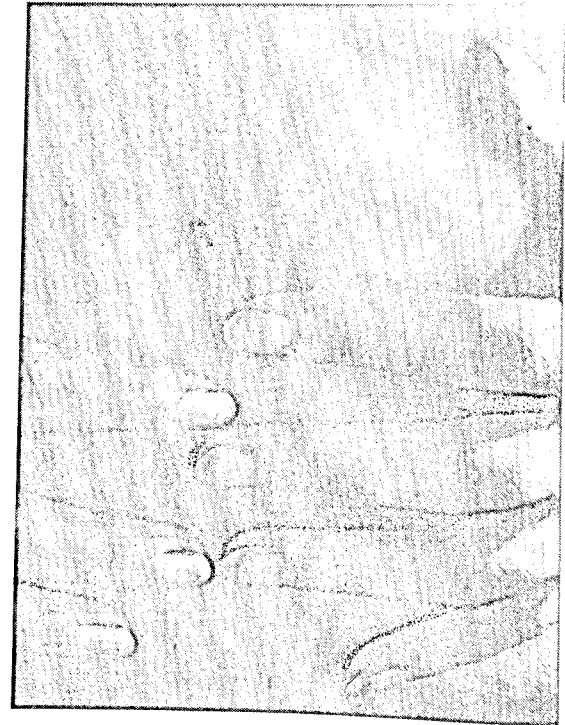
Wir hoffen, daß sich bei der Diskussion über diese Punkte nicht die allerseits bekannten Reaktionen wieder einstellen. Daß einige sich nicht in ihrer arroganten Art über uns Psychopathen hinwegsetzen

oder aggressiv werden und daß sich andere nicht beleidigt und mißmosenhaft vier Wochen zurückziehen oder den "Schwarzen Freitag" gründen. Da wir - wie bereits erwähnt - wissen, daß wir nur unsere subjektive Meinung wiedergeben können, hoffen wir, daß auch andere eine Darstellung aus ihrer Sicht bringen werden.

Sehr ähnliche Themen behandelt auch die folgende Nabelschau, auch wenn sie erst im Jahr 1985 veröffentlicht wurde. Der Artikel geht näher auf die Frage "Gibt es Zugangsbeschränkungen zum RBK bzw. wenn ja, wie ist das mit dem Konzept der Basisgruppe vereinbar?" ein. Im Zusammenhang damit wird das Problem behandelt, daß informelle Hierarchien, wie sie zweifelsohne auch in einer auch so basisdemokratischen Gruppe entstehen, für Neuankömmlinge schwer zu verstehen bzw. nachzuvollziehen sind. Damit stellen sie eine Art Zugangsbeschränkung dar, die in klar strukturierten Gruppen, in denen die Existenz von Hierarchien nie geleugnet wird, dafür aber das Entstehen dieser für jeden klar nachvollziehbar ist, nicht vorhanden ist.

RBK-Eine Nabelschau

Um ein halbwegs aussagekräftiges Bild vom derzeitigen Börsenkrach zu entwerfen, halte ich es für hilfreich, erstmal einige - für ihn als politische Gruppe mit Ansprüchen wie links, undogmatisch, basisdemokratisch, etc. konstitutive - Widersprüche ins Auge zu fassen: Die Widersprüche etwa zwischen theoretischen Ansprüchen einerseits und den tatsächlichen Verhältnissen andererseits, zwischen Individuum und Gruppe, zwischen Basis und Führungsclique. Ich glaube, daß diese Problemfelder an und für sich das Wesen jeder linken Basisgruppe ausmachen. Allerdings determinieren sie wohl nicht von vornherein die realen Verhältnisse, sondern sie lassen sehr wohl einen Handlungsspielraum, der immer wieder neu zu gestalten ist. Aus diesem Grund scheint es mir sinnvoll zu sein, hiermit einmal solidarisch Kritik zu üben, Betriebsblindheiten zu zerstören, die Strukturen zu beleuchten, und damit reale Ansatzpunkte für Fortschritte zu entwickeln.



Nennen wir die Dinge gleich beim Namen, und fangen wir mit den Machtverhältnissen an - sie erweisen sich schließlich immer wieder als der Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Widersprüche. Nun, im RBK steht dieses Thema oft genug im Raum, allerdings macht die kritische Auseinandersetzung damit vor der eigenen Gruppe halt. Man ist befangen. Zudem gehört es zum Selbstverständnis jedes einzelnen, antiautoritär, tolerant und basisdemokratisch, und nicht nur kritisch, sondern auch offen für Kritik zu sein. Das sind der schönen Worte sehr viele, aber wo Schlagwörter nur irgendwo in der Luft hängen und nicht diskutiert und inhaltlich konkretisiert werden, verlaufen sie sich natürlich bald im Abstrakt-Prinzipiellen-Grundsätzlichen. Fest steht - und das wird auch kein RBK'ler bestreiten - Machtstrukturen existieren, und das ist auch ganz natürlich:

Das große Problem besteht lediglich darin, daß sie in der mehr oder weniger lockeren Gruppe zwar unmittelbar und quasi naturwüchsig manifest sind, aber da sie nie thematisiert werden, sind sie verschwommen und wenig transparent - was vor allem für den Neuankömmling Probleme schafft:

Der Zugang zum RBK wird schlicht und einfach sozialdarwinistisch geregelt. Nach dem Motto 'Friß oder stirb!' sieht sich der/die Neue einer sehr anspruchsvollen Situation gegenüber: Entweder man ist fähig, sozusagen im intellektuellen und psychischen Stabhochsprung locker in die Diskussion einzusteigen, oder man begnügt sich mangels inhaltlicher und rhetorischer Kompetenz, oder auch nur mangels performatorischer Fähigkeiten, mit der Außenseiterrolle. Man erlebt sich als unfähig, schwach und inkompetent.

In dieser Phase wäre es für den Neuling wohl leichter, wenn statt der Illusion 'Wir sind ja alle so gleich!', die Autoritätsstrukturen offen im Raum stünden. Denn wenn klar ist, daß sie etwa aufgrund eines gewissen Informationsvorsprungs (z. B. wegen langjähriger RBK-Erfahrung) oder inhaltlicher Kompetenz grundsätzlich als durchaus legitim akzeptiert werden können, kann man einerseits seine eigene Rolle als einer, der nicht mitreden kann besser verkraften, und weiß andererseits, was einem fehlt, um sich sozusagen langsam einzuarbeiten. Schließlich kann man aber v. a. bestimmte Mißstände, die ihre Ursache vielleicht tatsächlich in der persönlichen Borniertheit oder Ignoranz eines oder einiger RBK'ler haben (z. B. Informationen wurden vorenthalten, bereits im kleinen Kreis vorgefaßte Beschlüsse werden nur mehr scheinargumentiert), konkret kritisieren bzw. individuelle Abwehrformen dagegen entwickeln.

Für einen Newcomer ist es nämlich sehr schwer, mit der Situation fertig zu werden, daß man zwar grundsätzlich seine Meinung nur einbringen sollte, Artikeln nur liefern brauche, Aktionen nur vorschlagen sollte (im Sinne völliger Offenheit für alle und alles) - allerdings - und das ist der Haken dabei - auf dem Hintergrund 'technischer' Perfektion. Daß ein Frischling durch derartige Leistungsansprüche

hoffnungslos überfordert ist, weiß im Grunde natürlich auch jeder Alt-RBK'ler - außer er hat die eigenen Anfangsschwierigkeiten erfolgreich aus seinem Bewußtsein verdrängt:

Man legt sich weder Meinungen und Theorien von heute auf morgen zu, noch durchschaut man auf den ersten Blick die gruppendynamische Situation, noch hat man den Insider-Jargon von vornherein drauf!

Mehrere Möglichkeiten bieten sich dem solcherart frappten Neuling:

- Entweder er/sie ergreift kopfschüttelnd die Flucht, oder

- er/sie findet sich mehr oder weniger freiwillig mit einer eher passiven Rolle an der Peripherie ab,

- oder - und das sind die ganz eifrigen

- er/sie trägt den großen Bluff zur Schau: Man quasselt mit, wo der Grundwortschatz schon vorhanden ist, man legt sich rasch ein paar Argumentationsstrategien zu, schwört sich mit einem etwas mulmigen Gefühl auf ein paar griffige Grundsätze ein und schmeißt sich so - zwar unter einem gewissen psychischen Druck, aber nach außen hin doch völlig locker - mitten ins Geschehen.

Eine solcherart oberflächliche Anpassung ist aber nicht unproblematisch: Man vertritt eher nur Standpunkte, anstatt sich einer sachlichen Auseinandersetzung zu stellen, man argumentiert unverbindlich im Rahmen des Logisch-Möglichen ohne persönliche Betroffenheit, ohne daß es einem wirklich um etwas ginge, und man wird stumpf in der Wahrnehmung, d. h. man ist nicht mehr sensibel für Widersprüchliches und Unplausibles oder ganz einfach Irrelevantes, sondern hat schlicht und einfach seine (durchaus verständliche) Freude daran, mitzureden und dazuzugehören.

Jedes politische Greenhorn kann sich allerdings einiges ersparen (aber auch alles vertun - je nachdem), wenn es eine persönliche Beziehung zu RBK'lern aufbauen kann. Das ist wohl die beste Basis für einen gelungenen Einstieg, denn man darf ja nicht vergessen, daß man mit diesen Leuten sehr viel Zeit verbringt, daß man immer wieder mal unbefriedigende oder langweilige 'Dienstag-Sessions' bewälti-

gen muß, daß man sich nicht immer durch spektakuläre Leistungen das Gefühl 'gewollt-zu-werden' quasi erkaufen kann, etc. - ohne einen persönlichen Zugang würde man auf Dauer wohl außer auf guten Willen und eifrige Hartnäckigkeit auch noch auf masochistische Charakterzüge zurückgreifen müssen. Aber richten wir endlich den Blick auf diejenigen, die diese selektierenden Aufnahmebedingungen ohne größeren Schaden hinter sich gebracht haben und nunmehr den RBK repräsentieren. Sie alle haben gelernt, mit dem ständig im Raum stehenden Leistungsdruck mehr oder weniger gut umzugehen: Meist wirkt er sich wohl doch produktiv aus und wird so durch intellektuelle Leistung kompensiert; für manche oder manchmal ist er aber hauptsächlich eine große - wenn auch oft geleugnete - psychische Belastung. Man steht sich's eben auf intellektuelle Kommunikation in lustvoller Atmosphäre, niveauvoll und locker - auf keinen Fall aber banal oder angestrengt. - Ehrlich, wer könnte es unter diesen Umständen wagen, seine Schwächen

und Problemchen zu thematisieren? Als Folge davon vermischen sich denn sachbezogene Diskussionen unweigerlich mit so niederen Gefühlen wie dem Drang nach Anerkennung oder Selbstdarstellung, wie Eifersucht oder Exhibitionismus.

Eines steht fest: Der Leistungsdruck wirkt produktiv und steigert die Effizienz: Solang jeder das Bedürfnis hat, dem andern zu zeigen, was er alles kann, werden 'Höchstleistungen' provoziert. Daß dabei einiges an individueller Phantasie und Spontaneität, und nicht zuletzt auch an persönlichem Wohlbefinden verlorengeht, darf man allerdings nicht vergessen.

Und so frag' ich mich denn auch, ob man die ohnehin vorhandenen 'Kapazitäten' nicht in einem Klima, das nicht so sehr von diesem Konkurrenzdruck, aber dafür in noch größerem Ausmaß von der solidarischen Auseinandersetzung mit den Zielen und Problemen einer politischen Gruppe mit Mandat für die Studentenvertretung geprägt ist, sozusagen 'zur vollen Entfaltung' bringen könnte?

○

Nun genug der Selbstkritik. Natürlich gab es auch kritische Worte der "anderen" (= der Nicht RBKler) - so zum Beispiel von Professor Streißler. Folgendes verkündete er laut einem Börsenkrach (2/1978) bei seiner Einführungsvorlesung: "Am Börsenkrach stört ihn, daß er umsonst verteilt wird, also das ist, was die Ökonomen ein freies Gut nennen. Da der Börsenkrach in Gegensatz zu "Sonnen-schein in

den Tropen" (das könnte im Streißler-Skriptum, aus dem man ja bekanntlich nicht zitieren darf, als Beispiel angefügt sein) von Menschen mit Kosten PRODUZIERT wird, liegt der Schluß nahe, daß diese Menschen meschugge sind, da sie ja am Bedarf vorbeiproduzieren. Es ergibt sich aus seiner Rechnung ganz zwanglos, nicht nur daß „marxistische Zeitschriften“ die keinen Preis haben nichts wert sind (was „die Damen und Herren Juristen“ in der Vorlesung, die das eh schon immer wußten, als besonders gutes Bonmot freudig beklatschten), sondern auch daß Linke besonders dumme „Wirtschaftssubjekte“ sind, weil sie trotzdem und ganz schön hartnäckig ihr Zeug produzieren, wozu ganz zwanglos die Vorstellung von dunklen Geldquellen sich gesellt."

In eine andere Richtung zielt folgender Leserbrief (Über die Schizophrenie bei Studenten) aus dem Jahr 1975 (nächste Seite).

LESEBRIEF (Über die Schizophrenie bei Studenten)

Im letzten "Roten Börsenkrach" stand's zu lesen unter der Überschrift "Soziale Kriterien auf der Hochschule", S.3:

"Studenten werden in Seminaren oft weniger von Professoren unterdrückt, als vielmehr von anderen Studenten, die den akademischen Riten bereits angepaßt sind", denn: "Die Mißbegierigen, Aufgeweckten und Fleißigen fallen schon früh auf."

Na also, der "Rote Börsenkrach" ist also nicht nur kritisch sondern sogar selbstkritisch. Doch besser noch, er gibt allen seinen Lesern auch noch so praktische Hinweise wie: "Aber alles Gerede von der studentischen Solidarität ist hinfällig, wenn es nicht gelingt dies zu durchbrechen." Und wem damit noch nicht alles gesagt ist, der kann auch noch erfahren, wo er anfangen muß, gegen "funktionale Herrschaftsmethoden" zu kämpfen, nämlich "an diesem Punkt".

Nun gut, suchen wir also diesen springenden Punkt. Helfen könnte uns bei der Suche der Verfasser des Artikels, aber wie wir erfahren haben, ist der im Impressum angeführte Name Peter Rosner nur eine Art Künstlernamen für das Redaktionskollektiv. Aber als interessierter Wirtschaftsstudent kennt man ja seine Fappenheimer und weiß zumindest in etwa, welche Personen dem "Roten Börsenkrach" nahe stehen. Und da gehen uns dann die Augen auf: es sind doch dies all die Mißbegierigen, Aufgeweckten, alle die mit der gleichen Sprachfärbung wie die Professoren. Doch sollten es auch die sein, die die Mechanismen "akzeptiert haben", die "der eigenen Karriere" dienen? - Aber wenn es so wäre, dann wären diese so selbstkritischen Studenten doch an dem Punkt, an dem der Kampf beginnen muß, denn dann sind sie selbst es ja, die ihre Kommilitonen frustrieren und sich selbst emporkriteln.

Und wenn es so wäre, wie müßte der Kampf dann aussehen? Einkehr an immanenter Kritik scheint ja, wie sie selbst erkannt haben, kein Ausweg zu sein. Aber vielleicht sollten sie sich solidarischer mit den übrigen Studenten in den Lehrveranstaltungen verhalten und nicht noch mit ihren aufgeweckten Beiträgen das Niveau steigern und die Kollegen frustrieren.

D a r ü b e r s o l l t e m a n d o c h r e d e n !!!

Und zwar am DIENSTAG, 10.6.75 20 Uhr
im CAFE GLACIS.

Mythos Börsenkrach

VON ERICH HAAS

Wenn dereinst im Jahre 2024 das 50-Jahr-Jubiläum des Roten Börsenkrach ansteht, so wird das feierliche Ereignis sicher nicht mehr in der Uni, sondern in der Hofburg stattfinden. Wir Alten, vor allem in Anspruch genommen von unseren Wehwehchen, werden sicher als erste in den Redoutensaal einmarschieren und ganz vorne sitzen dürfen. Der Bundespräsident wird uns begrüßen. Schon im Vorfeld werden die Medien groß berichten, die neueste Printerfindung des Hauses Fellner ebenso wie alle wichtigen Zeitungen des Hauses Mediaprint, natürlich auch das Fernsehen (die Österreich-Tochter ORF des Bertelsmann-RTL-Konzerns), und vielleicht kriegen wir sogar eine Doppelseite in der "Krone am Sonntag" (wenn nicht diesmal, dann aber ganz sicher zum 75-Jahr-Jubiläum!).

Und ich werde das alles genau so wenig verstehen wie im Jahre 1999 den 25-Jahr-Rummel. Natürlich freue ich mich, daß eine Idee so lange überlebt hat - aber ist das ein Grund, als so wichtig dargestellt zu werden? (Denn so wichtig war und ist der RBK nicht).

Halten wir uns an die Fakten: es gab keine Gründungsveranstaltung. Irgendwann, offenbar im Jahr 1974, beschlossen ein paar Studenten spontan (ohne aber Spontis im damaligen Sinn gewesen zu sein), ein bißchen auf der SOWI-Fak politisch mitmischen zu wollen, erstens gegen die entsetzlichen Dogmatismen der damaligen linken studentischen Gruppen, andererseits gegen den sehr faden und rückständigen Lehrbetrieb der damaligen Zeit. Und außerdem wollten wir auch ein bißchen mehr wissen über Dinge, die sich so zutragen in der Welt. Das war es eigentlich. Die wichtigsten Instrumente waren unser "One-and-only-Zentralorgan", der RBK, und unser unbekümmertes Auftreten auf der Uni, wo wir stets konkretes wissen wollten und nie dogmatisch-behauptendes von uns gaben. Denn niemals erweckten wir den Anschein - im Gegensatz zu Kommunisten und Maoisten - daß wir die Welt erklären konnten, obwohl die Welt damals noch viel einfacher war als heute.

Waren wir eine Seilschaft? Nein. Wir schätzten uns gegenseitig und tun das im wesentlichen bis heute, aber das war's auch schon. Waren wir eine hierarchisch organisierte Gruppe? Niemals. Sonst wäre Streit auf der Tagesordnung gestanden, und eine Kontinuität im schnell vergehenden Studentenleben wäre nicht möglich gewesen. (Das gilt offenbar bis heute, denn sonst gäbe es den Börsenkrach nicht mehr).

Waren wir erfolgreich? Ja, vom ersten Tag an. Das Konzept, das eigentlich keines war, paßte und traf offenbar Wünsche, Emotionen und Vorstellungen vieler Studenten: Interessensvertretung, Weiterbildung, Beseitigung von Scheuklappen, Hinweise auf Mißstände, und das alles sehr konkret und auf die Fakultät oder auf unser Umfeld bezogen.

Ist das ein Erfolgsrezept? Ja und nein. Eigentlich sollte es das normalste auf der Welt sein. Warum berichten dann "FORMAT", "profil" & Co über den RBK und machen ihn zum Mythos? Ich weiß es nicht. Vielleicht löst der Rote Börsenkrach irgendwelche geheimen Sehnsüchte aus. Oder trifft vielleicht die illusionsloseste aller möglichen Erklärungen zu: daß es nämlich in einem so kleinen Land wie Österreich nicht so viel wirklich berichtenswertes gibt, als daß man nicht auch zu weniger wichtigem greifen müßte.

Gut, daß es den Roten Börsenkrach gab und gibt. Aber wichtig, nach objektiven Kriterien, ist er nur in einem sehr, sehr eingeschränkten Ausmaß. In diesem Sinne herzliche Glückwünsche zum Geburtstag, und, Ihr heutigen und zukünftigen, hebt nicht ab in Irrealität und Illusion!

Erich Haas studierte in den Siebzigern Volkswirtschaft an der Uni Wien, war RBK-Mitgründer und ist zur Zeit Wirt des Restaurants "Oh Pot" sowie Bayernwerke - Lobbyist.

RBK - Eigendefinition(en)

von 1974 bis 1999

“Es gab eine Zeit, da brodelte es unter dem intellektuellen Potential der SOWI-Fakultät wie im Krater des Ätna kurz vor dessen Ausbruch. Etwas Großartiges schien bevorzustehen. Und siehe da, als der Himmel sich klärte, war der Rote Börsenkrach geboren.” (L&L Wahlprogramm '85) Schön und gut, aber was ist da eigentlich entstanden? Was waren die Ziele und Motive der Menschen, die damals dahinter standen und wie definiert sich der Rote Börsenkrach heute?



Der RBK versteht sich als politische Gruppe, die versucht, die Situation am 'Arbeitsplatz Hochschule' bewußt zu machen und zu verändern.” (RBK 0/SS75)

“Der RBK ist der Organisation gewordene Krampf der entsteht, wenn die vom weitverbreiteten studentischen Unmut gespeiste, emotionale Energie ohne verbindliches theoretisches Konzept in einen Gegenstandspunkt gegossen werden soll, der nichtsdestotrotz ein Gefühl der “Heimat” zu spenden vermag.” (10 Jahre: Der Rote Börsenkrach - Sondernummer; '85)

“Wir verstehen uns als basisdemokratische, linke, emanzipatorische, undogmatische und parteiunabhängige Gruppe” (Wahlprogramm '87)

“Wer wir sind? Interessierte und engagierte Volkswirtschaft-Studenten, die wissen, daß nur die Tat Veränderungen nach sich ziehen kann” (Wahlprogramm '93)

Doch es ist gar nicht so schwer, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint, die verschiedenen Selbstdarstellungen, die sich im Laufe der Jahrzehnte angesammelt haben, auf einen Nenner zu bringen. Es gibt eine Vielzahl an Standpunkten, die immer wieder auftauchen und zu denen auch über die Generationen hinweg ein gewisser Konsens festgestellt werden kann. So zum Beispiel das Bekenntnis zur Basisdemokratie, die Ablehnung der sogenannten Servicepolitik, der (schon immer existierenden) Verschulungstendenzen innerhalb des Studiums und noch einiges mehr. Abseits dieser praktischen Politikansätze ist es (unter anderem wahrscheinlich bedingt durch diverse

weltpolitische Klimaänderungen) jedoch schon zu gewissen Veränderungen im ideologischen Bereich gekommen - zunächst scheint es so, als ob das anfangs noch fest verankerte gesamtgesellschaftliche Weltbild einer marxistischen, wenn gleich undogmatischen Bewegung zusehends in Frage gestellt wurde und der RBK auf diese Weise zu einer zwar linken, aber dennoch eher ideologiefremden Bewegung mutiert ist. Die erste uns vorliegende Eigendefinition stammt aus dem Sommersemester 1975 und beschränkt sich in ihren Zielsetzungen vorerst auf die Erweiterung und Anreicherung des Studiums durch alternative Inhalte:

“Der Rote Börsenkrach (RBK) versteht sich als politische Gruppe, die versucht, die Situation am “Arbeitsplatz Hochschule” bewußt zu machen und zu verändern. Das Studium selbst ist in zweifacher Weise, nämlich was Inhalte und Form betrifft, unbefriedigend:

- 1) Die Lehrinhalte sind vollkommen willkürlich. Sie sind durch persönliche Interessen, Spielereien und Eitelkeiten der Lehrenden bedingt, ohne daß jemals versucht wird, ein Interesse darzustellen.
- 2) Die meisten Seminare laufen in einem Stil ab, der nur eine Funktion erfüllt: restliches Interesse zu töten.

Deswegen haben wir im WS 1974/75 10 Flugblätter verteilt, die zu Themen aus den Bereichen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftstheorie, Tagespolitik und Studium kritisch Stellung nahmen. Die Inhalte dieser Artikel ergaben sich aus einem bestimmten politischen Interesse und Selbstver

ständnis. Es galt, den Zusammenhang zwischen Hochschule und systembedingten Mängeln herzustellen: An der Hochschule erlebtes Leid ist nicht zufällig, sondern Ausdruck gesellschaftlichen Leids überhaupt. Wir wollen zeigen, daß diese Fehler nicht durch systemimmanente Kritik beseitigt werden können. Wir wollen anders zeigen: die Relativität dieser Gesellschaft, sowie ihre politische und ökonomische Überwindbarkeit: Kritik und Diskussion, soweit dies im Rahmen einer Institutsarbeit in einem bestimmten Fachbereich möglich ist.

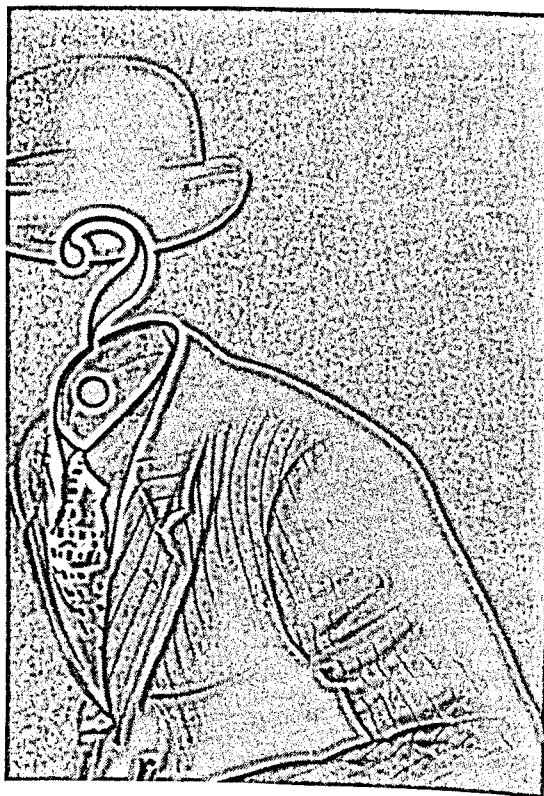
Als Gruppe trifft sich der RBK wöchentlich: nicht nur um die obengenannten Fragen zu diskutieren, sondern auch um uns selbst die Möglichkeit zu geben, die die Hochschule uns längst genommen hat: Gespräche zu führen in der nicht-autoritären Atmosphäre einer außeruniversitären Gegenöffentlichkeit. Die Alternative einer Organisation in elitären, straffgeführten dogmatischen Gruppen schien uns nicht sinnvoll; auch da ist "freies Gespräch" nicht verwirklicht. Die Kritik fängt mit Kleinigkeiten an: Willkür bei Prüfungen, Unsinnigkeiten in Seminaren etc. Dagegen etwas zu unternehmen setzt voraus, sich zu organisieren, zunächst sich zu treffen. Dazu sollen die Dienstagabende im Café Votiv dienen. Berichte über Seminare und Vorlesungen; Überlegungen, was getan werden kann und soll; Diskussionen über ökonomische Probleme, die in den Vorlesungen und Seminaren zu kurz kommen; Bildung von Arbeitskreisen etc." (RBK 0/SS75)

Ziel dieser Politik war es offensichtlich, den Studierenden, die frustriert waren über Bedingungen und Inhalte des VWL-Studiums, durch das Angebot von diversen Diskussionsrunden, Arbeitskreisen, Lesezirkeln usw. die Möglichkeit zu geben, die Brücke zwischen dem auf der Hochschule erlebten Leid und dem systembedingten gesellschaftlichen Leid zu schlagen. Über diesen "Umweg" könne man die Basis und damit die "Masse" der Studierenden ansprechen und wesentlich zur Politisierung des Unibereichs beitragen. Die im weiteren Verlauf wahrscheinlich oft diskutierte Systemänderung war aber keinesfalls so genau definiert. Im Gegenteil, es war schon immer ein Anliegen des RBK, eine im eigentlichen Sinne marxistische also parteiunabhängige und undogmatische Gruppierung zu sein. Man unterschied sich schon damals deut-

lich vom real existierenden Sozialismus und der, von der Öffentlichkeit als Feindbild propagierten, sowjetischen Auslegung und Vereinnahmung der marx'schen Gesellschaftstheorie. Statt dessen wurden alternative Interpretationen dieser und anderer Theorien diskutiert.

Basisdemokratie

Ein weiterer Punkt in dem sich der RBK typischerweise von anderen linken Organisationen, wie zum Beispiel dem KSV oder dem VSSÖ, unterscheidet ist seine Organisationsform. "Die Kadergruppen, Zerfallsprodukte der 60-er Jahre, reagierten auf die zunehmende Entpolitisierung der StudentInnen mit straffen Organisationsformen, Zentralisierung und Elitengehabe. Bei jeder Gruppe schien die Wahrheit am besten aufgehoben zu sein und abweichende Bedürfnisse und Einschätzungen wurden als Sektierertum abgetan und bekämpft." (Wahlprogramm '81)



Diesen professionellen, meist parteipolitisch gebundenen Verbänden setzte der RBK - und natürlich andere Basisgruppen - das Konzept der Basisdemokratie entgegen. "Als radikalste und ehrlichste Aktionsform linker Politik haben wir die Basisdemokratie erkannt. Basisdemokratie bedeutet nicht nur, daß der Diskussionsprozeß an der Basis geführt wird, es heißt auch, daß wir die Ausführung sachlicher bzw. politischer Ent-

scheidungen nicht VertreterInnen oder RepräsentantInnen überlassen, sondern sie selber treffen." (*LiLi Wahlprogramm '89*)

Dabei ging es nicht darum, eine Organisationsform durch die andere zu ersetzen, sondern um ein qualitativ neues Verständnis von Politik. "Zum einen wollen die Basisgruppen, daß die Vertretung studentischer Interessen nicht an Verbände und ihre Funktionäre delegiert, sondern von den Studenten selbst in die Hand genommen wird. Sie sollen es sein, die die Vorgänge an unserer Fakultät diskutieren, mit ihren Einschätzungen konfrontieren und so die Grundlage dafür schaffen, daß sich öffentliche Erfahrung bilden kann, die Basis für ein selbstbestimmtes politisches Handeln bildet. Zum anderen impliziert das Konzept der Basisdemokratie, daß alle scheinbar so objektiven Sachzwänge, Normen und Gesetze grundsätzlich auf ihre Vernünftigkeit hin zu befragen sind. Allgemeine Geltung soll nur beanspruchen dürfen, was der kritischen, öffentlichen Diskussion standhält." ('87)

Ein wichtiges Mittel Vorschläge, Ideen und Resolutionen dieser kritischen, öffentlichen Diskussion auszusetzen, waren (und sind noch immer) die HörerInnenversammlungen und die darin erteilten "imperativen Mandate". Im Gegensatz zum "freien Mandat", bei dem erst dann Rechenschaft abgelegt werden muß, wenn wieder eine Wahl vor der Tür steht, ist es beim "imperativen Mandat" jederzeit möglich, StudienrichtungsvertreterInnen abzuwählen. Das Konzept sieht vor, in den HörerInnenversammlungen die jeweiligen Resolutionen zu diskutieren und abschließend ein durch Abstimmungen legitimates imperatives Mandat an die jeweiligen "Vertreter" zu erteilen.

Auf die Basisdemokratie berufend lehnte es der RBK in der Zeit nach seiner Gründung sogar ab überhaupt zu Wahlen anzutreten. Erst in den darauffolgenden Jahren ist man von dieser Überzeugung abgewichen.

"Um keine Erwartungen zu enttäuschen, nehmen wir auch zu den Wahlen Stellung: Sie sind zwar kein sehr wichtiges Ereignis, haben aber doch gewisse Bedeutung. Nur ein Drittel der Studenten wählen, wodurch die linken Gruppen stärker vertreten sind, als es ihrer numerischen Stärke entspricht; aber es finden sich immer noch genug konservative Studenten, sodaß deren Mehrheit nicht gefährdet ist. Entsprechend der Wahlbeteiligung ist auch die politische Stärke der ÖH:

Abgesehen von den Dienstleistungen wird sie kaum wahrgenommen.

Da wir da eine andere Auffassung von Politik haben und wir uns nicht bloß durch Parolen von anderen linken Gruppen unterscheiden – bei einer Kandidatur wir uns aber mit diesen Gruppen messen müßten – erscheint uns die Wahl noch aus einem zweiten Grund nicht so wichtig: kontinuierliche linke Aktivität ist nicht erreichbar durch periodisch anfallende Wahlen mit rituell vorgelagertem Wahlkampf. In unseren Dienstag Diskussionen kamen wir überein, keine Wahlempfehlung abzugeben, weil wir selbst unterschiedlich wählen und weil wir annehmen, daß interessierte Leser des RBK selbst entscheiden können. Daß wir linke Gruppen wählen, dürfte klar sein. Wir möchten aber unseren Lesern, die ebenfalls links wählen wollen, zu bedenken geben, daß linke Studentenvertreter so lange Resolutionsmeier sind, so lange sich ihre Wähler nicht aktiv an studentischer Politik beteiligen." (*RBK 4/SS75*)

Die Erkenntnis, daß die basisdemokratische Alltagspraxis den Ansprüchen, die an sie herangetragen werden und es hier zu skizzieren gilt, oft nur bedingt genügen kann, hat sich wohl irgendwann in den 80-er Jahren eingeschlichen und ist bis heute geblieben. Aber das soll uns nicht davon abhalten, auf das Interesse an Selbstbestimmung und Mündigkeit unter den Studierenden zu vertrauen und die Basisdemokratie weiterhin als Ziel eines Emanzipationsprozesses, der Zeit, Erkenntnismöglichkeiten und manchmal einen langen Atem braucht, zu sehen. (Siehe dazu: "Käskösäh – Basisdemokratie?" im Anschluß an diesen Artikel)

Partizipation

Als eine der zentralen Forderungen der StudentInnenbewegung der 60-er Jahre war die Partizipation von StudentInnen an universitären Entscheidungsprozessen mit dem Inkrafttreten des UOG 75 zumindestens theoretisch möglich geworden. Der Standpunkt des RBK ist in dieser Frage durchgehend eindeutig: man hielt die von der Regierung schon lange geplanten Mitbestimmungsgremien, die zum Ziel hatten, wie es Wissenschaftsministerin Firnberg formulierte, "die Studenten von der Straße an den grünen Tisch zu bringen" für eine reine Beschwichtigungs- und Integrationsmaßnahme. Nur die Stu-

dentenenunruhen, die in den späten sechzigern in anderen europäischen Ländern stattgefunden hatten, haben die Regierung zu diesem Zugeständnis bewogen. Aufgrund der eklatanten Unterrepräsentation der StudentInnen in diversen Gremien war es so gut wie unmöglich, sich in allfälligen Kampfabstimmungen durchzusetzen. Angesichts dieser Zustände wandten sich viele linke Gruppierungen von der Gremienpolitik ab und überließen das Feld anderen Fraktionen, die sich dazu berufen fühlten, sich dieser Illusion hinzugeben. Der RBK hingegen hat diese Mißstände zwar erkannt, sich aber geweigert, die Plätze in den Gremien anderen zu überlassen und war fortan bemüht, seinen Argumenten in den Gremien durch Vorlesungsstörungen, Streiks und Besetzungen mehr Gewicht zu geben. Geblieben ist natürlich die Forderung nach Halbparität in allen Gremien, d.h. gleich viele Profs und Assistenten wie Studenten, um ein Maximum an demokratischer Kontrollmöglichkeit durch die Studenten an der Uni zu gewährleisten. (Dazu: "STUKO - Forget It!" auf Seite 32)

Heute?

"Wir sind desillusioniert. Zukunftsphantastereien einer besseren Welt belächeln wir, unseren eigenen erkenntnistheoretischen Anspruch relativieren wir in giftiger Selbstironie, den Glauben an die Möglichkeit einer widerspruchsfreien Politik haben wir nicht mehr. Altlinke werfen uns in moralisierender Selbstgerechtigkeit vor, theorieelos, apolitisch und ohne Visionen zu sein.

Wir sind distanziert. Freilich geben wir nicht zu, und in Wirklichkeit glauben wir es auch nicht so richtig, all das vorher behauptete auch zu sein. Wir theoretisieren, wir machen Politik und wir reden von Utopien, allein, wir nehmen uns dabei nicht immer ganz ernst. Es ist ein diffiziler Pfad, derjenige zwischen Glauben, Eklektizismus und Selbstironie. Daß wir damit unsere politischen Inhalte verloren hätten, das wäre natürlich ein Trugschluß." (*Wahlprogramm '87*)

Wie schon zu Beginn angerissen wurde, sind dem RBK eben diese typisch linken Themen und Standpunkte wie zB die Basisdemokratie, die Rolle der Frau auf der Uni und im Beruf, der Kampf gegen die Servicepolitik & Verschulung quasi als Leitfaden seiner Politik erhalten geblieben. Erst bei einem zweiten Blick auf diverse Eigendefinitionen fällt auf, daß da doch vielleicht etwas ver-

lorengegangen ist. Es sieht fast so aus, als ob das theoretische Fundament auf dem die gesamte linke Realpolitik des RBK steht, im Laufe der Zeit unbemerkt abgebröckelt ist - vielleicht haben wir unsere typisch linken Schlagwort-Themen auch deshalb so gern, weil wir Angst haben, ohne sie garnicht mehr links zu sein? Sind es nicht eigentlich nur noch die vielen kleinen Traditionen, die uns den Anschein geben progressiv, revolutionär, alternativ zu sein? Nein - das ist wohl auch wieder zu viel des Pessimismus' gewesen.

"Eine Selbstdarstellung des RBK zu schreiben ist zur Zeit nicht einfach. Wir wollen ja nicht nur eine Bilanz unserer Leistungen in der Studienrichtungsvertretung geben, sondern auch vermitteln, worin unser Selbstverständnis als politische Gruppe besteht: Vor allem bedingt durch den Generationenwechsel, der im "Börsenkrach" zur Zeit stattfindet, sind besonders über dieses Selbstverständnis neue Diskussionen in Gang gekommen. Alte Grundsatzpositionen werden hinterfragt, und neue sind nicht immer leicht zu finden. Das Meinungsspektrum ist heterogener geworden: Programmatische Aussagen, in denen sich alle von uns wiedererkennen können, sind da nicht leicht zu treffen. Dennoch glauben wir, daß es - bei allen Differenzen - einige Bezugspunkte gibt, die unsere unipolitische Arbeit bestimmen." (*Wahlprogramm '89*)

Nach meinen bisherigen Erfahrungen findet im RBK wahrscheinlich die meiste Zeit ein sogenannter "Generationswechsel" statt. Es kommen neue Menschen dazu, andere gehen wieder und ein paar bleiben überhaupt ewig oder zumindest etwas länger. Die Gruppe ändert sich somit ständig und damit die Meinung eben dieser - und das ist gut so. Es geht ja schließlich nicht darum, irgendein Programm aufzusetzen, dem sich dann alle verpflichtet fühlen sollen, es geht vielmehr darum, ein Forum (um mal ein ganz neues Wort zu verwenden) zu erhalten, das eine alte linke Tradition hochhält und fördert. Gemeint ist die inhaltliche Diskussion zwischen jungen, kritischen, politisch denkenden Menschen - und genau das sollten wir tun.

KÄSKÖSSÄH?

BASISDEMOKRATIE

Autonome Öffentlichkeit

Die radikaldemokratische Ansicht, daß Normen, Institutionen und Gesetze lediglich die Meinung verkörpern sollen, auf die sich viele öffentlich geeinigt haben, ist schon seit einiger Zeit Hauptangriffspunkt neokonservativer Kritik. (vergl. Der Rote Börsenkrach Nr.2, WS 86/87, S 10-15) Die pessimistischen Kenner der menschlichen Praxis wissen nämlich genau, was bei diesem Gedanken fehlt: Es sei der fehlende Sinn für die mangelnde gründende Autorität der Institutionen. Wenn es um politische Entscheidungen gehe, müsse selbst die Demokratie tendenziell ins Autoritäre, das meist die Gestalt von Sachzwängen annimmt, "aufgehoben" werden.

Daß Leute, die diese Ansicht vertreten, überhaupt nicht verstanden haben, daß es gerade diese emphatische Idee der Demokratie ist, die die sittliche Substanz der modernen Gesellschaft ausmacht, haben vor allem die Studentenbewegung der 60er Jahre und die neuen sozialen Bewegungen wieder ins öffentliche Bewußtsein gehoben.

Eine der wesentlichsten Einsichten der Aufklärung war es, daß nach dem Zerfall der metaphysischen Weltbilder und religiösen Deutungssysteme, die unter der Last der subversiven Frage "was kann ich wissen", wie ein Kartenhaus zusammengefallen sind, kein Fundament des Wissens und der Normen gibt,

außer dem Menschen selbst. Die Aufklärer sahen darin die Chance, daß sich das Leben der Menschen erstmals in ihrer Geschichte vernünftig entwickeln könne. Da nun aber der "Oberherr der Welt unbewiesen in seinem Blute schwamm" (Heine), gab es keine Instanz für die Orientierungsmaßstäbe gesellschaftlichen Handelns außer der öffentlichen Beratung autonomer Individuen über die gemeinsamen Angelegenheiten nach den Regeln der Vernunft.

Alle Bemühungen einer Anknüpfung an dieses radikale Verständnis von Demokratie sind in engstem Zusammenhang mit diesem Grundgedanken zu sehen. Wenn also von Basisdemokratie die Rede ist, geht es gleichzeitig um eine Auseinandersetzung zwischen Aufklärung und Gegenaufklärung. Basisdemokratie steht auf den egalitären Fundamenten der modernen Rationalität und wendet sich gegen alle Formen einer elitären Hierarchisierung der Gesellschaft.

Diskussion statt Verkündigung

Den Schrecken vor der subversiven Kraft einer autonomen Öffentlichkeit teilen die Mächtigen seit es Leute gibt, die versuchen diese Idee theoretisch zu begründen und politisch durchzusetzen. Heute ist die Entlastung der Massendemokratie vom demokratischen Bewußtsein der Massen das Projekt, dem sie alle ihre Aufmerksamkeit und Energie widmen. Der Grund ist leicht einzusehen. Die ökonomische Organisation dieser Gesell-

schaft produziert und reproduziert Herrschaftsverhältnisse, die sich vor ihrem Selbstverständnis als einer Gesellschaft, die Freiheit und Gleichheit ermöglicht, wohl kaum legitimieren lassen.

Konkret nimmt dieses Projekt die Gestalt einer konsequenten Restauration von Formen der repräsentativen Öffentlichkeit und einer Verdrängung von politischen Aufgaben aus der legitimationsabhängigen Sphäre der Politik auf nachzwangsgesteuerte Märkte an.

Verbände, die das politisch-administrative System nach außen hin repräsentieren, beherrschen die politische Öffentlichkeit, in der nicht nach Vernunftmaßstäben diskutiert bzw. versucht wird alle Argumente der Staatsbürger gleichermaßen zu berücksichtigen, sondern aufgrund ökonomischer und bürokratischer Machtverhältnisse Interessenslagen festgesetzt und Einflusssphären gesichert werden. Der "Dialog" der Verbände mit ihren Wählern nimmt Formen der Verkündung an, die mit einer Argumentation kaum mehr was zu tun haben. Die Öffentlichkeit wird zur Repräsentation der Macht instrumentalisiert. Das anspruchsvolle Verfahren der Legitimation wird ausgedünnt zu einem "Kuhhandel", bei dem die öffentliche Hand "Serviceleistungen" zur Verfügung stellt und dafür Wählerstimmen bekommt.

Das Interesse der Verbände an der politischen Öffentlichkeit läßt sich durchaus mit dem des Privateigentümers vergleichen. Genauso wie für diesen die Öffentlichkeit lediglich als Werbefläche zum besseren Absatz seiner Produkte interessant ist, ist die Öffentlichkeit für die politischen Verbände als Werbefläche beim Kampf um Wählerstimmen von Bedeutung. An der Bildung öffentlicher Erfahrung sind beide nicht interessiert.

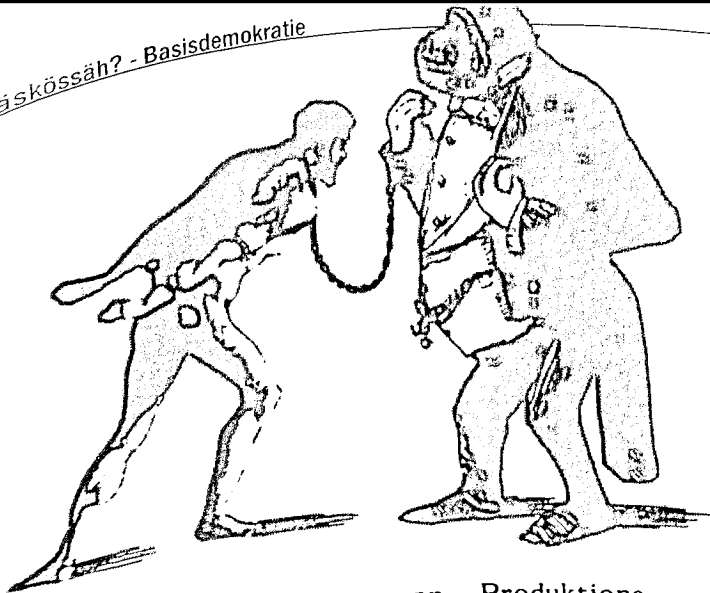
Gegen diesen Betrug um das emanzipatorische Potential demokratisierter Verständigungsverhältnisse wehrt sich Basisdemokratie. Ihre Forderung ist, daß die politische Selbstbestimmung an die Gesellschaft zurückgegeben

und nicht an Funktionäre von sich verselbständigenden Interessensverbänden delegiert wird. Das einzige Medium, in dem sich Basisdemokratie entfalten kann, ist die Diskussion, weil allein der öffentliche Streit der Argumente vernünftiger Bezug politischer Entscheidungen sein kann. Die Diskussion und die öffentliche Beratung sind sozusagen das Fundament der Basisdemokratie. Sie nimmt den Anspruch der Gesellschaft eine demokratische zu sein beim Wort. Während die Funktionäre auf allen Ebenen stolz darauf hinweisen, wie gut sie ihr Volk vertreten, hoffen Basisdemokraten darauf, daß es bald zurückkommt.

Demokratie statt Kapitalismus

Basisdemokratie ist auf entgegenkommende Lebensformen angewiesen. Der Einsatz für Basisdemokratie unter jetzigen Verhältnissen ist getragen von beträchtlichen utopischen Energien. Das heißt aber nicht, daß in romantisierender Weise abstrakt ein allgemeines Menschheitsphantos den "bösen", "herrschaftstendenzen" Funktionären und Kapitalfraktionen entgegengesetzt wird. Basisdemokratie ist kein Konzept des "guten Lebens" oder der besseren Menschen. Solch moralisierende Kritik an den Verhältnissen liegt ihr fern. Sie fordert zunächst nur eins: Diese sollen vernünftig sein. Vernünftig sind Verhältnisse zu nennen, in denen Angelegenheiten der Gesellschaft im öffentlichen Streit der Argumente beraten werden. Dieses formale Prinzip ist im Wesentlichen an zwei Bedingungen geknüpft. Die Individuen, die an der öffentlichen Beratung teilnehmen müssen frei und gleich sein. Gleichheit heißt: Sie dürfen nicht abhängig sein von anderen Menschen, Interessen etc. Gesellschaftliche Verhältnisse, die in ihrer Organisationsweise Herrschaftsverhältnisse und Ungleichheit produzieren sind ein Hindernis für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Zweifelsohne sind in kapitalistischen Gesellschaften durch die Basisinstitutionen der freien Lohnarbeit und des



Universitäre Öffentlichkeit als Chance eines basisdemokratischen Experiments

Sollte eine Sphäre der Gesellschaft benannt werden, die angesichts des Status quo relativ günstige Bedingungen für die Erprobung einer autonomen Öffentlichkeit bietet, so müßte ohne Zweifel von den Universitäten in erster Linie die Rede sein. Natürlich verdankt die universitäre Öffentlichkeit ihre Existenz nicht einer unbefleckten Empfängnis und die gesellschaftlichen Verzerrungen wirken auch hier deformierend. Trotzdem sind die Freiräume (noch?) so groß, daß sie durch ein verstärktes Engagement der Studenten für politische Kommunikation genützt werden könnten.

Es ist eigentlich nicht unmittelbar einsichtig, warum von studentischer Seite die Möglichkeiten der Selbstorganisation nicht wahrgenommen und die Vertretung der Studenteninteressen lieber an Funktionäre von Studentenparteien delegiert werden, deren Autonomie durch die Angehörigkeit zu einer politischen Partei nicht gegeben ist.

Die Universität wäre von ihren organisatorischen Strukturen her noch nicht so komplex, daß vor jedem basisdemokratischen Versuch schon allein wegen der Unüberschaubarkeit der Verhältnisse resignativ zurückgeschreckt werden müßte. Die basisdemokratische Organisation der studentischen Selbstverständigung wäre sicher ein wichtiger Schritt dazu, daß die Studenten die Schikanen und Mißstände des akademischen Hürdenlaufs und der Universität nicht als subjektives "Schicksal" empfinden, sondern durch die Einsicht in die Objektivität der Verhältnisse einen ersten Schritt zu deren Veränderung machen könnten. Statt zu einem Rennstall für die "Chancen" auf dem Arbeitsmarkt könnte die Universität so vielleicht wieder zu einem Zentrum der Aufklärung werden. Eine aktive, basisdemokratisch organisierte Studentenschaft wäre sicherlich dazu in der Lage an der normativen Kraft des Faktischen doch zumindestens kräftig zu rütteln.

privaten Eigentums an Produktionsmitteln solche Verhältnisse a priori gegeben. Warum?
Im kapitalistischen Marktsystem haben die Unternehmungen per se Monopolcharakter, selbst bei vollkommenem Wettbewerb. Diese Monopolstellung ist unmittelbar einleuchtend. Der Betrieb einer Unternehmung erfordert nämlich den Einsatz von Arbeit und Kapital. Während ein Kapitalbesitzer sich Arbeit beschaffen kann, ist dies umgekehrt nicht möglich. Diejenigen, die kein Kapital besitzen sind zur Annahme eines Arbeitsvertrages gezwungen. Die Monopolstellung der Kapitalunternehmung macht es möglich, daß diese auch die Technik in die die Arbeitsmarktabhängigen integriert werden festlegt, und damit nicht nur den Arbeitsvertrag zu ihren Gunsten bestimmt, sondern auch ganz massive Herrschaft und Macht in der Gesellschaft insofern ausübt, als sie deren Sachzwänge bestimmt. In solchen Verhältnissen sind die wichtigsten Grundlagen einer autonomen Öffentlichkeit zerstört. Die Kompensation solcher Ungleichheitsverhältnisse durch die Organisation der vom arbeitsmarkt abhängigen Gruppen in quasi Gegenmonopolen vermag an der würgenden Dominanz der Machtverhältnisse nichts zu ändern.

Basisdemokratie ist deshalb, wenn sie sich selbst ernst nimmt, anti-kapitalistisch. Die oft frustrierenden Erfahrungen mit der basisdemokratischen Praxis müssen in diesem Zusammenhang gesehen und für die Diskussion über die erdrückende Objektivität der herrschenden Verhältnisse politisiert werden.

STUKO FORGET IT !

Seit Mitte der 70er Jahre gehört die Arbeit in den Studienkommissionen (Stuko) zum Standartrepertoire studentischen Engagements. Wer weiß, wieviele Generationen sich an dieser Firnbergischen Mitbestimmungs-Farce inzwischen schon die Schädel wundgeschlagen haben. Doch die Auseinandersetzung eben dieser Studenten mit "ihren" Gremien - und mit der Stuko im besonderen - geht meist über die halbherzige Forderung nach Halbparität nicht hinaus bzw. bleibt überhaupt im müden Murren stecken. Ist ja alles so frustig!

Aus gegebenem Anlaß (Stuko-Sitzung vom 2.Dez.87) macht sich vorliegender Artikel daran, verstaubte, beinahe schon vergessene Denkbereiche zu durchleuchten; dies in der Absicht, die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Engagements in Gremien - gerade für sich "links" und "kritisch" schimpfende Studenten - neu zu stellen. Auf eine allzu klare und eindeutige Antwort darf allerdings nicht gehofft werden.

Nun zum Anlaß: O.Univ.Prof. Dr.E.Streißler e.h., der Vorsitzende, lädt zur Sitzung der volkswirtschaftlichen Studienkommission am Mittwoch den 2.Dez. 1987 um 17.30 Uhr im Sitzungssaal ein. Tagesordnung: I. Änderung des Doktoratsstudienplanes; II. Allfälliges.

Allein diese Tagesordnung ist schon eine einzige Provokation!

Zeigt sie doch, daß dem Streißler die Stuko scheißegal ist. Sie stinkt für ihn nur nach dreckiger Arbeit. Also lautet da die Devise des Vorsitzenden: Man minimiere den Aufwand und zeige sich zynisch.

Da aber auch uns schon seit langem klar ist, daß sich die Profs um die Anliegen und Probleme der Studenten nicht im Geringsten kümmern - warum ist das eigentlich klar(?) - brachte die Studentenkurie ebenfalls Tagesordnungspunkte ein.

Wie erging es diesen aber?

Erster Punkt: "2. Diplomprüfung neue Studienordnung" - Auf unser Drängen hin legen die Profs (endlich) ihre Vorstellungen bezüglich Prüfungsliteratur (z.B. VW-Theorie: Varian v.a. Kap.5 u.6, Sargent) und Prüfungsmodus (von Schwerpunktbildung keine Rede) auf den Tisch. Alles in allem ein Hammer. Man stellt Gesprächsbereitschaft zur Schau, in der Sache selbst bleibt man aber hart. Und uns bleibt das Feilschen um einige Seiten mehr oder weniger. Würde die Diskussion substantiell werden, dann unterbräche der Vorsitzende und ließe abstimmen. Mit einer satten 2/3 Mehrheit wäre die Sache dann gelaufen.

Punkt 2: "Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" - Baltzäreck tut, was er gern tut und ist dabei noch hinterhältig und gemein. Er fordert in einer Übung die schriftliche Ausarbeitung eines 30-seitigen Referats; stellt bei

der Diplomprüfung Fragen, die nicht aus der angegebenen Prüfungsliteratur beantwortet werden können und benotet zudem - laut Prof. Winkler- "mehr als pingelig". Also Grund genug, Mr.B. zur Rede zu stellen. Doch dieser erweist sich als Kaugummi, streitet ab, weicht aus, stellt falsch dar etc. etc. Was soll man da tun, wenn man zudem weiß, daß ein Stuko-Antrag, in dem Balzareg zurechtgewiesen würde, erstens keine Mehrheit fände und zweitens wahrscheinlich überhaupt mit dem Hinweis auf Lehrfreiheit abgelehnt werden würde?

Nun zu Punkt 3: "Studienverzögerungen der Studentinnen in der neuen Studienordnung"- Weil uns, den Strv, langsam klar wurde, daß in der Stuko, wenn überhaupt, dann nur mit Beschlüssen was erreicht werden kann, stellten wir zu diesem Tagesordnungspunkt folgenden, schriftlich formulierten Antrag:

"Die Studienkommission vom 2. Dez. 87 beschließt, den Stuko-Vorsitzenden als den Führer der Geschäfte der Studienkommission, zu beauftragen gemäß Par 58/j UOG (Aufgabe der Stuko ist u.a. 'die Untersuchung der Ursachen von Studienverzögerungen, insbesondere auch im Hinblick auf die Quote der nicht bestanden Prüfungen, und Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Beseitigung'.) einen Befund über die Ursachen der Studienverzögerungen der Studentinnen neuer Studienordnung zu erarbeiten und der Studienkommission bis spätestens zur nächsten Sitzung vorzulegen."

Kurz herrschte etwas betretenes Schweigen.

Dann unterbrach Streißler für einen Moment sein Nasenbohren, der Kopf schwoll (schön) rot an, weil Arbeit riechend, und er brustete in seiner un-



nachahmlich nasalen Art heraus: "Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann mach ich 6 Monate nichts mehr und trete anschließend zurück".

Eine mittlere Sauerei, die sich da der liebe Streißler geleistet hat. Aber das war noch nicht alles. Denn der Vorsitzende fühlte sich zudem bemüßigt, weitere Dummlichkeiten folgender Art von sich geben zu müssen (wörtliches Zitat!): "Ich kann ihnen schon sagen, was die eigentlichen Ursachen für die Studienverzögerungen sind: Die Studenten werden immer dummer und immer fauler". Noch eine Sauerei! Da wirkt dann der Vorwurf von Streißler, wir hätten ein "naives Gesetzesverständnis", weil wir uns auf eben dieses Gesetz beriefen (ungeniert, wie wir sind), beinahe als Freundlichkeit.

Der Vollständigkeit halber sei abschließend noch darauf hingewiesen, daß wir beim Tagesordnungspunkt "Doktoratsstudium" (Streißlers Lieblingskind) niedergestimmt wurden und uns nur übrig blieb, ein Votum Separatum einzulegen.

Also alles in allem eine, aus studentischer Sicht gesehen, recht erfolgreiche Stuko-Sitzung. Drei Stunden Gequas-

sel für nichts und wieder nichts.
Wenigstens war es warm.
Aber der Zynismus hilft auch nicht weiter!

Scheinbar wurde mit dem Erlaß des Universitätsorganisationsgesetzes die zentrale studentische Forderung nach Mitbestimmung erfüllt. Scheinbar, wie sich für die Studenten später herausstellen sollte, denn bei Drittel- oder gar Viertel-Paritäten ist in den meisten Fällen klar, wie Abstimmungen ausgehen werden. Natürlich schafft es energisch betriebene Koalitionspolitik der Studenten auch manchmal, einige Stimmen vom Mittelbau für sich zu gewinnen, weil zugegebenermaßen nicht in allen Belangen Interessensharmonie zwischen Professoren und Assistenten herrscht. Aber nicht in den wesentlichen Fragen!! Wenn es hart auf hart geht, weiß jeder vom Mittelbau welchem Ziehvater er sich verpflichtet wissen muß.

Eine Mitbestimmung, die sich permanent weigert, substantiell zu werden, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Farce.

Sie genießt allerdings den nicht unerheblichen Vorteil, in mehrfacher Hinsicht eine Art Beschäftigungstherapie zu sein. Soll heißen, die Studenten sind dann beschäftigt mit dem Vorbesprechen und Vorbereiten der Sitzungen, mit dem Ausarbeiten von Vorschlägen (die dann ohnedies nie mehrheitsfähig sind!), mit Informationsarbeit etc. etc. Die dummen Gedanken (an tatsächliche Mit-BESTIMMUNG) vergehen ihnen dann nach und nach schon von selbst.

Hinzu tritt ein psychologischer Effekt: Wer viel in Gremien sitzt, beginnt sich mit diesen - Schritt für Schritt, denn alles will gelernt sein - zu identifizieren, denn sonst säße er ja

nicht dort. Damit ist dann jene Form von (System-)Integration geschaffen, die gewissermaßen die Aufnahmeprüfung in die erlauchte herrschende Ordnung darstellt. Es gibt, wie überall, Versager. Die bleiben draußen, die anderen werden aufgenommen. Beispielsweise: Fischer hat es geschafft, Ebermann bleibt draußen, bei Freda war es immer schon klar, Pilz und Wabel haben noch Chancen. Dieser Prozeß der Systemeingliederung ist deswegen so gefährlich, weil er schleichend (im Kopf) vor sich geht, meist unbemerkt, und weil er vor allem kein absolut abgeschlossener ist. Natürlich kann ein Student, der in Gremien sitzt, auch auf die Straße gehen, kann demonstrieren und sich mit den Bullen prügeln. Doch liegt die tendenzielle Ausblendung radikaler Widerstandsformen nahe, ist wahrscheinlich. Im Kopf werden Trennungslinien gezogen, Tabubereiche eingerichtet, Verbote installiert.

Bei all den vorgebrachten Einwänden gegen die derzeitige Form der "Mitbestimmung" ist zu fragen, ob sich kritische Studentenvertreter nicht ernsthaft Gedanken machen sollten, das Feld der Gremienarbeit überhaupt, sozusagen kampfflos, den rechten Studentengruppen zu überlassen. Unter dem Motto: Sollen doch die sich die Schädel wundschielen. Wenn in den Gremien schon nicht viel erreicht werden kann, dann kann wohl auch nicht viel falsch gemacht werden.

Stellen wir uns also vor, es gibt Gremien, aber keiner von uns geht hin: Unsere Arbeit würde sich wahrscheinlich wieder mehr auf die sogenannte Basis konzentrieren, weil endlich die Zeit dafür bliebe; wir könnten (schöne Streiks) und Institutsbesetzungen, Prüfungs- und Lehrveranstal-

tungsboykotte organisieren; wir wären endlich das, latent vorhandene, schlechte Gewissen, ob unserer faktisch betriebenen Stellvertreterpolitik (ein weiteres heißes und deswegen tunlich nicht berührtes Eisen) los; und zudem käme mehr Lust und weniger Frust in unsere alltägliche Unipolitik.

Aber was auf den ersten Blick recht verlockend aussieht, hat auch seine Tücken. Jetzt sind wir gewählte Studentenvertreter, legitimieren also unser Auftreten durch eine Wahl. Niemand kann uns (ungestraft) fragen, für wen wir eigentlich sprächen - denn wir sind ja gewählt. Würden wir also nicht mehr kandidieren, könnten sich einige Legitimationsprobleme auftun. Eine logisch richtige Schlußfolgerung aus dieser Situation wäre eine Kandidatur mit der gleichzeitigen Erklärung, nicht in die Gremien gehen zu wollen, diese zu boykotieren, weil sie die Mitbestimmung bloß vorgeben sie tatsächlich aber verhindern, ja ausschließen. Ob sich für diese Argumentation aber bei gegebener studentischer Bewußtseinslage Mehrheiten gewinnen ließen, darf bezweifelt werden.

Ein anderes Problem wäre der drohende Informationsverlust. Wenn schon die Entscheidungen nicht beeinflußt werden können, so sitzt man doch in vielen Fällen an der Quelle der Informationen, deren Verwertbarkeit in die eine oder andere Richtung einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor darstellt. Für einen mehr oder minder weitreichenden Boykott der Gremien (die Spannweite läßt sich denken von einem ausgesprochen passiven Agieren bis zum "Einfach nicht hingehen") spricht allerdings der Umstand, daß die Macht beispielsweise jedes Studienrichtungsvertreters in

direktem Zusammenhang mit der Mobilisierbarkeit der Studenten steht und diese nicht Ergebnis der Gremienarbeit, sondern deren Voraussetzung ist. Denn jeder Prof weiß, daß er auf den Studentenvertreter ungestraft schießen kann wenn die Basis befriedet ist. Es läuft damit jede Studentenpolitik letztlich, oder genauer muß man sagen, zuallererst darauf hinaus, das Entstehen einer politisch bewußten und aktiven Studentenschaft mit allem Nachdruck zu unterstützen und zu fördern. Denn diese aktive, für ihre Rechte kämpfende Studentenschaft ist Garant dafür, daß erstens Mitbestimmung überhaupt legislativ verankert (von 1968 zum UOG von 1975) und zweitens diese im Faktischen auch abgesichert d.h. durchsetzungsfähig wird. Mit-Bestimmung muß sich konkret an Entscheidungsstrukturen und tatsächlichenprozessen erkennbar machen lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch die in diesem Artikel vorgebrachte Kritik zu verstehen: Der Unmut über die Quasi-Mitbestimmungsmöglichkeiten, die das UOG in seiner derzeitigen Form bietet, kann nie und nimmer mit dem Hinweis hinter die Schranken verwiesen werden, daß es doch früher

noch viel ärger gewesen sei (Denk doch an den RFS der 60er Jahre).

Ganz im Gegenteil: Dieser bei sehr vielen aktiven Studenten spürbare Unmut muß Triebfeder für neue, sehr viel weiter reichende Forderungen nach Mitbestimmung - wie sie leider beim letzten Anlaß, nämlich dem Streik, nicht aufgestellt wurden! - sein; sei es innerhalb des derzeit bestehenden gesetzlichen Rahmens (UOG-Novelle, mal anders!), aber vor allem auch außerhalb desselben (beispielsweise Studentengewerkschaft). □

Der Rote Börsenkrach 99

oder warum wir uns noch immer als basisdemokratische Gruppe bezeichnen

In den Wahlprogrammen des Roten Börsenkrachs der jüngeren Vergangenheit durften zwei Dinge nie fehlen: Der Hinweis darauf, dass wir die älteste Basisgruppe an der Uni Wien sind und dass wir, ganz im Einklang mit der Bezeichnung "Basisgruppe", basisdemokratisch organisiert sind.



Im Definitionsversuch der LiLi- Linken Liste von 1999 finden wir dazu folgende Erklärung: "Unsere Entscheidungsfindung ist basisdemokratisch, ein Anschluss an eine größere politische Organisation würde eine Eingliederung in hierarchische Strukturen bedeuten und uns unserer Selbstbestimmung berauben. Auf Mitgliedschaft, Vorsitzende und StellvertreterInnen verzichten wir bewusst. Die LiLi - Linke Liste gliedert sich lediglich in die für alle StudentInnen offenen Basisgruppen..."

Wer glaubt, eben gelesenes wäre das prägnante Produkt einer langwierigen Diskussion, die Zusammenfassung einer sich prozesshaft entwickelten Meinung, der/die irrt gewaltig. Dies ist nicht mehr als Ausdruck einer kollektiven Verdrängung, dem sich-nicht-beschäftigen-wollen mit der Organisation und den Hierarchien einer politischen Gruppe, bestenfalls verkürzter Wunschtraum oder Idealtypus. Als kritisches Blitzlicht auf den aktuellen Zustand, als Anstoß für unser kommendes Handeln ist folgendes zu verstehen.

Versuch der studentischen Selbstverwaltung?

Ich denke, dass der Rote Börsenkrach - zusammen mit allen anderen zu dieser Zeit gegründeten Basisgruppen - den Versuch dargestellt hat, ein Betreiben der Politik abseits der schon in den 70er Jahren verkommenen bürgerlichen und parteipolitischen Strukturen zu ermöglichen. Dass dieser Versuch an einem höchst bürgerlichen Ort, nämlich an der Universität Wien, stattgefunden hat, spricht sowohl für die Spannung als auch die

immanente Tragik des gesamten Unterfangens. Doch wo sonst wäre es möglich gewesen marxistische, oder milder gesprochen kritisch linke Politik zu betreiben? Was in der Retrospektive betrachtet meines Erachtens unvermeidlich war, ist dann auch eingetreten. Der engagierte Versuch demokratische Politik, nämlich in Form der Basisdemokratie oder überhaupt in einer Art StudentInnenselbstverwaltung auf der Universität durchzusetzen, hat in der Einverleibung durch das stände-staatliche Universitäts-system, praktiziert durch die Aufnahme des Standes der Studierenden, ein Ende gefunden.

Vereinnahmung durch das System

Im volkswirtschaftlichen Studium hat sich eine Gruppe etabliert, die nun seit über zwanzig Jahren (freilich mit immer neuen VertreterInnen) die Studienrichtungsververtretung stellt, und die als wenigstens systemstabilisierender Faktor am wirtschaftswissenschaftlichen Institut versucht, die Zustände zumindest erträglich zu gestalten. Ich muss sagen, wir kämpfen unverdrossen gegen die reaktionären Professoren an, die schon seit Ewigkeiten davon träumen endlich nur mehr für "die Elite" dazusein, um so etwas wie "eine kleine LSE" hier in Wien zu errichten. Doch unsere Mittel sind bescheiden, und allein die Tatsache, dass eine StudentInnen-Generation viel kürzer andauert als eine Generation der Professorenschaft, stellt uns vor beinahe unlösbare Probleme. Die eben beschriebene Vereinnahmung durch die Strukturen der Universität - nämlich die Einbindung in das System der Universitäts-Stände

-bedingt meines Erachtens, dass das Konzept der Basisdemokratie scheitern muss. Denn die gewählten StudierendenvertreterInnen können nun einmal nicht die Interessen "aller Studierenden" vertreten. Über kurz oder lang vertreten sie ihre Interessen, was sie für richtig halten. Ich persönlich will auch gar nicht die Interessen aller vertreten, denn wohin ich auch blicke, unter den Studierenden gibt es eine ganze Menge von reaktionärem Gesock.



Ein weiterer Aspekt ist, dass durch das Wählen von VertreterInnen bereits in einem ganz formalen Rahmen so etwas wie eine hierarchische Gruppenordnung etabliert wird. Gewählten VertreterInnen wird mehr Kompetenz zugeschrieben als übrigen, vor allem neu dazu gestoßenen AktivistInnen. In einem viel stärkeren Ausmaß schleichen sich in eine Basisgruppe aber Hierarchien durch die ungleichen Arbeitsmöglichkeiten bzw. Zeitressourcen ein. Ohne Zweifel darf gesagt werden: Wer mehr hackelt und wer öfter am Plenum anwesend ist, der/die hat mehr zu sagen. Ich spreche von Anwesenheitsdiktatur. Doch weil wir das nicht gerne sagen, und weil uns das furchtbar unangenehm ist, diskutieren wir besser nicht Organisationsform und Ziele der Gruppe, sondern hüllen uns in den kaum angenehmeren Mantel des Schweigens. Vielleicht ist das der Grund, warum seit nunmehr zehn Jahren oder so von einem Wahlprogramm zum nächsten die Eigendefinitionen mehr oder minder abgeschrieben werden. Anscheinend ist es uns nicht

möglich einzugestehen, dass allein schon die bestehenden Strukturen es uns nicht ermöglichen, Basisdemokratie ernsthaft zu praktizieren.

Ich sehe den Roten Börsenkrach in der besten Form daher nicht als Basisgruppe, sondern als politische Interessensgruppe. Eine Interessensgruppe sollte die Ziele, die sie verfolgt, sehr intensiv diskutieren und den Diskussionsprozess einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Unsere Zeitung bietet dazu ein hervorragendes Medium. Auf diesem Wege werden auch interessierte Menschen ganz konkret angesprochen. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang wären so furchtbar pragmatische Dinge wie dem Diskussionsprozess folgende Anträge und Beschlüsse, da so die Entscheidungsfindung nachvollziehbar wird. Einstimmigkeit sollte zwar angestrebt werden, ist aber keine absolute Notwendigkeit. Es wäre so möglich, Ziele, persönliche Motivation und Arbeitsbereitschaft der einzelnen AktivistInnen aufeinander abzustimmen. Einzelne AktivistInnen brauchen nicht zu befürchten, auf jedem nur erdenklichen Treffen äußerst wichtige Entscheidungen, zB im Zusammenhang mit ad hoc Entscheidungen bezüglich der Planung der Semesteraktivitäten, zu verpassen und so übergangen zu werden. Wenn schließlich personelle Kompetenzen und Verantwortlichkeiten vom Plenum ausgesprochen und zugeteilt werden, dann richtet sich die etwaige Kritik an den nun informellen Leitern der Gruppe nicht mehr an ein personelles Vakuum. Selbstbestimmung hätten wir dann noch allemal. Durch die im Diskussionsprozess definierten Ziele, vielleicht auch mehr Motivation! Was bleibt? Viel Spaß und Diskussionsbedarf für die nächsten 25 Jahre...

Vom abgetackelten Mythos der Basisdemokratie

VON BERNHARD OBERMAYR

Eine Basisgruppe feiert Geburtstag. Eine der vielen Gründungen im Zuge einer Neuorientierung der Linken in den 70er Jahren gibt's noch immer. Mehr sogar, daß Konzept der Basisgruppe hat Schule gemacht und die letzten 25 Jahre universitärer Politik, zumindest auf der Uni Wien, mitgeprägt. Ein wichtiger Bestandteil des Selbstverständnisses der Basisgruppenbewegung war der Begriff der Basisdemokratie¹. Entstanden aus dem Bedürfnis nach neuen Organisationsprinzipien im Zuge der unterschiedlichen sozialen Bewegungen der 70er und 80er war Basisdemokratie sehr gut kompatibel mit diversen anarchistischen Traditionslinien und diente vortrefflich zur Abgrenzung gegenüber der gleichzeitig erstarkenden Szene der K-Gruppen.



Das ideologische Konstrukt der Basisdemokratie entwickelte sich so zu einer legitimatorischen Grundlage für Basisgruppen. Diese Legitimation war aus einem dreifachen Abgrenzungsbedürfnis gegen ein "traditionelles" (linkes) Politikverständnis notwendig. Basisdemokratie diente so gleichzeitig als Substitut für Parteipolitik (im weitesten Sinne), bürgerliche Demokratie und formale Binnenstrukturierung. Die Ablehnung und Ablösung dieser Elemente "traditioneller" Politik findet ihren Niederschlag in den ideologischen Positionierungen die regelmäßig aus Anlaß der ÖH-Wahlen stattfanden. Basisdemokratie ist dann, neben dem Anspruch ein breiteres Verständnis von linker Politik zu besitzen als die direkte Konkurrenz, zentrales Unterscheidungskriterium zu Parteiorganisationen wie dem VStÖ oder dem KSV. Selbst gegenüber der früheren ALB (Alternative Basisliste)² und später dann der GRAS, die ihr eigenes Selbstverständnis auch mit dem Schlagwort Basisdemokratie schmückten, funktionierte diese Abgrenzung im Sinne der reinen Lehre. Schwieriger gestaltete sich immer die Abgrenzung zur bürgerlichen Demokratie. Als radikale, undogmatische etc. Linke war die Beteiligung an bürgerlich demokratischen Institutionen, wie der ÖH, "natürlich keine Selbstverständlichkeit".

Gleichzeitig stellten die, in zweijährigen Abständen stattfindenden ÖH - Wahlen den wichtigsten Termin im Politikkalender dar. Noch dazu wurden diese Wahlen vom RBK bzw. der LiLi zumeist gewonnen und waren die legitimatorische Grundlage für das Mitmischen in der Instituts- und Fakultätspolitik. Das Dilemma, die eigene politische Legitimation aus einer politisch illegitimen Quelle zu beziehen, rief wieder das Konstrukt der Basisdemokratie auf den Plan. Wir kandidieren und stellen die Exekutiven auf Fak- und StrV-Ebene eh nur, damit die eigentliche Entscheidungsgewalt bei der Basis/ den Betroffenen/ den Studierenden etc. liegt, war grob die übliche Argumentationslinie. Mit entsprechendem Wahlprogrammpathos liest sich dies dann etwa so: "Aus unseren Intentionen, kritische und basisdemokratische Politik an der SOWI zu machen, läßt sich unsere Kandidatur als LINKE LISTE für die Fakultätsvertretung (im Rahmen der bürgerlich dominierten ÖH) nicht

¹ Der Artikel ist durchgängig in der Vergangenheitsform geschrieben, da ich über die aktuellen Diskussionsprozesse und Entwicklungen keinen Überblick mehr habe. Mein Eindruck aus einiger Ferne ist jedoch, daß die Bedeutung des Konzeptes der Basisdemokratie abnimmt. Dies scheint mir auf eine stärkere Thematisierung informeller Macht (v.a. von feministischer Seite; Schlagwort Männerbünde) und eine Tendenz zum stärkeren Politpragmatismus zurückzuführen zu sein.

² Auf der Uni Wien hieß sie LAL - Linke Alternative Liste.

ableiten. ... Als radikalste und ehrlichste Aktionsform linker Politik haben wir die Basisdemokratie erkannt. Basisdemokratie bedeutet nicht nur, daß der Diskussionsprozeß an der Basis geführt wird, es heißt auch, daß wir die Ausführung sachlicher bzw. politischer Entscheidungen nicht VertreterInnen oder RepräsentantInnen überlassen, sondern sie selber treffen. In ihrer reinsten Form führt Basisdemokratie jede StudentInnenvertretung ad absurdum, denn die studentische Basis würde ihre Interessen selber wahrhaben. Das Erreichen einer solchen studentischen Autonomie verstehen wir durchaus als einen dynamischen Prozeß.”³

Zwischen Basisdemokratie und politischer Praxis

Hier dient die Basisdemokratie als Argumentationskrücke zur Überwindung der Disparität zwischen dem radikalen politischen Anspruch und der gelebten politischen Praxis, der vollständigen Institutionalisierung im unbürokratischen System. Das nette und politisch harmlose an einer solchen Nutzung der Basisdemokratie war immer der Umstand, daß niemand so recht daran geglaubt hat. Weder hatte die so beglückte “studentische Basis” ein Interesse an der politischen Gestaltung des Institutes bzw. der Fakultät, noch hatten die edlen VertreterInnen der Basisdemokratie ein Interesse an einer breiten Streuung der eigenen Einflußmöglichkeiten. Zumindest ist mir kein Beispiel bekannt, bei dem in einer HörerInnenversammlung - der Operationalisierung der Basisdemokratie par excellence - eine vorbereitete RBK bzw. LiLi Position overruled worden wäre.

So weit, so harmlos und eigentlich ganz lustig. Die dritte Verwendung der Basisdemokratie hatte hingegen bedeutend problematischere Implikationen. Basisdemokratie hieß immer auch den weitgehenden Verzicht auf Binnenstrukturierung. Basisdemokratie war so die noble Umschreibung für einen Vulgärequalitarismus. Aus der Ablehnung von Herrschaft (“Ich meine, daß wir keine anderen Herren brauchen sondern keine”.) folgte die Proklamation der formalen Gleichheit. Alle können kommen, alle können mitreden, alle können mitentscheiden. Erstsemestrige Politikneulinge haben den gleichen Einfluß auf die Entscheidungen wie altgediente AktivistInnen. Frauen sind gleichberechtigt an den Diskus-

sionsprozessen beteiligt. Studierende aus bildungsfernen Schichten haben denselben Zugang zur Unipolitik wie etwa Kinder von Univ. Profs oder PrimarärztInnen.

Der Triumph der formalen Idee über die materiellen Bedingungen als ideologisches Grundkonzept für eine, sich zumeist auch marxistisch gebende, Linke. Die Proklamation der Basisdemokratie ersetzte so die mühsame Auseinandersetzung mit sozialer Demokratie, die die Bedingungen und Möglichkeiten der Teilhabe an formalen Diskussions- und Entscheidungsprozessen prioritär setzt. Die Ignoranz gegenüber den unterschiedlichen Barrieren, die zu einer erfolgreichen RBK - Karriere führten, ist evident:

1. Filter: Zugang zur Uni.
2. Filter: Wahl eines mit Schwierigkeitsmythen überfrachteten Studiums wie Volkswirtschaft.
3. Filter: Zugang zu einer sich meist elitär gebenden Gruppe.
4. Filter: Ausharren und sich beweisen in eben dieser Gruppe.

Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist in meiner Erinnerung die weitverbreitete Irritation, die die Ankündigung der Gründung einer Frauengruppe innerhalb der LiLi Ende der 80er, auslöste. Klar, gegen Frauengruppen war politisch nicht zu argumentieren und woanders, etwa im VSSrÖ, sind sie auch ganz sinnvoll, aber in der Basisgruppe können sich doch eh alle einbringen. Wozu also?

Der Umstand, daß die Basisgruppen in der Regel einen sehr hohen Männeranteil hatten und sich sehr stark aus den Sprößlingen extrem bildungsnaher Schichten rekrutierten, ist meiner Meinung nach auch ein Produkt dieser basisdemokratischen Ideologie. Zumindest dürften die entsprechenden Verzerrungen bei den “strukturierten” ÖH - Gruppen und Fraktionen etwas geringer gewesen sein.

Eine eng mit dem Anspruch der Gleichheit verbundene Vorstellung in der Ideenwelt der Basisdemokratie ist die der Herrschaftsfreiheit. Indem auf die Installation von formalen Funktionen verzichtet, bzw. dort wo sie qua ÖH - Gesetz vor-

³ Aus dem LiLi - Wahlprogramm 1989, S. 4f. Fairerweise zitiere ich aus einem Programm an dem ich selbst mitgearbeitet habe. Ähnliches, in der jeweilig aktuellen Diktion, läßt sich beliebig auch da vor und danach finden.

⁴ Schluß eines in diesem Zusammenhang häufig gebrauchten Brechtzitates.

geschrieben sind (z.B. StrV - Vorsitz), diese als machtpolitisch irrelevant definiert werden, wurde der Mythos des weitgehend herrschaftsfreien Raums konstruiert.

Basisdemokratie - Herrschaftsfreier Raum?

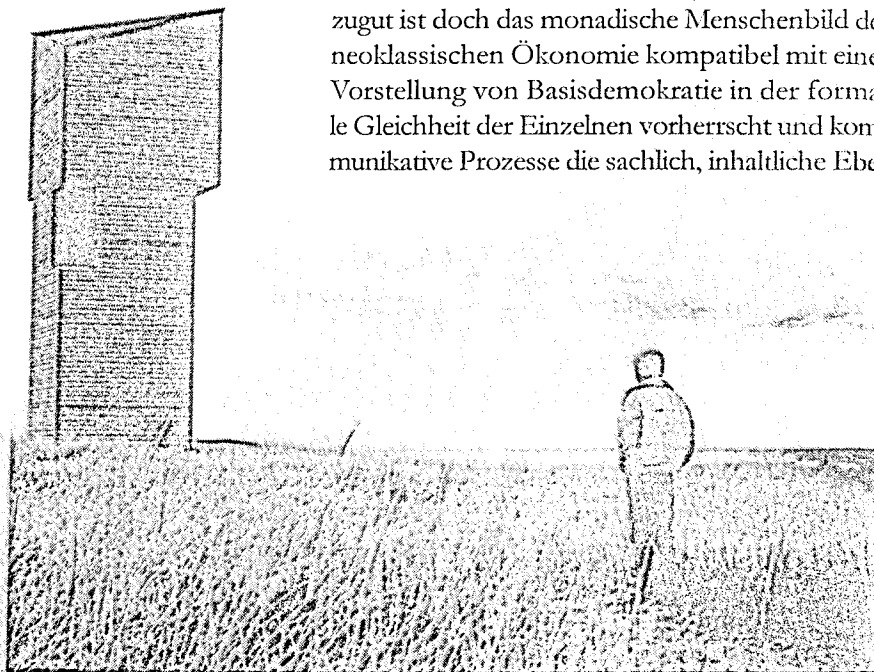
Daß Basisgruppen ein herrschaftsfreier Raum wären, ist natürlich ein Blödsinn und wurde so auch nie behauptet. Bedeutend sind jedoch schon die Implikationen eines solchen Grundmythos auf die interne Konfliktkultur. Da Machtkämpfe bzw. Machtspiele und damit ein Gutteil der konfliktösen Gruppenprozesse verpönt waren, bleiben für die Konflikt austragung nur mehr die persönliche und inhaltliche Ebenen. Persönliches hatte in linken politischen Gruppen meist sowieso nichts verloren, daher drehte sich alles um die

(vermeintlichen) inhaltlichen Differenzen. Inhaltlich ist überhaupt gut, weil gescheit und politisch und wer Niederlagen oder Verletzungen auf dieser Ebene persönlich nimmt, ist sowieso eine Mimose. Unzählbar sind etwa die zähen, rein inhaltlichen Auseinandersetzungen um Entscheidungsregeln (Konsens vs. Abstimmungen) deren praktischer Nutzen praktisch null war, denn entschieden wurde sowieso informell und ohne großen Aufhebens. Trotzdem erfüllten sie über die wunderbaren Positionierungsmöglichkeiten einen wichtigen Zweck.

Ohne eine transparente Machtverteilung entstehen in der Regel zwei Alternativen. Zum einen die permanenten Positionierungskämpfe bei instabilen realen Machtverhältnissen. Zum anderen große Machtfüllen bei einzelnen, durch die Kraft des Faktischen. Macht wird selbstverständlich verteilt und ausgeübt. Sie wird nur nicht über Verantwortlichkeiten und Kontrollmechanismen an die Gruppe rückgekoppelt. Die basis-

demokratischen Grundsätze verstecken die vorhandenen Gruppenstrukturen und erhöhen durch diese Intransparenz und Unverbindlichkeit der Machtpositionen das Machtgefälle in den Gruppen.

Grundsätzlich sind die basisdemokratischen Mechanismen in allen Basisgruppen ähnlich und das bisher geschriebene trifft nicht spezifisch für den RBK zu. Trotzdem gibt es einen Umstand, der den RBK meist eine Spur anfälliger für den basisdemokratischen Klamauk gemacht hat.⁵ Allzugenügt ist doch das monadische Menschenbild der neoklassischen Ökonomie kompatibel mit einer Vorstellung von Basisdemokratie in der formale Gleichheit der Einzelnen vorherrscht und kommunikative Prozesse die sachlich, inhaltliche Ebe-



ne kaum verlassen. Und zur Neoklassik hatte der RBK meist ein ausgesprochen affirmatives Verhältnis - und angesichts der geplanten Artikel für diese Jubiläumsschrift muß dies für den gegenwärtigen "Börsenkrach" auch angenommen werden -, selbst oder vielleicht insbesondere dann wenn "kritische Auseinandersetzung" auf der Tagesordnung stand.

Bernhard Obermayr studierte VWL (Uni Wien/WU) und Soziologie, war (unter anderem) RBK-Aktivist sowie (Mit-)Gründer der GRAS - Grünen und Alternativen StudentInnen. Zur Zeit arbeitet er am Institut für Arbeitsmarktforschung.

⁵ Dieser sei zum Geburtstag noch erwähnt, auch auf die Gefahr hin das traditionelle übersteigerte Selbstbewußtsein des RBKs etwas besonderes zu sein, wieder einmal zu füttern.

Die Neoklassik - Ein Kapitel für sich

Die Neoklassik nimmt nicht nur in der Mainstream Ökonomie die herrschende Position ein, sondern auch, und zwar ganz massiv, an der Universität Wien. So ist es kein Wunder, daß die Bedeutung dieser Theorie im Studium auch auf den Roten Börsenkrach abgefärbt hat und immer wieder Thema von Artikeln im RBK gewesen ist.



Manche Generationen des Roten Börsenkrach haben massiven Widerstand gegen die Hegemonie dieser auf utilitaristischen Grundkonzepten basierenden Ideen geleistet, nicht zuletzt deshalb, weil sie mit mathematischen Ansprüchen einhergehen, die nicht jedermanns/fraus Sache sind. Andere dagegen haben sich mit den Tatsachen abgefunden und sind heute selbst erklärte Verfechter dieses Konstrukts. Sicherlich kann mensch die Neoklassik als reines Werkzeug betrachten, das hilft positives und daher wertfreies Wissen zu erlangen. Meiner Meinung nach ist dies jedoch nur in manchen Bereichen gerechtfertigt und zwar dann, wenn es um kleine, genau abgrenzbare Problemstellungen geht. In der Makroökonomie jedoch ist die Anwendung neoklassischer Modelle genauso sehr oder wenig legitim, wie die jeder andere Theorie, und die Neoklassik kann sich hier lediglich durch besonders menschenfeindliche Politikrezepte hervortun, die sich unter dem Deckmäntelchen angeblicher Objektivität verbergen. Außerdem erscheint sie mir dort insofern fehl am Platze, als sie ein ursprünglich zu tiefst statisches Konzept ist, dem dynamische Elemente lediglich übergestülpt wurden, was zu einer Überbetonung von Fragen der Allokation und Effizienz geführt hat. Das die Makroökonomie keine Geschichte von Gleichgewichten ist, sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. Ein weiteres Problem besteht sicherlich in der Fixierung der gesamten Wirtschaftswissenschaft auf eine einzige Theorie, was das Aufkommen von neuen, vielleicht innovativen Ansätzen verhindert. Grund dafür ist meiner Meinung nach nicht zuletzt die Gestaltung des Anreizsystems, das Wissenschaftler, die Erfolg haben wollen,

zwingt, in einer Handvoll renommierter Fachzeitschriften zu publizieren, deren Inhalt von sogenannten "peers" genauestens überwacht wird und deren kritischer Zensur so leicht niemand entgeht. Sicherlich, der Markt regelt alles, gute Artikel werden jedenfalls publiziert, nur eben vielleicht in irgendeinem obskuren Blatt, das kein vernünftiges Mitglied der Profession auch nur ansieht.

Nicht übersehen darf auch werden, daß typische StudentInnen der Ökonomie eher sozial interessierte Menschen sind, als Naturwissenschaftler, die mit extrem abstrakten Modellen mit Leichtigkeit jonglieren. Fraglich ist daher, ob nicht eine extreme Überfrachtung mit formalen Fächern, wie sie durch den kürzlich beschlossenen Studienplan erreicht wurde, zwar mathematisch recht fähige AbsolventInnen hervorbringt, jedoch gleichzeitig jegliche ökonomische Intuition und die Fähigkeit zu interdisziplinärem Denken völlig zerstört. Meiner Meinung nach ist es auch völlig widersinnig, die neoklassische Theorie, die in den letzten Jahrzehnten das Ruder in der Ökonomie übernommen hat, den Studierenden als einzige und auch einzig wahre Theorie zu präsentieren, wie dies vor allem in amerikanischen Lehrbüchern passiert. Es ist zu befürchten, daß die AbsolventInnen unserer Studienrichtung vermehrt zu stumpfsinnigen Bürokraten werden, denen es nicht gelingt, Probleme auf unterschiedliche Arten zu beleuchten und jeweils der individuellen Situation angepaßt zu lösen.

Eigentlich sollte das hier nur eine kurze Einleitung zu den nun folgenden Artikeln werden, wenn man aber einmal anfängt, zu schimpfen, hört man so schnell nicht wieder auf. Nun aber zur Sache, nämlich zur Mikromathemania.

"...rational economic man...he lurks in the assumptions leading an enlightened existence between input and output, stimulus and response. He is neither tall nor short, fat nor thin, married nor single. There is no telling whether he loves his dog, beats his wife or prefers push-pin to poetry. We do not know what he wants. But we do know that, whatever it is, he will maximize ruthlessly to get it.

M.Hollis, E.Nell (1975,S.53)

Das Gedankengebäude der Klassik und später Neoklassik gibt es eigentlich schon über ein Jahrhundert, und das ist für so ein angefeindetes Gedankengebäude doch ziemlich lange. Es wird an den Universitäten als Grundlagenfach der Ökonomie gelehrt, Teile davon werden als Fundament für "Wirtschaftspolitik" herangezogen¹ und es hat schon derart die Köpfe der Leute durchsickert, daß wir uns keine andere ökonomische Ordnung als "Markt" mehr vorstellen können, bzw. Alternativen als unseriös und inakzeptabel abgelehnt werden.

Einer der Gründe, warum sich dieses Ding Namens Neoklassik so lange halten konnte, liegt sicherlich darin, daß sich mehr oder weniger kluge Köpfe jahrzente lang die Köpfe über Schwierigkeiten, Ungereimtheiten und Widersprüche des Modells zerbrochen haben. Kritik wurde ignoriert, wis-

senschaftlich desavouiert oder einfach in die Theorie eingegliedert.²

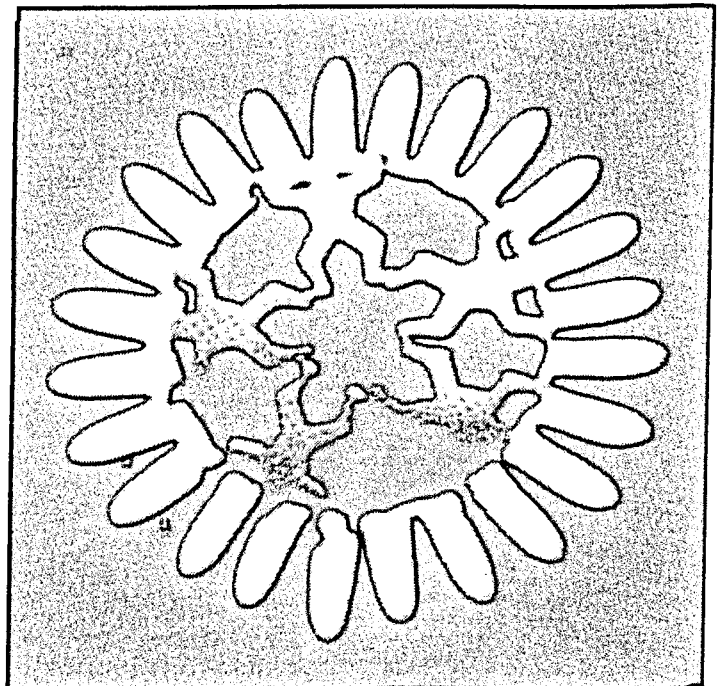
Wie jede andere Wissenschaft auch, baut die Ökonomie nicht auf einem „Nichts“ an Vorbedingungen und Grundlagen auf. Es stellt sich aber die Frage, welche Axiome als Ausgangsbasis herangezogen werden dürfen, damit ein halbwegs brauchbares Resultat erzielt werden kann, und inwieweit nicht besonders sorgfältig mit diesen Annahmen um-

g e -
g a n -
g e n
w e r -
d e n
m u ß,
w e i l e s
j a e i -
g e n -
t l i c h
M e n -
s c h e n
u n d
d e r e n
B e -
d ü r f -
n i s s e
s i n d,
d i e
m i t
e i n e m s o z i a l w i s s e n s c h a f t l i c h e n A n s p r u c h u n t e r s u c h t w e r d e n.

Mikromathemania oder warum es die Neoklassik noch

Das scheinen manche von der mathematischen Theorie umnebelte manchmal zu vergessen, sonst könnten sie wohl kaum von einer „technisch recht brauchbaren Präferenzordnung“, von durch und durch rationalen (Anm.d.Aut.: was immer das sein soll) Individuen und von „Gleichgewichtspreisen“, die alle Probleme dieser Welt lösen können und sollen reden.

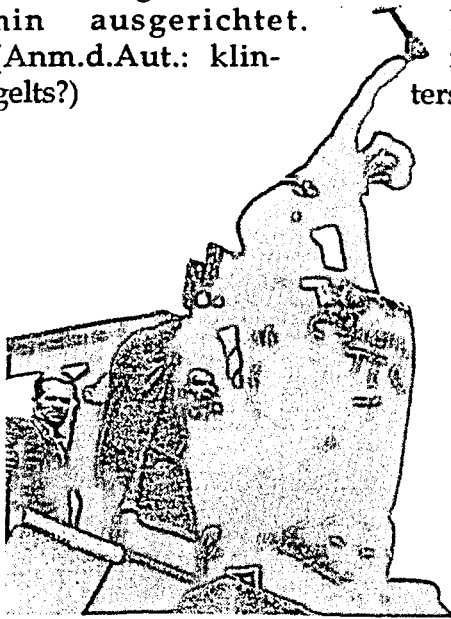
Ich will nun im Folgenden einige grundlegende, meiner



Ansicht nach problematische Annahmen diskutieren...³

Präferenzen und Nutzenfunktion

Die Wurzel der Neoklassik, die heute alles in der ökonomischen Theorie beherrscht, ist am ehesten in der philosophischen Strömung des Utilitarismus zu suchen. Vereinfacht lautet hierfür die Devise: Alles Handeln wird auf den eigenen Nutzen hin ausgerichtet. (Anm.d.Aut.: klingelts?)



ausgelegt waren.

Das änderte sich im Laufe der Zeit, und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten mehrere Ökonomen unabhängig voneinander einen ähnlichen Gedanken - den Grenznutzen⁵, bzw. Grenzwert; das waren: Gossen, Menger, Jevons und Walras.

Die einzelnen Ausformungen der Theorien unterschieden sich fundamental voneinander, zumal die einen Nutzeneinheiten noch messen wollten und somit genaue Angaben über die Höhe des Nutzengewinnes durch eine zusätzliche Einheit eines Gutes⁵, die anderen nur noch auf einer ordinalen Reihung von Güterbündeln bestanden.

Rationale Menschen

Einer der vehementesten Verfechter dieser Schule J.S. Mill führte auch soziale Handlungen und altruistische Motive im Endeffekt auf den eigenen Vorteil zurück - Stichwort „kategorischer Imperativ“ von Kant.⁴ Auch für A.Smith war die soziale Gesamtwohlfahrt und damit das Glück aller Menschen noch zentral. Gemeinsam ist den frühen Strömungen der Volkswirtschaftslehre, daß sie noch ziemlich philosophisch argumentieren, und damit einer empirischen Überprüfung nicht immer standhielten, bzw. nicht primär auf Quantifizierbarkeit

Das eigentliche Hauptproblem bei allen diesen Ansätzen war und ist, daß sie nicht erklären, woher die Leute eigentlich ihre Bedürfnisse (im Ökonomieslang: Präferenzen) haben. Die Standardantwort auf diese Frage lautet: Die Bedürfnisse sind exogen (Anm.d.Aut.: Gehn' uns nix an), das untersucht die Psychologie oder Soziologie.

Der wahre Grund dafür, daß die Bedürfnisse der Menschen so stümperhaft ausgeklammert bleiben, liegt eher in der Tatsache, daß Menschen mindestens genau-

sooft „irrational“ wie „rational“ handeln, bzw. daß es keine exakte Trennung der beiden Ebenen „Rationalität“ und „Irrationalität“ geben kann.

In anderen Wissenschaften gibt es eine ganze Reihe von Untersuchungen oder sogar Schulen (Psychoanalyse, Sozialpsychologie,...), die sich mit solchen Themen befassen:

Motive unserer Handlungen können sein: Spontanes Handeln, Gewohnheit, die sog. „practical consciousness“, die bei fast allen unseren sozialen Interaktionen vorkommt (ein Gespräch führen, Körpersprache,...), unser „Unterbewußtsein“⁶, usw., usw.

V. Pareto machte eine Untersuchung über „nicht logisches Verhalten“, K.J. Arrow⁷ will nach einer Studie über rationale Entscheidungen von Individuen (bei Versicherungen und auf Finanzmärkten) „die Annahme der Rationalität hinterfragen, wenn nicht aufgeben.“

Insgesamt ergibt sich für dieses Gedankengebäude der allumfassenden menschlichen Rationalität auch ein logisch-immanentes Problem:

Die Motive, auf deren Grundlage die Menschen rational entscheiden, können selber nicht wiederum rational begründet werden.

Das wird auch als das „rationalistische Dilemma“ bezeichnet.

Um diesen Problemen auszuweichen, greifen manche zutiefst rationale Wissenschaftler auch mal in den Zaubertopf der Metaphysik: M. Friedman spricht dann von einem „natürlichen Selektionsmechanismus“, der nur solche Leute überleben läßt, die rational handeln und dann auch noch fleißig maximieren. Vielleicht läßt sich dieser Gedanke noch am ehesten bei kleinen, konkurrierenden Unternehmen anwenden, ganz dumm erscheint er aber auf die Konsumtheorie angewendet; nur weil die KonsumentInnen nicht ein Gut konsumieren, das ausschließlich ihren

werden wir glücklich, indem wir eine Nutzenfunktion maximieren. Die Nutzenfunktion drückt unter ganz bestimmten, engen Bedingungen⁸ die Präferenzen (s.o.) der Individuen (kompliziertes Wort für Menschen) aus.

Alleine schon das Paradigma des Maximierens, das eindeutig von der Vorstellung des kartesischen, weißen Herrenmenschen ausgeht, läßt mir die Krausbirnen aufsteigen. Es gibt aber auch keinen Grund, warum nur das Maximieren die Umsetzung der menschlichen Wünsche und Ziele sein soll?

muß diese These für wesentlich komplexere, reale Situationen gelten.

Und warum wird sie dann so vehement verteidigt? Erstens, weil sonst die herkömmliche Ökonomie einpacken könnte (keine Optimalpunkte und Gleichgewichte mehr).

Und zweitens, weil eine Riesenportion Ideologie dabei mitschwingt - „macht euch die Erde untertan“ und maximiert was auch immer euch in die Finger kommt - und diese unter dem Deckmäntelchen der Wissenschaft ganz gut rüberkommt.

Information

Die Neoklassik geht von der Annahme vollständiger Information aus. Es gibt zwar Modelle, in denen von dieser strikten Anforderung leicht abgegangen wird, in dem Sinn,

daß die Leute in einer „unsicheren Welt“ leben und dann eben Erwartungswerte bilden; es bleibt aber die Bedingung, daß sich die Menschen alle entscheidungsrelevante Information zusammensuchen können.

Die Probleme und Widersprüche bei diesen Anforderungen sind vielschichtig: Zum einen besitzen wir niemals alle wichtige Information, bzw. können uns teilweise nicht einmal eine

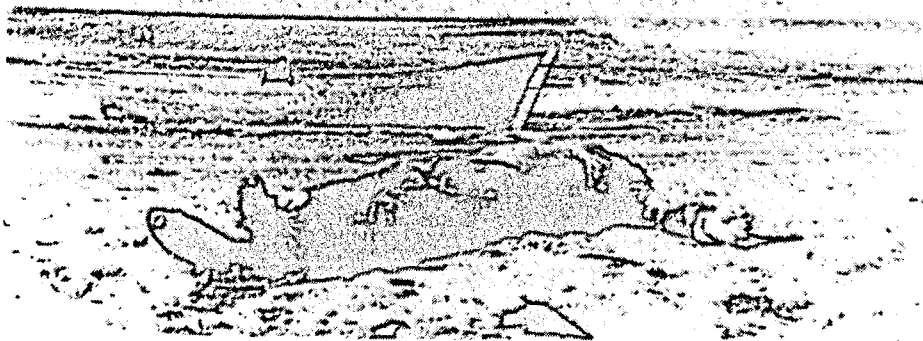
„rationalen Bedürfnissen“ entspricht, sterben sie noch lange nicht aus.

F. Hayek findet einen anderen Ausweg: Obwohl er als Psychologe die Problematik der Rationalitätsannahme sah, spaltete er als Ökonom jenen Teil seiner Persönlichkeit ab, und sah kein Problem mehr damit!

Maximier' ma

In der traditionellen volkswirtschaftlichen Theorie

Im Zitat am Anfang des Artikels und auch bei Friedman (s.o.) klingt es schon an: Es handelt sich bei dieser Annahme eher um eine dogmatische Festsetzung, bzw. Metaphysik. Im empirischen Bereich findet die Maximierungsannahme auch nicht den notwendigen Rückhalt; schon bei einfachen Lotterien beginnen die Menschen sich nicht nach der Maximierung der Erwartungswerte, sondern nach anderen Kriterien zu verhalten. Erst recht



Erwartung über bestimmte Eigenschaften eines Gutes oder einer Handlungssituation bilden. Wie kann ich alle Eigenschaften aller Güter in einem Supermarkt kennen - es werden ungefähr 2000 Güter sein.

Und selbst wenn wir uns diese Information beschaffen könnten, bräuchten wir eine Großrechenanlage, um die Einkaufsliste eines Tages zu erstellen; usw., usw...

In Wirklichkeit abstrahieren wir natürlich von manchen Informationen, berücksichtigen andere dafür stärker. Wir nehmen also selektiv Informationen auf. Außerdem verfügen manche Marktteilnehmer über mehr Information als die KonsumentInnen, z.B. Firmen, Händler...

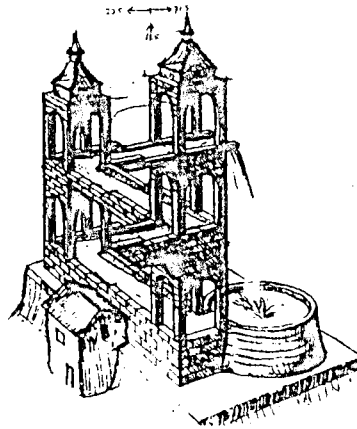
Wir haben es also immer mit einer beschränkten Form der Information zu tun, und wir verarbeiten die Informationen auch auf unterschiedliche Weise. Diese Vorstellungen sind aber mit der hehren Idealwelt des Gleichgewichts aller Märkte unvereinbar.

Der Markt

Die Interaktion zwischen den Menschen findet in der ökonomischen Theorie über Märkte statt, das bedeutet von sozialen Handlungen wird abstrahiert, solange keine Güterströme damit verbunden sind. Die grundlegende Idee dahinter ist, daß alles erlaubt ist, solange die anderen Menschen da-

für entschädigt werden. Nicht gestattet sind natürlich Eigentumsdelikte, andere Menschen hinzumorden, um an ihr Geld zu gelangen...

Zentral in dieser Welt ist also der Eigentumsbegriff, wobei die traditionelle Volkswirtschaftslehre mit keinem



Wort erklärt, wie die Menschen zu diesem Vermögen (g'spritztes Wort: Anfangsausstattung) kommen. Die Ökonomie nimmt zwar für sich in Anspruch, eine Verteilungstheorie zu haben, die Basis dieser Theorie ist wieder einmal Metaphysik oder böse formuliert Ideologie.

Alle sinnvollen Modelle einer Marktwirtschaft sind Gleichgewichtsmodelle, das bedeutet, daß es innerhalb des Systems keine Tendenz zur Änderung gibt. Eigentlich ist das eine absurde Vorstellung, weil in einer gleichgewichtigen Welt sich jede Interaktion erübrigen würde, es gäbe keine Entwicklung. Nur in einem solchen Modell können allerdings Rückwirkungen der Märkte untereinander be-

rücksichtigt werden.

Von der Betrachtung ausgeblendet bleiben aber dynamische Rückwirkungen der Märkte auf die Menschen selber; die Präferenzen werden als gegeben angenommen (die Werbeleute lachen sich ins Fäustchen).

Sollen nur ein paar der oben angeführten Probleme einbezogen werden, müssen die Mainstream-ÖkonomenInnen auf statische Modelle zurückgreifen. Da werden natürlich entscheidende Aspekte vernachlässigt, trotzdem sind sie oft informativer als die tautologen Gleichgewichtsmodelle.

Schluß

Es zeigt sich, daß bei näherer Betrachtung das neoklassische Konzept größte Mängel aufweist, daß dessen Stabilität aber erstaunlich groß ist. Ich kann mir dies nur mit der Funktion dieser Lehre als Ideologie erklären. Es wäre eigentlich längst Zeit für einen Paradigmenwechsel der Ökonomie hin zu einer Sozialwissenschaft.

Fortsetzung folgt.



Vorbemerkungen

"The essential feature of modern economic theory is that it is analytical and mathematical" (Takayama)

Die Anwendung mathematischer Methoden auf theoretische sozialwissenschaftliche Fragestellungen besitzt eine lange Tradition, die schon auf das Bevölkerungswachstumsmodell von T. R. **Malthus** (1766 - 1834) zurückgeht. Bemühungen um eine "Mathematisierung" der Sozialwissenschaften haben aber immer wieder zum Teil heftige Kontroversen provoziert.

Als analytisches Werkzeug allgemein durchgesetzt dürfte sich die Mathematik letztlich nur in der ökonomischen Theorie haben, die insbesondere in den letzten vier Jahrzehnten, ausgehend von den USA, stark formalisiert worden ist und sich heute vor allem im Bereich der Mikrotheorie eines komplexen Instrumentariums aus vielen Gebieten der höheren Mathematik bedient.

Dieser Trend kommt auch in den steigenden formalen Anforderungen im Rahmen unserer Ökonomieausbildung zum Ausdruck. Es erscheint mir daher schon aus diesem Grund wichtig, sich aus studentischer Sicht mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen und die Mathematik nicht einfach nur als "bittere Pille", mehr oder weniger unreflektiert, zu schlucken. Die Frage nach der Bedeutung der Mathematik für die ökonomische Theorie gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund der spezifischen Ausrichtung unseres VW-Instituts an

ESOTERIK ODER...?

MATHEMATIK UND VW-THEORIE

Brisanz.

Dieses ist nicht nur anerkanntermaßen stark theorielastig, sondern selbst innerhalb der (Mainstream)-Theorie dominiert wiederum ein bestimmter Zweig, namentlich die mathematische Mikrotheorie, wie sie von Dierker, Orosel und neuerdings Nermuth und ihren Assistenten vertreten wird. Die Personalpolitik der letzten Jahre hat diese Dominanz der mathematischen Theoretiker noch erheblich verstärkt und andere Bereiche wie Wirtschaftspolitik und vor allem die Empirie in den Hintergrund gedrängt.

Bei der Annäherung an das Thema möchte ich mich auf zwei Aspekte beschränken. Zum einen werde ich auf die (endlosen) Grundsatzdebatten über die Verwendbarkeit mathematischer Methoden in der Ökonomie eingehen. Dabei geht es mir lediglich darum, einige Pro- und Kontraargumente aus der Theoriegeschichte kursorisch zusammenzutragen, um zu zeigen, daß die Mathematisierung immer wieder Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen gewesen und keineswegs unkritisch hingenommen worden ist.

Zum anderen scheint mir die Frage nach der **Rolle der Mathematik im ökonomischen**

Wissenschaftsbetrieb von besonderem Interesse zu sein.

Pro und Contra

Gelegentlich wird bemerkt, daß bei den Gegensätzen zwischen "Mathematikern" und "Nicht"-bzw. "Antimathematikern" unter den Ökonomen oft auch irrationale Motive eine gewisse Rolle spielen. Paradoxerweise scheint gerade die Mathematik hochgradig emotional besetzt zu sein und Schwärmerei bei den einen, Aversionen bei den anderen hervorzurufen. "Über die Nützlichkeit einer mathematischen Nationalökonomie, ..., wurde endlos diskutiert: Diejenigen, die diese Wissenschaft beherrschten, sprachen sich dafür aus, und diejenigen, denen das mathematische Rüstzeug fehlte, hatten eine vorsichtig negative Meinung von dem, was sie nicht verstanden," meint etwa J.K. Galbraith (G., p.310).

Schon **Leon Walras**, der erste mathematische Gleichgewichtstheoretiker, polemisierte recht heftig gegen seine "verbalen" Gegner: "Jene Ökonomen, die, ohne Mathematiker zu sein, ja ohne genau zu wissen, worin Mathematik besteht, beschlossen haben, daß sie

(die Mathematik, Anm. d. Verf.) nicht zur Klärung der wirtschaftlichen Prinzipien dienen könne, können weggehen und weiter wiederholen, daß die menschliche Freiheit sich nicht in einer Gleichung ausdrücken läßt." (zit. nach Eder, p. 57) Umgekehrt sind mathematische Theoretiker nicht selten dem pauschalen Verdacht weltfremder Esoterik ausgesetzt.

Zu den sachlichen Argumenten. Im 19. Jahrhundert wurde in der Mathematik zunächst ein Instrument gesehen, quantitative Beziehungen in der Ökonomie (in Gleichungsform) darzustellen. Diese Dominanz des quantitativen Aspektes hing vor allem mit der Anlehnung an die theoretischen Naturwissenschaften, insbesondere an die theoretische Physik, zusammen. William Stanley Jevons, einer der Begründer der Grenznutzentheorie, über die Verwendung der Mathematik: "Es scheint mir, daß unsere Wissenschaft mathematisch sein muß, einfach deshalb, weil sie sich mit Mengen beschäftigt." (zit. nach Eder, p. 55)

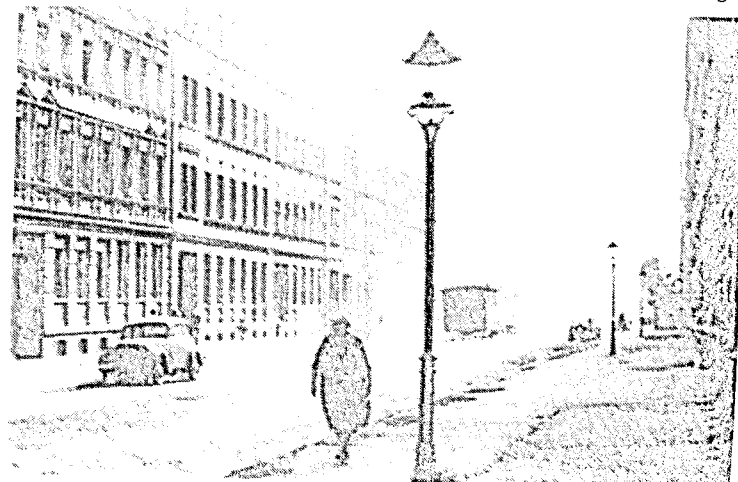
Um das Änderungsverhalten dieser Quantitäten zu beschreiben, setzt Jevons in der Analyse bereits Differentialrechnung ein. Bei Jevons liegt der Akzent auf der Erleichterung und Abkürzung der Darstellung, die an sich auch verbal möglich wäre. Er sieht im mathematischen Symbolismus ein "vollendetes Sprachgebäude, angepaßt den Begriffen und Verhältnissen, die wir ausdrücken wollen." Gegen die Versuche, die theoretische Ökonomie mit

Hilfe der Mathematik als quantitative, im Sinne der Naturwissenschaften exakte Wissenschaft zu begründen, ist eine Reihe von Einwänden vorgebracht worden. Ende des 19. Jahrhunderts argumentierte J. E. Cairnes mit der Unmöglichkeit, ökonomische Vorgänge wie physikalische zu messen. Da die Ökonomie ihre Voraussetzungen aus den Prinzipien der menschlichen Natur ableite, könne sie nicht mathematisch formuliert werden.

Im 20. Jahrhundert machte der österreichische Ökonom Ludwig von Mises geltend, daß im Zentrum der ökonomischen Analyse das menschliche Handeln stehe. Dieses aber beruhe auf Werturteilen. "Das Werturteil mißt nicht, es skaliert. Es sagt nicht, A ist gleich B. Es sagt: Ich ziehe A dem B vor. Nur aus solchem Vorziehen geht Handeln hervor. ... Es gibt daher im Gebiet des Handelns keine Maßeinheit und kein Messen." (nach Eder, p. 60) Mises bringt aber noch ein weiteres Argument gegen die "Mathematiker" vor.: Menschliches Handeln habe immer mit der Zukunft zu tun. Über diese sei aber nichts sicheres bekannt, dies

führe in der "mathematischen Ökonomie" notwendigerweise zu Gleichungen mit lauter Unbekannten. Zu dem quantitativen Aspekt der Anwendung mathematischer Methoden, der in diesen Debatten noch im Vordergrund stand, ist allerdings anzumerken, daß die Mathematik nicht auf diesen reduzierbar ist. In der modernen Mathematik werden quantitative Beziehungen vielmehr nur als eine (wenn auch wichtige) Klasse allgemeiner, logisch ableitbarer Relationen betrachtet. Die Anwendung moderner Mathematik bleibt daher nicht auf quantitative Zusammenhänge beschränkt, sondern ermöglicht auch "Strukturaussagen", um "qualitative" Fragen zu behandeln (z. B. in der Theorie der sozialen Entscheidungen).

Abgesehen davon, daß gewisse Probleme der modernen ökonomischen Theorie nicht mehr "verbal" gelöst werden können (wie z.B. der Beweis für die Existenz eines allgemeinen Gleichgewichts mit Hilfe des Brouwerschen Fixpunktsatzes), wird der Mathematik häufig der Vorzug eingeräumt, sie fördere die logische Klarheit der Darstellung und



ermögliche erst die empirische Austestung einer Aussage. Überdies zwingt sie dazu, die in einem Modell getroffenen Annahmen explizit zu machen und sie nicht, wie dies in "verbalen" Theorien häufig geschehe, unterschwellig in den Text einfließen zu lassen: Nach Takayama etwa eignet sich die Mathematik hervorragend für eine "hard-boiled-analysis" ökonomischer Probleme.

Von Kritikern wiederum wird betont, daß die formale Konsistenz eines mathematischen Modells noch nicht die Richtigkeit der zugrundeliegenden Annahmen garantiere. Außerdem bestehe die Gefahr, daß die Abstraktion zu weit getrieben werde und letztlich zu einem inhaltsleeren Formalismus führe. Häufig werde von völlig unrealistischen Annahmen über menschliches Verhalten ausgegangen. Von manchen wird sogar ein Grund für die heutige "Krise der Ökonomie" in der Weltfremdheit vieler Theorien geortet: *"There now exist whole branches of abstract economic theory which have no links with concrete facts and are almost undistinguishable from pure mathematics."* (D. Worswick) Diese Kritik berührt meiner Meinung nach nicht die grundsätzliche Nützlichkeit der Mathematik für die ökonomische Theorie. Die entscheidende Frage scheint mir vielmehr zu sein, welchen Erklärungswert ein mathematisches Modell für ein bestimmtes ökonomisches Problem hat und auch, inwiefern ein solches Modell der empirischen Überprüfung zugänglich ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ist meiner Ansicht nach zu Recht fundamentale Kritik an der Arrow/Debreuschen Gleichgewichtstheorie geübt worden: *"Its leading characteristic has been the endless formalization of purely logical problems without the slightest regard for the production of falsifiable theorems about actual economic behavior, which, we insist, remains the fundamental task of economics."* (Blaug, S. 192)



Mathematik im Wissenschaftsbetrieb

Im Zusammenhang mit der Mathematisierung der Theorie scheint mit von besonderem Interesse zu sein, welche Konsequenzen diese Entwicklung für den akademischen Betrieb selbst hat. Welche Bedeutung hat die Beherrschung formaler Techniken für Sozialisationsprozeß und Karriere eines Ökonomen/einer Ökonomin? Ist die Mathematik zu einem "Zulassungskriterium" für den Wissenschaftsbetrieb geworden?

In ihrem Artikel "The making of an economist" sind David Colander und Arjo Klammer der Frage nachgegangen, wie sich der Sozialisationsprozeß von Ökonom/inn/en an amerikanischen Post-Graduate-Schulen abspielt. Die Ergebnisse ihrer unter Studierenden an 6 hochrangigen Unis durchgeführten Befragungen sind sehr interessant, obwohl sie sich nicht ohne weiteres auf den europäischen Raum übertragen lassen.

Eine wesentliche Schlussfolgerung ist, daß die Ausbildung die Interessen der Studierenden erheblich einengt. Der Wissenschaftsbetrieb schafft ein spezifisches Anreizsystem, in dem die Beherrschung der formalen Methoden eine zentrale Rolle spielt. Während die Mehrzahl der Studierenden mit weitgefächerten Interessen an relevanten ökonomischen Fragestellungen in die Ausbildung eintreten, wird ihnen bald vermittelt, worauf es ankommt: Wer im Wettbewerb erfolgreich sein will, muß das formale Instrumentarium beherrschen. Die tatsächliche Relevanz der mathematischen Ökonomie wird von den Studierenden zwar bezweifelt, aber: *"Believing this, they want to be trained in what the profession values. Thus we find that students who believe they are not being taught the most complicated theory feel deprived and unhappy because they worry about their ability to compete."*

Ein wesentlicher Grund für die "Transformation" der Studierenden in "technique-oriented individuals" (Colander/Klammer)

wird in akademischen Karriereerwartungen gesehen. Das Vorwärtskommen hängt ab von der Publikation in den "richtigen", d. h. reputationsträchtigen, Journalen: "Knowing a technique that can be applied to ten areas can lead to ten articles; knowing a specific area well might lead to one or two articles."

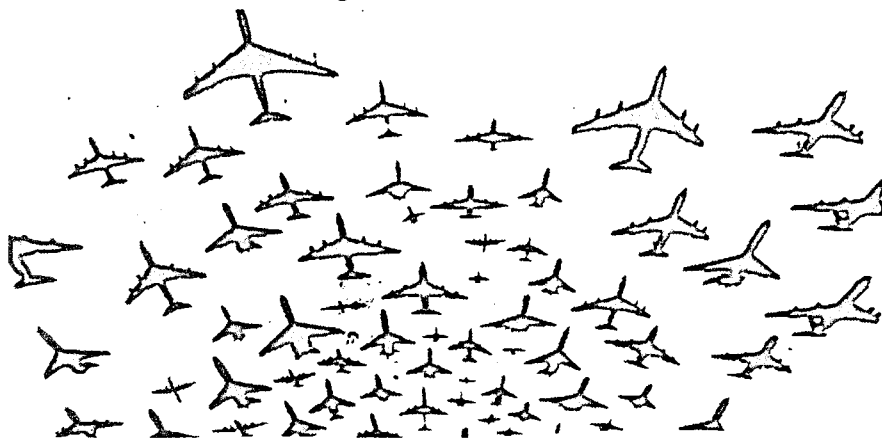
Auf die Frage nach der Wichtigkeit der Beschäftigung mit nicht-ökonomischen Fächern rangiert die Mathematik an oberster Stelle: 41 Prozent halten sie für sehr wichtig, während die nachfolgenden

formale Ökonomie in Europa noch nicht so durchgesetzt hat. Dennoch stellt sich auch hier die Frage, inwieweit die Mathematik schon zu einer Art "Zulassungskriterium" für den Wissenschaftsbetrieb geworden ist, wie das Galbraith für die USA behauptet.

Ausgehend von dieser "These" läßt sich vermuten, daß im Wissenschaftsbetrieb eine gewisse Eigendynamik in Gang gekommen ist: Wenn nämlich die formalen Anforderungen, die an Theoretiker gestellt werden, weiter steigen, ist zu erwarten, daß sich

Man sollte klar sehen, daß die mathematische "hard boiled analysis" nur ein, wenngleich wichtiger, Bestandteil der ökonomischen Theoriebildung ist, neben dem historische wie institutionelle Aspekte eine ebenso wichtige Rolle spielen. Ziel sollte meiner Ansicht nach sein, sich des formalen Instrumentariums vorurteilsfrei, aber nicht unkritisch zu bedienen.

Wer den Portalspruch der Peripatetiker - "Kein 'Ungeometrischer' trete ein" - auch an die Eingangstüren ökonomischer Fakultäten schreiben will, muß daher kritisch abklären, was damit impliziert wird und dies auch in der Öffentlichkeit deutlich machen.



Fächer Geschichte und Politikwissenschaft nur von 34 resp. 24 Prozent als "very important" eingestuft werden.

Die Untersuchungsergebnisse sprechen eine deutliche Sprache und erhärten die Thesen von Leontief und J.K. Galbraith über die zunehmende Dominanz des abstrakten, mathematischen Rasonnierens in der Hierarchieskala des Wissenschaftsbetriebs, die R. Kuttner zusammenfaßt: "Departments of economics are graduating a generation of idiots savants, brilliant at esoteric mathematics, yet innocent of actual economic life." Sicher ist, daß sich die

letztlich nur mehr graduierte Mathematiker durchsetzen. Angesichts der steigenden Anzahl von Mathematikern, die Theorie betreiben (Dierker, Nermuth, Krassa als Beispiele) scheint mir diese Vermutung nicht ganz unberechtigt zu sein.

Dann aber muß man die kritische Frage stellen, welche Konsequenzen diese Entwicklung hat. Z.B. wäre zu fragen, ob die Dominanz von Mathematikern in der ökonomischen Theorie nicht tendenziell zur Ausblendung sehr wichtiger Bereiche führen würde, die formal nicht handhabbar bzw. für Mathematiker uninteressant sind.

Literatur:

Blaug, Mark: "The methodology of economics or how economists explain", Cambridge University Press 1980

- " - : "Economic Theory in Retrospect", Cambridge Univ. Press 1979

Eder, Rudolf: "Mathematik und Nationalökonomie", in: Beiträge zur Pol. Ökonomie Wien 1966

Galbraith, J.K.: "Entmythologisierung der Wirtschaft", Zsolnay-Verlag Wien 1988

D. Colander/A. Klammer: "The making of an economist", in: Journal of economic perspectives, Vol. 1, Nr. 2, Herbst 1987, p. 85-111
Rapoport, Anatol: "Mathem. Methoden in den Sozialwissenschaften", Physica 1980

Takayama, Akira: "Mathematical Economics", Cambridge 1985

Über die Verschulung des VWL Studiums

Als ich nach zwölf Jahren Schule endlich mein lang ersehntes Maturazeugnis in den Händen hielt, spazierte ich frohen Mutes durch das Schultor, im festen Glauben daran, nie wieder mit dieser oder ähnlichen Anstalten direkt konfrontiert sein zu müssen. Zu diesem Zeitpunkt wußte ich noch nicht, daß ich bald Volkswirtschaft an der Universität Wien studieren würde.



Ich ging mit der Hoffnung auf die Uni, endlich mehr Freiraum bei der Gestaltung meiner Ausbildung zu haben. Doch wurden meine Vorstellungen von der Entscheidungsfreiheit an der Uni sehr bald zu Utopien. Meine Erwartungen von der Autonomie auf der Universität wurden mit einem Schlag zerstört, als ich vor der Aufgabe stand meinen Stundenplan zu erstellen. Zugegeben, eine besonders anspruchsvolle Aufgabe war es nicht. Man hätte den Erstsemestrigen genauso gut einen fixen Stundenplan mit Zeitschema in die Hand drücken können. Das ohnehin nicht sonderlich breitgefächerte Angebot an Lehrveranstaltungen wies so gut wie keine Wahlmöglichkeiten auf.

Es gab eine Reihe von zu besuchenden Veranstaltungen, die so lang war, daß für zusätzliche, von persönlichem Interesse geprägte Veranstaltungen, keine Zeit mehr bleiben konnte. Vorlesungen, die sich z. B. auf Grund mangelnder Qualität keines großen Zuspruchs erfreuen durften, sind durch das obligatorisch Machen ihres Besuches wieder voll besetzt. Ob das die richtige Lösung ist, Hörsäle zu füllen, sei dahingestellt.

Besonders in den letzten zehn Jahren ist das Thema der Verschulung ein immer aktuelleres geworden. Schon viele StudentInnen vor uns versuchten gegen den zunehmenden Grad der Verschulung auf der Uni anzukämpfen. Leider mehr oder weniger erfolglos. Sie konnten diese zwar verzögern, nicht aber aufhalten. Langsam aber stetig, rückte das Ziel der Professoren immer näher. Sie haben es geschafft, ihre Wünsche und Vorstellungen bezüglich wie eine Lehrveranstaltung "zu sein hat", nach und nach, langsam und unbemerkt durchgesetzt. Wogegen Stu-

dentInnen sich anfangs noch heftig sträubten, war für ihre Nachfolger schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Dieser Prozeß ging allmählich voran, bis die Umsetzung des neuen Studienplans in greifbare Nähe gerückt war. Mit einem Schlag wurden alle Forderungen des Instituts auf einmal durchgesetzt.

Seit dem Wintersemester 1999/2000 ist der neue Studienplan in Kraft, der unter den Studierenden großes Unbehagen ausgelöst hat. Gekennzeichnet ist dieser vor allem durch die Einführung des IUK, des integrierten Universitätskurses. Das Ziel dieses IUK sollte sein, Vorlesung und Übung, also Theorie und Praxis miteinander zu verbinden, um dem Frontalunterricht in den Vorlesungen entgegenzuwirken. Man erhofft sich dadurch eine bessere Koordination von Lehrveranstaltungen. Ob sich dieses Konzept in der Realität verwirklichen läßt ist fraglich und wird sich erst in der Zukunft weisen.

Auch der Prüfungsmodus wurde verändert. Bisher gab es wenige große Teildiplomprüfungen, für die man, um zugelassen zu werden, Scheine über Übungen, Seminare,... sammeln mußte. Darüber, daß das keine geeignete Form der Leistungsüberprüfung darstellt, darüber waren sich alle einig, jedoch scheint die Lösung des Kurssystems für dieses Problem alles andere als optimal zu sein. Im Zuge dessen wurden die großen Teildiplomprüfungen gestrichen. Statt dessen wird man dazu angehalten die Veranstaltung regelmäßig zu besuchen, Tests zu absolvieren und Mitarbeiter Note zu erbringen, um sie bei Negativität zu wiederholen, eine andere Möglichkeit gibt es nämlich nicht.

Von einem Großteil der Lehrveranstaltungen wird ab nun erwartet, daß man sie regelmäßig besucht.

Wie schon erwähnt, hat das natürlich eine hohe Einschränkung der persönlichen Interessen zur Folge, darüber hinaus zieht dieser Umstand allerdings auch noch soziale Ungerechtigkeiten mit sich. Insbesondere Studenten und Studentinnen die sich ihr Studium selbst finanzieren müssen, werden von diesem System stark benachteiligt. In der jetzigen Situation müssen sie damit rechnen ihr Studium entweder gar nicht, oder mit erheblichen Verzögerungen fertigzumachen. Die Hochschulen bleiben somit für Kinder aus ärmeren Familien verschlossen. Die Universitäten werden weiterhin nur für Privilegierte offenstehen.

Liebe KollegInnen!

Laufend wird von ProfessorEn in Lehrveranstaltungen versucht den Studierenden ein Kurssystem (auch „Credit Point System“ genannt) schmackhaft zu machen. Kurse sind Serien aneinander gereihter Lehrveranstaltungen (verpflichtend VO und UE/SE/PS). Nach Vorstellung der Profs wären in jedem Kernfach(Theorie, Politik, Finanz) drei Semester lang solche Kurse zu besuchen. Was auf neun Übungen/Seminare und Vorlesungen mit Kolloquien hinausläuft. Auch die von Nermuth vorgeschlagene Aufspaltung der Theorieprüfung ist bloß eine weitere Vorstufe zum Kurssystem. Nermuths erklärtes Ziel ist übrigens, alle nicht seinen formalen Ansprüchen genügenden Fächer (Soziologie etc.) aus dem Studium zu werfen und durch Mikroökonomie bzw. mathematische Methoden zu ersetzen.

Das Kurssystem am Beispiel Theorie: Vier Stunden Makro VO mit Kolloquium plus Übung, im nächsten Semester Mikro und dann besteht die großzügige Möglichkeit, ein Spezialgebiet zu wählen, was beim derzeitigen Angebot ein weiteres Semester Rechenübung plus -prüfung bedeuten würde.

Die Argumentation der Profs läuft darauf hinaus, daß durch die Teilung der Prüfungen, insbesondere VW-Theorie, der Lernaufwand für einzelne Klausuren geringer und effizienter wäre. Wir sind weniger überrascht, daß die Profs plötzlich nachdem sie denselben in den letzten Jahren kontinuierlich aufgefettet haben.

Den Vogel hat kürzlich Kollege Dierker abgeschossen, als er in seiner VO behauptete, die Studienrichtungsvertretung nehme nicht die

Unter anderem sollte Ziel der Hochschulen sein, allen Menschen das Studieren zu ermöglichen, sie zu eigenständigem Denken anzuhalten und sie lehren, selbständig Problemlösungen zu finden anstatt ihnen den Zugang zu erschweren und sie in vorgefertigte Denkmuster zu zwingen. Mit diesem Studienplan wird das nicht möglich sein.

Interessen der Studierenden wahr, weil wir ein Kurssystem ablehnten. Die Behauptung, die Studienrichtungsvertretung verhindere aus nicht deklarierten Gründen oder Eigeninteresse das Abspalten, ist unrichtig; insbesondere Nermuth sollte unsere Argumente aus einer dreistündigen Diskussion kennen. Wahr ist vielmehr, daß ein Kurssystem und das Aufspalten von Prüfungen

- den derzeitigen Prüfungsstoff qualitativ nicht verändert und die Möglichkeit (Wahrscheinlichkeit) von quantitativer Erweiterung in sich birgt, wie die Trennung Mikro/Makro im ersten Abschnitt zeigt. (Die Prüfungen wurden ganz einfach sukzessive schwieriger, obwohl der offizielle Prüfungsstoff der gleiche ist.)

- den Zeitplan und die individuelle Studiengestaltung mit einem noch engerem Korsett versieht als es eh schon der Fall ist, da es immer noch mehr Freiheit erlaubt, für eine große Prüfung zu lernen, als am Ende jedes Semesters Vorlesungen kolloquieren zu müssen. Man/frau denke an die Möglichkeit, daß man/frau eine oder mehrere der ach so netten kleinen Teilprüfungen wiederholen muß und damit aus dem Kursplan fällt.

- vielleicht für Studien mit großem LV-Angebot (GEWI/GRUWI) oder mit starrem Aufbau(Jus/Medizin) geeignet ist. Bei uns hingegen können die Studierenden kaum wählen und es wird die mathematische Mikroökonomie als unerläßlicher Grundstock der Ökonomie verkauft, obwohl sie in Wirklichkeit ein Spezialgebiet der Neoklassik darstellt.

Ein Aufspalten der Theorieprüfung im zweiten Abschnitt, wie Nermuth es in der Mikro-Vorlesung vorgeschlagen hat, wäre der erste Schritt in diese Richtung. Bereits für eine solche Regelung wäre ein Minimum an Koordination zwischen Mikro- und Makroprüfern erforderlich, wie das mit Makro aussehen soll, konnte Nermuth nicht erläutern. Weiters ist anzumerken, daß Nermuth ja nicht einmal fähig ist, sich mit Podczeck in Bezug auf Übungs- und Vorlesungsablauf abzusprechen.

Wir wollen nicht weniger lernen sondern mehr. Lernen heißt für uns aber nicht Reproduzieren der mathematischen Methoden eines formalen Modells, dessen ökonomischer Inhalt kaum Verständnisschwierigkeiten mit sich bringt. Probleme verursacht lediglich die zum ökonomischen Verständnis unnötige Beweisführung. Lernen muß vielmehr zu umfassenden Verständnis ökonomischer Zusammenhänge und zur Kenntnis der wichtigsten ökonomischen Modelle und ihrer Anwendungsmöglichkeiten führen. Dieses Ziel kann nach unseren Vorstellungen am ehesten durch ein Schwerpunktsystem, das folgendermaßen aussehen sollte, erreicht werden:

ProfessorEn sollen gemeinsam mit ihren AssistentInnen langfristig Schwerpunkte für ihre LV's planen und rechtzeitig ankündigen. Studierende können nun für jedes Kernfach einen Schwerpunkt wählen, zu dem sie dann eine Vorlesung und ein Seminar besuchen. Für den Schwerpunkt benötigte Grundlagen, können in der jeweiligen Standardvorlesung (Mikro II, Makro II, empirische WIFO, Finanz I) erworben werden. Die wichtigsten durch den Schwerpunkt nicht abgedeckten Wissensgebiete können zusätzlich überblicksmäßig geprüft werden. Hauptteil der Prüfung soll aber der Schwerpunkt sein, der schriftlich, mündlich oder in Form einer Haus/Institutsarbeit absolviert werden kann. Im Kernfach, z.B. Theorie, würde jeder Professor gemeinsam mit AssistentInnen ein spezielles

Gebiet betreuen, der gegenwärtige Prüfungsmodus (Einheitsprüfung-Dierker, Nermuth, Orosel, Winckler, Kugler) würde durch mehrere unterscheidbare Prüfungen ersetzt. Der zweite Studienabschnitt würde Studierende dann wieder intellektuell fordern und durch die individuelle Gestaltungsmöglichkeit motivieren, sich mit ökonomischen Problemen auseinanderzusetzen. Das Verständnis ökonomischer Modelle wird dadurch erleichtert und intensiviert, daß man/frau diese in konkreten Anwendungen kennenlernt und nicht völlig abstrakt ohne jeden ökonomischen Zusammenhang.

Diesen Vorschlag zur Reform des 2. Abschnittes übermittelten wir den Profs vor über einem Jahr, seine Verwirklichung wäre im Gegensatz zum Kurssystem ohne Konflikte mit dem SOWI-Studiengesetz möglich, allerdings mit etwas mehr Koordinationsaufwand für Profs und Assis verbunden. Wir wundern uns daher besonders über die Anschuldigung von Dierker, daß wir studentische Interessen ignorierten, da wir gerade von ihm seither nichts bezüglich einer Reform gehört haben. Statt dessen versuchen die Profs nun an der Studienrichtungsvertretung vorbei Euch falsche Hoffnungen auf eine Erleichterung im zweiten Abschnitt zu machen. Bei der HörerInnenversammlung im letzten Sommersemester fanden unsere Reformvorschläge große Zustimmung. Nun allerdings versuchen einige Profs nach dem Motto „divide et impera“ uns Studierende durch das Vorgaukeln einer vermeintlichen Verbesserung gegeneinander auszuspielen, um uns dadurch in ihr Kurssystem zu zwängen.

Wir haben immer Interesse daran bekundet, daß die Diskussion bezüglich einer Reform weitergeführt werde. Die Profs antworten autokratisch (an den demokratischen Institutionen vorbei) mit illegalen Vorschlägen und falschen Versprechungen!!

DROHT EINE VERSCHULUNG DER VW-THEORIE IM II. ABSCHNITT ?

Über die Reformierung des II. Abschnitts in den Kernfächern (d.s. VW-Theorie, VW -Politik und Finanzwissenschaft). Im Gegensatz zu früher werden nun jedoch schleichend Veränderungen eingeführt. Es gibt Bestrebungen, zusätzlich zu den Teildiplomprüfungen Kolloquien über bestimmte Vorlesungen ablegen zu lassen, sei es nun als Voraussetzung für den Erwerb eines Zeugnisses oder die Zulassung zu einem Proseminar/Seminar (oder auch als Ersatz für ein Gebiet der Teildiplomprüfung). Ob es sich dabei um unkoordinierte Einzelaktionen handelt oder ob bereits versucht wird, ein sogenanntes "Kurssystem" einzuführen, das manche Professoren und Assistenten befürworten, ist noch nicht klar. Die Diskussion über die Reformierung hat sich jedenfalls entscheidend verändert.

Von seiten mancher Professoren kommt immer wieder die Klage über die "Ineffi-

zienz" des derzeitigen Studienablaufs: die Studenten zeigten wenig Verständnis für ökonomische

Probleme, setzten sich kaum mit den Lehrinhalten auseinander, seien inaktiv und wenig interessiert, beschäftigten sich zu viel mit "unwichtigen" (für sie aber interessanten) Veranstaltungen. All das resultiert dann in einem ineffizienten Prüfungsmodus und einer zu langen Studiedauer. Ein Kurssystem nach angelsächsischem Vorbild soll da Abhilfe schaffen.

Was heißt das - "Kurssystem"?

Das Kurssystem sieht vor die drei Teildiplomprüfungen aus den Kernfächern im II. Abschnitt in weitere Teilprüfungen aufzuspalten d.h. z.B. Aufspaltung der VW-Theorie in drei Teilgebiete (Mikro- und Makroökonomie, Wahlfach aus VW-Theorie). Für Finanzwissenschaft und VW-Politik sollten ähnliche Aufteilungen gelten. Das Kurssystem sieht nun vor, daß in jedem dieser Teilgebiete

(für alle drei Kernfächer können dies immerhin bis zu neun Teilgebiete sein) Vorlesungen und Prosemin-

nare (oder Seminare) **verpflichtend** besucht werden.

Kurse sind Serien aneinandergereihter Lehrveranstaltungen (VO+PS/SE). Am Semesterende können schriftliche Kolloquien über den Inhalt der Vorlesung und des Proseminars (oder Seminars) abgelegt, die dann als Teile der jeweiligen Teildiplomprüfung gewertet werden (ähnlich der Aufspaltung von Mikro und Makro im I. Abschnitt).

Wie ein Kurssystem die Studienbedingungen verändert

Was nun auf den ersten Blick vielleicht attraktiv erscheint, werden doch die "großen" Diplomprüfungen durch "kleinere" Teilprüfungen ersetzt, hat eine Verschärfung der Prüfungen, eine Verschulung des Studienablaufs und eine Beschneidung der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Studiums zur Folge.

Studentische Freiräume, im Sinne von Wahlmöglichkeiten innerhalb des Studi-

enplans, werden zeitlich und inhaltlich eingeschränkt, wahrscheinlich sogar beseitigt. Das Institut wird in einen Schulbetrieb umgewandelt, mit dem Ziel der Schnellproduktion von Standard-ÖkonomInnen.

Studierende werden gezwungen, auch jene Lehrveranstaltungen zu besuchen, die sie jetzt aufgrund mangelnder Relevanz des Themas oder Qualität der Veranstaltung nicht "von selbst" besucht hätten. Zeit für zusätzliche, interessantere Veranstaltungen - die es unter solchen Studienbedingungen wahrscheinlich nicht geben wird - bleibt nicht, da die vorgeschriebene Anzahl der Pflichtlehrveranstaltungen pro Semester ganz einfach die verbleibende Zeit verringert. Von einem "effizienten" Arbeitseinsatz kann bei derartigen Zwangshörrern und Prüfungsstsrebern wohl nicht mehr die Rede sein. Der Besuch einer Lehrveranstaltung wird nicht dadurch sinnvoller, daß man ihn obligatorisch macht.

Um einigermaßen in der Mindeststudienzeit zu bleiben, muß man bei einem derartigen System also Zeit

und Aufwand minimieren, da ja bis zu fünf Prüfungen pro Semester zu machen sind. Unserer Meinung nach sollte das Ziel des Studiums jedoch das Erlernen von selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten sein. Durch krampfhaftes Konzentration auf Zeitminimierung kann man das wohl nicht erreichen.

Zusammenfassend läßt sich nicht erkennen, welche Vorteile ein solches Kursystem gegenüber dem jetzigen System für die Studierenden haben soll. Es scheint vorrangig ein System zur Verminderung von Wahlmöglichkeiten, Einschränkung studentischer Freiräume, Minimierung des Zeitaufwandes mancher Lehrender und Umwandlung des Uni-Betriebs in einen Schulbetrieb zu sein.

Die StudentInnenvertretung beteiligt sich natürlich an der Diskussion, da wir zum einen auch die Reformbedürftigkeit des Studiums sehen und zum anderen ein Gegengewicht zu der derzeit einsei-

tigen Reformdiskussion setzen wollen.

Die StudentInnenvertretung

sieht die wesentlichsten Nachteile des derzeitigen Systems im mangelnden Angebot an wirtschaftspolitischen Veranstaltungen, im starren Prüfungsmodus der VW-Theorieprüfung im II. Abschnitt und den geringen Wahlmöglichkeiten.

Ein Alternativvorschlag

Eine Verbesserung des Prüfungsmodus könnte man durch eine sogenannte "Schwerpunktbildung" erreichen.:

Die derzeitig fast einheitliche Prüfungsliteratur für VW-Theorie könnte ganz oder zumindest teilweise durch Schwerpunktgebiete ersetzt werden. Die jeweiligen Schwerpunkte sind von den Professoren in den Vorlesungen darzulegen und in begleitenden Seminaren oder Übungen zu vertiefen und aufzuarbeiten. Schwerpunkte sollen einen theoretisch und politisch relevanten, nach Möglichkeit auch aktuell diskutierten Bereich der ökonomischen Forschung darstellen.

Das würde bedeuten, daß die gegenwärtige Einheit

sprüfung (Orosel, Dierker,

Nermuth, Winckler) aufgespalten wird, nicht in kleine Portionen (die das Problem nicht lösen, sondern nur anders verteilen), sondern in alternative Prüfungen, deren Inhalt von den verschiedenen Prüfern in Abstimmung mit den StudentInnen bestimmt und vorbereitet wird.

Dadurch würde das gegenwärtige System der Anpassung der Lehrveranstaltungen an den Prüfungsstoff umgekehrt - die Prüfungen würden den Lehrveranstaltungen angepaßt.

Ein Problem?: Die Grundlagen

Der gegen diesen Vorschlag immer wieder erhobene Haupteinwand bezieht sich auf die angebliche Notwendigkeit einer "soliden Basis" an Wissen - den Grundkenntnissen.

Die Gefahr, daß bei freier Schwerpunktbildung grundlegende Kenntnisse verloren gehen, besteht unserer Meinung nach nicht. Auch bei einer derartigen Schwerpunktbildung kommt man um allgemeine Grundlagen nicht umhin. Diese könnten in

Lehrveranstaltungen oder aus der Basisliteratur erworben werden. Kenntnisse, die sich bei der Analyse von ökonomischen Spezialproblemen tatsächlich als entbehrlich erweisen, verdienen hingegen wohl auch nicht das Prädikat "grundlegend".

Bei einem System der Schwerpunktbildung könnten somit erworbene Kenntnisse und Methoden auf konkrete Probleme der Ökonomie angewandt werden, anstatt daß sie - wie bisher - auf das mechanische Wiederholen von formalen Abläufen reduziert bleiben. Die kritische Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten und das Erkennen von Zusammenhängen, für die die Fähigkeit, Stärken und Schwächen ökonomischer Konzepte zu erkennen, Voraussetzung ist, sowie die entsprechende ökonomisch-theoretische Debatte in der Literatur zu verfolgen und zu verarbeiten, versetzen die Studierenden in die Lage, selbständige ökonomische Beiträge zu liefern.

Beide Vorschläge werden in einer HörerInnenversammlung zur Diskussion stehen, die in den nächsten Wochen

stattfinden wird. Der genaue Termin wird Euch noch bekanntgegeben.

Auszug aus dem Artikel "Zur Entstehung des neuen Studienplans" - RBK Mai 1999.

Lone Star

Der neue Studienplan verändert die Stellung des Studiums in der Fakultät und gegenüber anderen Universitäten in zweifacher Weise: die alten Studienpläne waren österreichweit relativ einheitlich und sie haben einen 1. Abschnitt vorgesehen, der einen relativ breiten Überblick über die Sozialwissenschaften geboten hat.

Nachteil dieses Überblicks war, daß man sich jahrelang mir Mathematik und Privatrecht beschäftigte, und eigentlich nicht verstand, warum das Studium Volkswirtschaftslehre hieß. Aus diesem Grund haben auch wir uns in der Diskussion bemüht, einen Verstärkung volkswirtschaftlicher Fächer im 1. Abschnitt zu erreichen. In der jetzt realisierten Form (beziehungsweise in den Vorstellungen der Professoren noch weit stärker) bedeutet das aber vor allem eine Ausweitung von Methodenfächern wie Mathematik und Statistik und eine Verschiebung von stark formalisierten Fächern aus dem 2. in den 1. Abschnitt. Die Volkswirtschaftslehre wird nicht als Sozialwissenschaft konzipiert, mit entsprechenden Verbindungen zu etwa Politikologie, Soziologie, aber auch Geschichte etc.: Das ist schade, verzichtet damit die VWL hier doch auf den großen Vorteil, den sie etwa gegenüber der Wirtschaftsuniversität hätte, nämlich Teil einer großen Universität zu sein, die Studien und Forschung in vielen Bereichen bietet und damit die Möglichkeit zu neuen, interdisziplinären Ansätzen.

Ergebnis ist eine kleine, autarke Studienrichtung, die, versetzte man das Institut (die einzigen relevanten Nicht-VWL-Lehrveranstaltungen, Mathematik und Statistik, sollten angesichts der Ausbildungsstruktur des Lehrkörpers problemlos von diesem abgehalten werden können) in ein kleines Alpental, auch dort problemlos ihre angestrebten 50 Absolventen pro Jahr produzieren könnte.

Der Wunsch nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit zeigt sich auch in der Kooperation mit anderen VWL-Studienkommissionen in Österreich: Eine solche war einfach nicht existent. Eine gewisse Konzentration auf den Kernbereich der Wissenschaft war zweifellos, auch wegen der

Stundenkürzungen im Zuge des UniStG, nötig, ein kleines Mehr an Koordination und Kooperation wäre aber sowohl sinnvoll als auch möglich gewesen.

Zu befürchten ist deshalb zweierlei:

- Studierenden wird der Umstieg nach dem ersten Studienjahr deutlich erschwert, vor allem die Möglichkeit, auf Volkswirtschaft zu wechseln
- Wechsel der Universität innerhalb Österreichs (und Wiens) nach dem ersten Abschnitt wird praktisch unmöglich werden.

Das Kurssystem oder der amerikanischen Traum

Das bisherige Volkswirtschaftsstudium war durch wenige große Prüfungen, die Teildiplomprüfungen gekennzeichnet. Um die Zulassung zu so einer Prüfung zu erlangen, mußte man Zeugnisse über Seminare, Übungen o.ä. in einem gewissen Umfang nachweisen, in der Diplomprüfung selbst wurde der Inhalt der dem Diplomprüfungsfach zugeordneten Vorlesungen geprüft. Für die Vorlesungen selbst gab es keinen direkten Leistungsnachweis.

Daß das System in der Form nicht erhalten bleiben sollte, wurde von allen Seiten akzeptiert. Das schließlich durchgesetzte Modell nennt sich Kurssystem. Basis ist der Kurs, was die deutsche Übersetzung von course ist (Amerika läßt grüßen, und endlich kann an internationale Standards angeschlossen werden). Das wichtigste Charakteristikum ist, daß die Prüfung auf der Ebene der Lehrveranstaltung ansetzt. Daraus kann sich ein positiver Rückkoppelungsprozeß ergeben: Ist die Vorlesung direkt prüfungsrelevant und mit einer Übung (oder anderer Lehrveranstaltung mit immanentem Prüfungscharakter) sinnvoll abgestimmt und verbunden, so werden mehr Studierende die Vorlesung besuchen, was wieder mehr Anreiz für den Vortragenden ist, eine gute Vorlesung anzubieten, wodurch die Vorlesung für die Studierenden wieder interessanter wird. So verstanden können Kurse gute pädagogische und für alle Seiten befriedigendere Ergebnisse bringen. (Tatsächlich scheinen aber die Intentionen der Proponenten allen Beteuerungen zum Trotz andere zu sein, wie sich aus der Ablehnung unserer Vorschläge und vor allem aus den Lehrveranstaltungsdefinitionen schließen läßt, dazu unten. Skeptisch macht auch die Frage, warum diese guten Vorlesungen und die reibungslose Koordination bis jetzt nicht möglich war, beziehungs-

weise daß es möglich war, haben engagierte Lehrveranstaltungsleiter immer wieder gezeigt) Wie gut die Kurse aber auch gemacht werden, einen gravierenden Nachteil hat das Modell: Das Studium droht zu einem reinen Sammeln von Kurszeugnissen zu verkommen, da größere Zusammenhänge im Rahmen einer maximal 6-stündigen Lehrveranstaltung nicht wirklich dargestellt werden können. Wenn man das Studium beendet, hat man dann zwar die end-of-the-chapter Übungsaufgaben aus 6 Lehrbüchern ge-

rechnet, aber ob man gelernt hat, selbständig Problemstellungen zu analysieren und zu lösen ist fraglich. Das gilt umso mehr, als, wie auch im Qualifikationsprofil zum Studienplan festgehalten, die Volkswirtschaftslehre so ausdifferenziert ist, daß ein Diplomstudium keinen Gesamtüberblick bieten kann. Es muß

eine Auswahl getroffen werden. Beliebige Kurse zu besuchen, kann da keine sinnvolle Vorgabe sein. Dem entgegenzuwirken, haben wir das Modell der Fachprogramme entwickelt.

Alternative der Fachprogramme (gegen Nachteil des Kurssystems)

Das Fachprogramm-Modell ist eigentlich auch ein Kurssystem. Der wichtige Unterschied ist aber, das die Studierenden sich im 2. Abschnitt zwei Schwerpunktthemen wählen, in denen sie sich dann vertiefen. Solche Schwerpunkte werden als Fachprogramme von Professoren oder Dozenten angeboten. Der anbietende Lehrende hat dabei drei Aufgaben: Er bestimmt die Lehrveranstaltungen, die für die Absolvierung eines Fachprogramms erforderlich sind. Weiters veranstaltet er ein Seminar, in dem die Studierenden das in den vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen erworbene Wissen auf eine neue Problemstellung anwenden. Schließlich vergibt er die Gesamtnote für das Fachprogramm, basierend auf der Seminararbeit und einem von dieser ausgehenden Prüfungsgespräch, in dem die Inhalte der Vorlesungen (die als solche schon in den dazugehörigen Übungen geprüft worden sind) in ihren

Zusammenhängen besprochen werden sollen. Das Ergebnis ist ein für das Studium wie für das Berufsleben positives: Die Studierenden konzentrieren sich auf Themen, die sie interessieren, die Spezialisierung auf spätere Berufstätigkeit hin sein können aber auch der Ausgangspunkt für eine Diplomarbeit. Damit werden sinnlose Studienverzögerungen vermieden, da man bereits rechtzeitig mit der Suche nach einem Thema beginnt und auch die Erfahrungen sammelt, die für das Verfassen einer Abschußarbeit von

Vorteil sind: Arbeitseinteilung, Organisation, Literatursuche und ähnliches.

Kernidee ist es, Techniken zu vermitteln.

Auch wenn man die Schlagworte eines sich ständig rapide wandelnden Wissens nicht so ernst nehmen möchte, was das Studium vermitteln soll, sind Methoden der Wissensaneig-

nung, kann nicht das Wissen selbst sein, daß viel zu groß ist (siehe oben) und sich zu rasch ändert, als das ein Studium für ein ganzes ÖkonomInnenleben reichen würde.

Ob der einzelne Studierende mit seiner Wahl eines Fachprogramms zufrieden ist oder nicht, ob er es für seinen Beruf benötigt, ob sie eine Diplomarbeit darauf aufbaut, ist nicht so wichtig, entscheidend ist die Schule, in der erlernt wird, wie man sich einem Bereich der Wirtschaftswissenschaft systematisch nähert und die so erworbenen Methoden selbständig auf neue Fragestellungen anwendet.

Das Verschwinden der Lehrveranstaltungstypen

Erinnern wir uns: Der Hauptvorteil des Kurssystems ist die Kombination aus positiven und negativen Anreizen, Teilnahmepflicht und gut koordinierter Lehrveranstaltung. Vor allem soll es einen pädagogisch besseren und die Studierenden mehr als bisher motivierenden Unterricht bringen, wie Prof. Nermuth, einer der Hauptproponenten, in den Anmerkungen zum Entwurf des Studienplans in der 4. Fassung meint. Wer angesichts der Prüfungstermine schon et-



was ins Zweifeln gekommen ist, sollte vielleicht gar nicht genauer betrachten, was als pädagogisch gut verstanden wird. Gemäß §4 ('Pädagogische Grundsatz') ist besser, was im Namen die Bezeichnung Integrierter Universitätskurs trägt, da hier, den Nachteil des Frontalunterrichts in reinen Vorlesungen entgegengewirkt [wird], indem die Studierenden zu unmittelbarer Mitarbeit und Anwendung des Gelernten geführt werden. Soweit ist die Argumentation bekannt. Interessant ist es aber zu sehen, welche Lehrveranstaltungen in einem IUK integriert werden können: etwa eine Vorlesung mit einem Konversatorium oder zwei Vorlesungen, alles Lehrveranstaltungen, bei denen es fraglich ist, wieweit sie die unmittelbare Mitarbeit und Anwendung fördern (Ein Konversatorium ist eigentlich eine Vorlesung, denn Fragen darf man in einer Vorlesung hoffentlich auch stellen). Noch einen Grad eigenartiger wird es dann, wenn man entdeckt, daß die Lehrveranstaltungsbezeichnungen nicht mehr ihre überkommenen Bedeutungen haben: Nach §13 (3) ist der Lehrveranstaltungsleiter bzw. die Lehrveranstaltungsleiterin, bei der Gestaltung der Prüfung frei. Ein Seminar kann also mittels einer Abschlußklausur genauso geprüft werden wie eine Übung mit einem Multiple-Choice-Test. Mit der Lehrveranstaltungsbezeichnung ist nicht mehr eine bestimmte Unterrichtsmethode verbunden. Die Lehrveranstaltungsbezeichnung ist leer.

Es scheint also einen Grund zu geben, warum unser Formulierungsvorschlag zu §4 ('Pädagogische Grundsatz') nicht übernommen wurde: Wir meinten nämlich, daß den Nachteilen reinen Frontalunterrichts in Vorlesungen entgegengewirkt werden sollte, nicht dem Frontalunterricht in reinen Vorlesungen. Aber das scheint explizit nicht das Ziel zu sein: Gemäß §4 ist der Frontalunterricht in einer kombinierten Vorlesung mit Übung dem Frontalunterricht in einer reinen Vorlesung vorzuziehen, da offensichtlich der Frontalunterricht in einer Übung (das ist einfaches Vorrechnen auf der Tafel und durchaus Usus) zur unmittelbaren Mitarbeit und Anwendung des Gelernten führt. Haben wir etwas gelernt.

Aber es geht nicht nur um die Bezeichnungen. Das Wissen, das man in einem Studium erwirbt, besteht nicht nur in der Kenntnis von Fakten und Methoden sondern auch in der Kenntnis verschiedener Techniken wissenschaftlichen Arbeitens. Es gibt einen Grund, warum eine Di-

plomarbeit vorgeschrieben ist und nicht ein Multiple-Choice-Test, selbst wenn dieser das gleiche Faktenwissen wie jene fordern würde. Wir haben oben argumentiert, daß angesichts des Umfangs der Wirtschaftswissenschaft und der Geschwindigkeit der Entwicklung der Erwerb von Faktenwissen nicht ausreicht, sondern daß vielmehr die fachspezifischen Techniken des Wissenserwerbs erlernt werden müssen. Wir haben gemeint, daß dieses Erlernen von Techniken am besten im Rahmen eines Fachprogramms stattfinden könnte. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Nun sehen wir, daß der Studienplan an den Techniken nicht einmal auf der Ebene der Kurse interessiert ist. Insofern bedeutet die Aushöhlung der Lehrveranstaltungsbezeichnungen, in der es nicht einmal mehr einen Unterschied zwischen Lehrveranstaltungen mit Vortragscharakter und solchen mit Mitarbeitsleistung der Studierenden existiert, geschweige den die Forderung Referate zu halten oder Arbeiten zu schreiben, eine Verlust an Qualifizierung und Qualität der Ausbildung, die wir als Studierende zu tragen haben.

Und wozu war das dann alles gut?

Ein Schelm, wer da als Gründe hinter dem Kursystem jetzt vermutet, daß nur der Aufwand für Prüfungen minimiert werden soll (Entfall der Diplomprüfungen, Entfall der drei Termine, siehe unten) daß die bisher eher leeren Vorlesungen mittels laufender Überprüfung zwangsweise aufgefüllt werden sollen daß ein schlauer Weg um die drei Prüfungstermine gefunden werden soll (durch die Koppelung jedes Zeugnisses an laufende Mitarbeitsleistung gibt es im Fall einer negativen Note nur die Möglichkeit, den ganzen Kurs zu wiederholen. Effekt: Studienverzögerungen!!!)

Studienbedingungen von 74 bis 99

Manches ändert sich, vieles bleibt gleich

Zu wenig Prüfungstermine, fade Vorlesungen, schikanöse Übungsbedingungen, zu schwere Prüfungen, Pflichtlehrveranstaltungen deren Sinn für niemanden erkennbar ist, schlechte Prüfungsliteratur... Mit Themen dieser Art haben sich wohl alle Generationen von Studierenden herumschlagen müssen, und dementsprechend nehmen diese Themen in den meisten Ausgaben des RBKs ihren Platz ein.



Die konkreten Anlässe haben sich natürlich geändert. So füllt das Problem "Buchhaltung und Kostenrechnung" in den ersten Jahren des RBKs regelmäßig ganze Ausgaben, während es vor kurzem durch den neuen Studienplan fast unbemerkt endgültig zu Grabe getragen wurde. Das aktuelle Hauptthema heißt hingegen IUK (Integrierter Universitätskurs) und damit wieder einmal Prüfungsmodus, während sich z.B. die Mathematik anscheinend über 25 Jahre als Dauerstreitpunkt durch die RBK-Geschichte zieht. (Einen exemplarischen Einblick geben die nachfolgend abgedruckten Artikel)

Wenn die Tätigkeit des RBKs und damit einhergehend der Widerstand der Studierenden gegen das unbefriedigende Studium nicht völlig umsonst waren, müßte sich das Studium der Volkswirtschaft an der Uni Wien eigentlich stetig verbessert haben. Als jetzt Studierender, der nur die heutige Situation kennt, kann man das sicher nicht ausreichend beurteilen, aber man erhält, wenn man sich damit beschäftigt, den Eindruck, daß das Studium heute zwar anders ist, aber hauptsächlich anders schlecht.

Dafür bietet sich zunächst natürlich die Erklärungsmöglichkeit an, daß die meisten Studierenden eigentlich gar nicht wissen was und warum sie eigentlich studieren, völlig faul und desinteressiert sind und nur versuchen möglichst billig zu ihrem Akademischen Grad zu kommen. Deswegen finden sie natürlich alles zu fade und zu schwer und die einzig logische Konsequenz daraus ist es, für diese Studierenden Anreize zu schaffen das Studium möglichst schnell zu wechseln oder überhaupt aufzuhören. Ein auch

heute noch (oder gerade wieder heute?) oftmals von den Profs - weniggleich nicht in dieser Deutlichkeit - vorgebrachtes Argument warum es keine Sinn macht auf Verbesserungswünsche der Studierenden einzugehen.

Aus studentischer Sicht liegt das Problem wohl eher darin, daß jedeR StudentIn unterschiedliche Interessen hat, die aber im alltäglichen Uni-betrieb untergehen. Auch wenn bei der Studienplanerstellung die Studierenden jetzt zumindest theoretisch ein Mitspracherecht haben, in der Praxis sieht das Studium nach wie vor so aus, wie es sich die Lehrenden (und davon wiederum die in der Hierarchie besonders wichtigen) vorgestellt haben, und besonders viele Wahl-freiheiten hat es wahrscheinlich noch nie gegeben.

Dem RBK ist es sicher oft gelungen, Studienbedingungen zu verbessern. Der Ungleichheit zwischen Lehrenden und Studierenden entgegenzuwirken wird wohl auch in Zukunft ein Teil der "Lebensaufgabe" des RBKs sein. Erreichen kann man das wahrscheinlich vor allem, indem man die Studierenden unterstützt, das Studium nicht als passives In-sich-Hineinstopfen des Lehrstoffes zu sehen, sondern sich aktiv daran zu beteiligen.

Nachfolgend ein Artikel aus einem der ersten RBKs über die Unzufriedenheit mit dem Studium (RBK 1 - WS 75/76) und ein Beispiel für einen der unzähligen Artikel über Prüfungswillkür aus dem Wintersemester 88/89.

Zum Studium der Nationalökonomie

Wie man in Österreich Akademiker wird, und zu welchem Zweck

Die offizielle Studienberatung der Österreichischen Hochschüler-schaft vermittelt einige Kenntnis über den technischen Ablauf des Studiums. Man erfährt die Anzahl der zu inskribierenden Stunden pro Semester, die günstigste Stunden- und Fächerkombination für das erste Semester, die Beliebtheit der Professoren, einige Tricks zum Erwerb einer Netzkarte und ähnliche nicht unwichtige Informationen. Schüchterne Fragen etwa über die Berufsaussichten der graduierten Volkswirte werden zögernd-optimistisch beurteilt, obwohl die Berater selbst meist keine Ahnung haben, wo sie arbeiten werden.

Es erscheint uns daher wichtig, die offizielle Beratung zu ergänzen, indem wir berichten, wie und zu welchem Endzweck man in Österreich Ökonomie studiert. Die Ziele der Studenten, die Ansprüche der Wissenschaft und die Ausbildung für einen zukünftigen Beruf sollen dabei einander gegenübergestellt werden. Anschließend wird dieser Artikel thematisch fortgesetzt durch Kurzporträts über die Vortragenden beider Studienabschnitte, ihre Lehrinhalte, ihre Nebenfunktionen und ihre Stellung zu den Studenten.

Der Studienplan für die Studienrichtung Ökonomie beruht auf einem Gesetz aus dem Jahr 1966 und ist das Produkt beamteter Juristen und deren Verständnis von Ökonomie. An den Beratungen über die Entwürfe war auch die ÖH beteiligt.

Fast alle inhaltlichen Erwartungen der Studenten - Berufsvorbereitung, wissenschaftliche Erkenntnis oder auch nur freieres Lernen als in der Mittelschule - werden enttäuscht. In den ersten zwei Jahren erfährt man fast nichts von dem Fach, das man eigentlich studiert. Stattdessen darf der Anfänger fleißig die Juristerei, die Mathematik, die Statistik und die Betriebswirtschaftslehre üben. Vorlesungen spielen eine geringe Rolle, der Lehrbetrieb findet fast zur Gänze in den Übungen und Proseminaren statt.

Diese muß man mit einer positiven Note abschließen, worauf man mit einem Zeugnis - im Jargon: einem Schein - belohnt und entlassen wird. Lernen tut man wenig in diesen Lehrveranstaltungen, es entsteht aber der durch den "Schein" belegbare Schein des Studierens.

Dabei geht es zu wie in den letzten Klassen der Mittelschule. Das Lernen wird funktional auf die Klausuren abgestellt, was dem nicht dient, wird für immer beiseite geschoben. In den Fächern Statistik, Betriebswirtschaft, Buchhaltung und Kostenrechnung muß emsig gerechnet werden; offensichtlich ist man hier der Meinung, ein sicheres Beherrschen der vier Grundrechnungsarten sei eine Hauptvoraussetzung für einen guten Ökonomen.

Mit einigem Fleiß können die notwendigen elf der zwölf Scheine in drei, vier Semestern absolviert werden, und die bestandene erste Diplomprüfung zeigt die Halbzeit des Studiums an. Bei dieser Diplomprüfung wird vor allem eines geprüft: die Fähigkeit, alles mögliche, ohne inneren Zusammenhang in sich hineinzustopfen; und zwei Jahre auf das eigentliche Fach zu warten, ohne dabei zu verzweifeln. Das gelingt nicht allzu vielen - die Ausfallrate im ersten Abschnitt ist enorm hoch. Genaue Zahlen stehen uns nicht zur Verfügung, doch muß sie über fünfzig Prozent liegen. Um zur erfolgreichen Minorität zu gehören, ist vor allem notwendig: alles brav zu tun, was verlangt wird, und n i c h t drüber nachdenken. Dann ist der Erfolg immerhin möglich.

Ein Unterschied zur Mittelschule bleibt. Solange man Schüler ist, wird man von Eltern und Lehrern gepiesackt etwas zu tun. Dieser unmittelbare Druck fällt auf der Hochschule weg, und das haut am Anfang viele Studenten um; das vor allem bei einem Studienplan, der jedes Interesse am Fach abtöten muß.

Wenn man dann den ersten Abschnitt hinter sich gebracht hat - wenn also Betriebswirte und Juristen befunden haben, man sei reif für die Ökonomie, dann glaubt wohl niemand mehr, daß

es jetzt anders wird. Wiederum: das wichtigste sind die Scheine. Klausuren spielen hier eine geringere Rolle, der Scheinerwerb läuft vorwiegend über Seminararbeiten. Dabei wird ein kleiner Teil des gesamten Seminarstoffes vom einzelnen Seminaristen gründlich bearbeitet, den Rest der Zeit sitzt man herum in Erwartung des Semesterendes.

Schließlich hat man sie alle - diese kostbaren Scheine, die das Studium ausmachen. Nun sucht (und findet) man ein Diplomarbeitsthema. Man plagt sich ein paar Monate, bis der Professor oder Dozent sein Placet gibt. Diskussionen mit Kollegen über die Arbeit gibt es fast nie, und niemand wird sie je lesen. Denn dazu müßten die Professoren Seminare planen, die mehr als die bloße Standardliteratur umfassen, dazu müßten sie die Diplomanden wirklich betreuen, dazu müßten sie die Diplomarbeitsthemen aufeinander abstimmen - kurz: dazu müßten sie bereit sein, weniger Zeit für ihre Nebengeschäfte und mehr für die Studenten zu verwenden.

Dann ist auch der zweite Abschnitt um. Man verläßt die Uni mit dem Titel eines Magisters der Wirtschaftswissenschaften, fachlich ist man kaum klüger als je zuvor.

Falsch wäre aber, aus all dem zu schließen, daß das Studium keine Funktion hat. Im Gegenteil: wer es hinter sich gebracht hat, wer stehend im feierlichen Anzug bei der Sponsion die Rede des Rektors über die Verantwortung des Akademikers hören darf, den wird nun immerhin bestätigt, daß er in der Lage ist, sich mit Dingen zu beschäftigen, die ihn nicht interessieren, und daß er Bereitschaft gezeigt hat, genau das zu tun, was immer man ihm anschaft.

Es wird bestätigt, daß man keine eigenen Interessen hat, bzw. daß man sie unterdrücken kann, wann immer es nötig ist, kurz: daß man verwendbar ist.

Und das ist ja die wichtigste Berufsqualifikation.

Der Prüfungsteil Makroökonomie liest sich wie der mißglückte Aufsatz jenes Musterschülers, der einem großen Literaten die Referenz erweist, um seinen Mangel an Talent zu vertuschen (2). Einmal mehr verdient der Eifer des Kollegen Streissler Beachtung, doch leider hat er die Aufgabenstellung verfehlt.

Streissler sollte erstmals die Prüfungsfragen aus Makroökonomie zusammenstellen.

* Er produzierte nun einen Angabentext von 2 1/2 Seiten, in dem er von dem Land Tarockanien mit seinem wohlwollenden Diktator Franzalois, von Rindvich, Weisenräten, aufstrebenden Volkstribunen und anderen unheimlich spaßigen Dingen schreibt (nachzulesen im Schaukasten der Strv).

* In diese 2 1/2 Seiten verpackte er 23 Gleichungen,

* um schließlich 10 (voneinander abhängige) Fragen zu stellen, vier davon in a) und b) untergliedert.

Um allein den Angabentext zu erfassen braucht, man wohl mindestens dreißig Minuten - bei Nervosität entsprechend mehr.

Darüber hinaus gilt es, die im Text verstreuten (zum Teil nur verbal ausgedrückten) Gleichungen herauszuschreiben.

Unter der Voraussetzung, jede Frage ad hoc lösen zu können, reicht die verbleibende Zeit für den Prüfungsteil Makroökonomie sind ca. 1 1/2 Stunden vorgesehen) gerade noch aus, um die Ergebnisse und Antworten allein niederzuschreiben.

1.) Ein Prüfungsteil Makroökonomie also, der (verglichen mit den bisherigen Anforderungen)

sich (überraschend!) auf einen völlig veränderten Prüfungsmodus stützte,

aufgrund der Literaturanga-

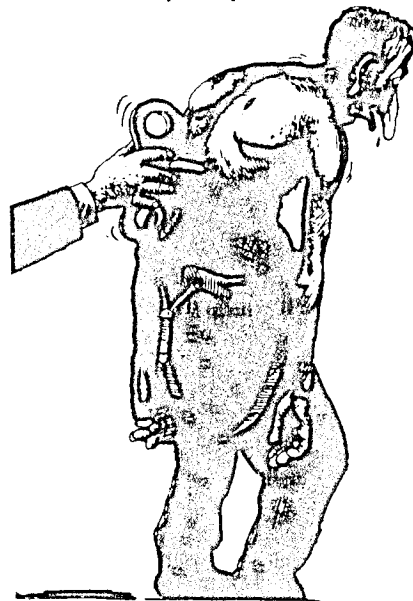
tarockanische zustände

teildiplomprüfung aus "politischer ökonomie...", erster studienabschnitt, neue studienordnung termine: juli & oktober 1988

be (Dornbusch-Fischer) schwer und

- in der vorgesehenen Zeit kaum zu lösen war,
- viel zu anspruchsvolle Aufgabenstellungen beinhaltete.

Natürlich wurde gleich nach der Prüfung Kritik laut, sogar im Lehrkörper sprach man von



einer "unmöglichen und inakzeptablen" Vorgangsweise.

Streissler beurteilte schließlich sehr milde: letztlich liegt die Durchfallsquote bei "nur" ca. 60%.

Ein schwacher Trost für alle diejenigen, die entweder gleich nach Lesen des Angabenzettels aufgegeben haben, bzw. für jene, die in der wenigen noch verbleibenden Zeit dann Mikro "verhauten".

2.) Zu allem Überfluß sollten

die Ergebnisse der Klausur erst zwei Tage vor dem nächsten Prüfungstermin (4. Oktober) bekanntgegeben werden!

Erst nach Intervention von Fr. Ehrenreich (Prüfungsamt!), die Streissler darauf aufmerksam machte, daß zu diesem Zeitpunkt die Anmeldefrist bereits abgelaufen sei, erklärte sich Streissler bereit, einen Tag (!) vor diesem Anmeldeschluß für die Prüfung vom 4. Oktober die Klausurergebnisse bekanntzugeben.

3.) Der Gipfel dieser traurigen Geschichte professoraler Willkür:

Die TDP aus Politischer Ökonomie, Termin 4. Oktober 1988, Prüfungsteil Makroökonomie:

Der "neue" Angabentext war dem der letzten Prüfung sehr ähnlich. Ein bißchen kürzer, ein bißchen klarer, 5 Fragen - im Prinzip aber die gleiche Prüfung, obzwar etwas leichter.

Dafür war Mikro um einiges schwieriger als die letzten Male, auch darüber wird man jetzt reden müssen.

Ein Druckfehler, der erst nach der Prüfung als solcher identifiziert wurde, trug das seine zur allgemeinen Verwirrung bei. Dierker (blauäugig) tut angesichts der miserablen Mikroergebnisse so, als ob er die Welt nicht mehr verstünde ("...sehen Sie, ich hab da nur

zum Beispiel die simple Frage gestellt..., wenn man da drüber nur kurz nachdenkt, ist das doch ganz einfach..").

Was man von einer fairen Prüfung erwarten kann:

- * Einen Prüfungsmodus, der sich nicht plötzlich und unvorhergesehen verändert.
- * Das Risiko, das man natürlich bei jeder Prüfung eingeht, muß bis zu einem gewissen Grad kalkulierbar sein, d. h. der jeweilige Lernaufwand soll sich im Prüfungsergebnis niederschlagen (wer sich sehr gut vorbereitet hat, soll zumindest durchkommen).

- * Nicht zu viele, voneinander unabhängige Fragen, die aufgrund der angegebenen Literatur eindeutig lösbar sind.

- * Transparente Benotung.

Streissler ist ja geradezu berüchtigt für seine meist besonders schwierigen Prüfungen, die er dann umso milder beurteilt. Der Effekt: Das Benotungsschema greift nicht mehr, die Beurteilung wird willkürlich. Wenn die Fragen immer nur mehr oder weniger beantwortet werden, wie will man da halbwegs gerecht Punkte verteilen?

- * Selbstverständlich gilt es, Klausurergebnisse zeitgerecht bekanntzugeben - zumindest aber Wochen vor dem Anmeldeschluß für den nächsten (Wiederholungs-) Termin.

Die Hintergründe:

Es ist wohl nicht allein Streisslers Selbstdarstellungsdrang, der ihn diesmal gar zu literarischen Eskapaden getrieben hat, sondern vielmehr verbirgt sich dahinter ein grundlegender Konflikt zwischen Streissler und seinen Fachkollegen. Im Gegensatz zu Orosel, Dierker, Winckler und wohl den meisten anderen am Institut hat er nicht nur eine andere Auffassung von dem, was Ökonomie ist, sondern damit auch von dem, was eine Ökonomin

können sollte.

Ökonomische Kompetenz zeigt sich laut Streissler nicht allein durch das Lösen von "einfachen" Rechenbeispielen.

So weit, so richtig.

Trotzdem kann man von Studentinnen des ersten Studienabschnitts nicht verlangen, das Lehrbuchwissen derart zu beherrschen, um es auf jede mögliche und unmögliche, vor allem aber auch ungewohnte Fragestellung anwenden zu können.

Streissler ist mit der von Dierker, Orosel und Winckler ausgehandelten Prüfungsliteratur (Nicholson, Dornbusch/Fischer) nie sehr



glücklich gewesen, hat sich aber aus den Gesprächen immer mehr oder weniger herausgehalten.

Dieser schwelende Konflikt zwischen Streissler und dem Rest der Welt wird nun auf dem Rücken von uns Studentinnen ausgetragen: auch wenn es genug Gründe gibt, über eine prinzipielle Neugestaltung der ersten TDP - ja überhaupt des ersten Studienabschnitts - nachzudenken, so ist es nicht einfach hinzunehmen, daß Streissler nach dem Motto "Friß oder stirb" den Prüfungsmodus verändert und statt auf Gespräche auf die "normative Kraft des

Faktischen" setzt.

Was können wir tun?

1.) Die Studienrichtungsververtretung wird in der Studienkommission beantragen, folgende "Empfehlung an die Prüfer" zu beschließen:

Wenn ein Prüfer beabsichtigt, einen bekannten Prüfungsmodus abzuändern, so soll er sich vorher mit den Studentenvertretern und den Fachkollegen darüber beraten.

Jedenfalls ist eine allfällige Änderung des Prüfungsmodus mindestens ein Semester vorher bekanntzugeben.

Prüfungen sollen im allgemeinen folgenden Anforderungen gerecht werden:

- * Präzise und voneinander unabhängige Fragen

- * Die Fragestellungen müssen aufgrund der Prüfungsliteratur lösbar sein

- * Transparentes Beurteilungsschema

- * Zeitgerechte Bekanntgabe der Ergebnisse (jedenfalls aber drei Wochen vor dem Anmeldeschluß für den nachfolgenden Prüfungstermin)

Viel wichtiger

2.) ist es aber im Augenblick, Streissler mit diesen Forderungen zu konfrontieren!!!

Sollte er sich weigern, seinen nunmehr praktizierten Prüfungsmodus zu ändern, so bleibt uns als einzige Möglichkeit, den für die Koordination der ersten TDP aus Politischer Ökonomie Verantwortlichen (seit Herbst ist das E. Dierker) zu bitten, den Studentinnen in Zukunft die Möglichkeit zu geben, zwischen zwei Prüfern zu wählen...

(1) Nach dem gleichnamigen Roman von Fritz v. Herzmannsky-Orlando

(2) Streissler hat versucht (!), den Makro-Angabentext im Stil des obengenannten Romans zu halten.

Das Ende von "Pfui"

Ein leider allzu exemplarischer Artikel

Um sämtliche Artikel zu wirtschafts-, gesellschafts-, wissenschafts-, oder sonstige politischen Themen, die jemals im RBK abgedruckt wurden, zusammenzufassen, wäre wohl einer mehrbändige Ausgabe vorzuziehen. Somit soll hier nur ein Artikel erscheinen. Thematisch haben wir uns für ein Ereignis der jüngsten Vergangenheit entschieden. Das Problem besteht jedoch schon seit langem und - so ist zumindest zu befürchten - wird wohl auch noch die nächsten Jahre die Innenpolitik-Spalten der heimischen Medien füllen. Vielleicht irren wir uns aber auch - hoffentlich...



Schildburg, 1. Oktober 1999, gegen 16 Uhr. Fieberhaft laufen die Vorbereitungen des Roten Börsenkrach für die Jörg Haider-Schlußkundgebung vor den Nationalratswahlen am Stock-im-Eisen-Platz. Es gilt, ein Zeichen zu setzen. Wir entscheiden uns für "Ausgabe von potenzsteigernden Hormonen auch an Österreicher" als adäquate Reaktion auf Thomas Prinzorns Wahlkampfaußage, die Krankenkassen würden an in Österreich lebende Ausländer fruchtbarkeitssteigernde Medikamente oder ähnliches ausgeben. Ein Besenstiel dient als Stange für das Transparent. Mit von der Partie ist auch das "Pfui"-Plakat, das sich seit der Waldheim-Demo (1986) ob seiner universell gültigen Aussage schon zu vielen Anlässen bewährt hat. Wer hätte zu diesem Zeitpunkt geahnt, welch grausames Schicksal es wenige Stunden später ereilen sollte.

Um ca. 17 Uhr 30 hat sich bereits ein Gutteil der RBK-AktivistInnen in der Schildburg

eingefunden und es geht auf zur Kundgebung. Auf dem Weg zum Stephansplatz begegnen uns schon erste GegendemonstrantInnen, die Gegenveranstaltung zu Haider findet am Graben statt. Heide Schmidt, die sich wieder einmal (diesmal allerdings unfreiwillig) als Haiders liberales Feigenblatt präsentiert, trennt jedoch mit ihrer Wahlveranstaltung die Haider-GegnerInnen von seinen Anhängern. Der Rote Börsenkrach begibt sich anfangs unter die GegendemonstrantInnen,

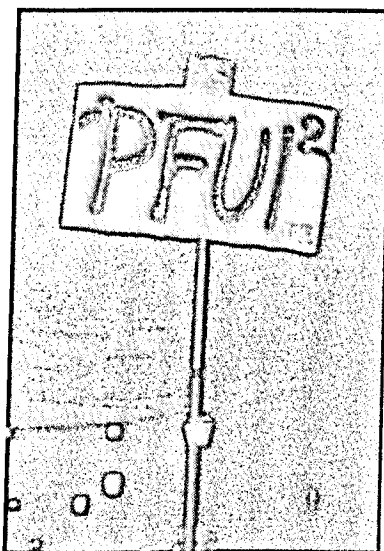
da aber von diesem Ende des Grabens von Haider nichts zu erkennen ist, zieht es die AktivistInnen schon bald in Richtung Stephansplatz. Auf dem Weg dorthin rennen wir, mit den schweren Plakaten, die uns die Sicht verstellen, beladen, ohne es zu bemerken, fast Heide Schmidt um, die sich nur mehr durch einen gewagten Sprung nach rechts retten kann. Wohl ein Fingerzeig für Heide, der in den folgenden Tagen wohl permanent recht ähnlich zumute gewesen sein muß.



Am Stephansplatz mischen wir uns unter die Masse der Haider-Anhänger, die, abgesehen von der anscheinend als Ordnungsdienst aufgebotenen freiheitlichen Jugend, hauptsächlich aus Pensionisten zu bestehen scheinen. Wir fallen recht schnell negativ auf, als wir den Auftritt von Hilmар Kabas nicht mit Applaus, sondern mit lauten "Buh"-Rufen quittieren. "Wos mocht's es do, Studentengsind l. Geht's woanders demonstriern!", erklärt recht deutlich ein älterer Herr. "Wievü zoihn's aich, des ihr so an Bledsinn mocht's?", will ein anderer wissen. Unsere Beteuerungen, wir seien nicht für Geld hergekommen, sondern um unseren Mißmut über die menschenfeindliche Politik der Freiheitlichen kundzutun, ernten lediglich Unglauben. Als Kabas zu seiner gewohnten Polemik über Asylmißbrauch und afrikanische Drogendealer ansetzen will, wird dies mit einem ausgeprägten Pfeifkonzert der GegendemonstrantInnen erwidert, die sich in der Zwischenzeit unter die Sympathisanten der Freiheitlichen gemischt haben. Von der Rede ist kaum noch ein Wort zu verstehen, wir schreien lauthals "Lügner!". Die um uns befindlichen Pensionisten werden immer ungehaltener - "gebt's jetzt des Plakat weg" - es kommt zu ersten kleineren Rempelen und Versuchen, das Transparent zu Boden zu reißen. Wir probieren, mit den Haider-Anhängern ins Gespräch zu kommen, um die Lage zu beruhigen. Ein Mann um die Vierzig tut lauthals seinen Unmut über die Politik von ÖVP und SPÖ kund. Er sei noch gar nicht sicher, wen er wählen wolle, er wolle sich den Haider nur einmal anschauen. So wie bisher könne es jedenfalls nicht weitergehen. Es müsse einmal jemand Ordnung schaffen, denn die Mieten seien unerträglich hoch und mit Verbrechen werde viel zu mild umgegangen. Er sehe nicht ein, warum Kriminelle im Gefängnis kostenlos psychologische Betreuung erhalten, während er, dessen Sohn sexuell mißbraucht worden sei, auch noch die Kosten für die Psychotherapie seines Sohnes selbst tragen müsse. In diesem Augenblick betritt der Parteichef selbst die Bühne, um zu einer seiner gefürchteten Reden anzusetzen. Ein durchdringendes Pfeifen und

Grölen begleitet seinen Auftritt. Darauf war Haider nicht vorbereitet. Nachdem er sich wieder gefaßt hat, begrüßt er die Menge mit folgenden Worten. "Wir Freiheitlichen sind eine echt demokratische Partei. Bei unseren Veranstaltungen sind auch unsere Gegner willkommen." Diese Aussage wird abermals von dröhnendem Protestgeschrei der GegendemonstrantInnen beantwortet. Die FPÖ-Anhänger teilen Haiders Meinung in diesem Punkt außerdem keineswegs. "Was wult's denn mit dem Plakat?, werden wir angeheischt. "Eine Beleidigung fia olle Östarreicha is des. Wos sull des mit da Potenz heißen? Schau ma vielleicht impotent aus?" Unsere Erklärungen zu Prinzorns Aussage bleiben unverstanden. "Er wird scho recht haben, der Prinzhorn!"

Die Situation wird immer aufgeheizter, man ist mit unserer Anwesenheit nicht mehr einverstanden, weil die Worte des Demagogen im allgemeinen Geschrei untergehen, und doch alle gekommen sind, um dem fieschen Jörg zu lauschen. "Ihr Studentenpack, es habt's ja nix zu tun. I weiß genau, wie faul ihr seit's, i hab da meine Quellen," meint eine Frau. "Geht's lieber was anständiges arbeiten, statt herumzubrüllen! Und überhaupt, was soll des "Pfui" auf dem Plakat? Gebt's des her!" Ein kleines altes Weib startet heftige Attacken auf das "Pfui"-



Plakat. Diese bleiben aufgrund ihrer geringen Größe jedoch vorerst erfolglos.

"Stopp dem Asylmißbrauch. Es kann nicht sein, daß Österreich ein Auffanglager für nigerianische Drogendealer wird, die unsere Kinder vergiften, wie es die links-linken Gutmenschen fordern," dröhnt es von der Bühne. Mittlerweile hat sich ein Mann mit starkem Akzent als vehementester Haider-Verfechter erwiesen. "Hier nur anständige Leute. Weg da. Wir euch hier nicht wollen!" Mit diesen Worten beginnt er, wild auf "Pfui" loszugehen, das sich in den Händen einer weiblichen Aktivistin befindet, was den Mann vor Gewaltanwendung aber nicht zurückschrecken läßt. Entsetzen läßt uns erstarren, als "Pfui" in

Fetzen zerissen wird. Auch die abgebrühtesten AktivistInnen sind fassungslos ob der Gewaltbereitschaft der Seniorenschaft. Wir weichen daher den schlagkräftigen Argumenten der Pensionisten, um uns in den sicheren Schutz der Masse der GegendemonstrantInnen zu begeben. Wenigstens "Ausgabe von potenzsteigernden Hormonen auch an Österreicher" können wir vor den Händen der blutrünstigen Pensionisten retten.

Kaum entronnen, mockiert sich eine mit Einkaufstaschen beladene Dame im Pelzmantel über die potenzsteigernden Hormone. Ob wir den glauben, wir können auf diese Art etwas erreichen. Wir sollen lieber zuhause bleiben, statt anständige Leute mit unseren perversen Transparenten zu schockieren.

Der Rote Börsenkrach in der Defensive. Aber es ist nicht so, daß sich alle über uns aufregen würden. Manche amüsieren sich köstlich über unser Plakat, es wird Motiv für Fotos und Videoaufzeichnungen, hoffentlich nicht nur der Stapo.

Nicht allen scheint der Sinn unserer Aussage jedoch klar zu sein. "Wieso brauch'n wir Österreicher Hormone. Wollt's des wirkli? Des sullter's fia die Tiakn fordern. Die ham's nötig. Außadem is des a Beleidigung fia die "leichten Mädchen". I hob da so meine Erfahrungen aus'm Puff. Die Tiakn brauchn imma so lang, daß die "leichten Mädchen" scho schreien, die brauch'n olle a hoi-ve Stund und wer'n net fertig. Die brauch'n des, wie haßt's "Viagra", oda so.", meint ein leicht angeheiterter Mann allen Ernstes. Da verwundern auch nicht Aussagen vom Rednerpult, der Bundeskanzler habe die Österreicher beleidigt, indem er "wohl schon in etwas weinseliger Laune" in einem Gespräch mit dem deutschen Kanzler Schröder die fehlende Lendekraft der Österreicher bemängelt habe.

PS.: Bei der Anti-Rassismuskundgebung wurde ein Plakat mit dem Text "Pfu!" eingeweiht...

Bank Austria

Alles einfach bleibt, sich geborgen zu fühlen:
Bank Austria Wohn-Milliarde.



bankaustria.com
 100 (mit der Vorwahl Ihrer Landeshauptstadt)

...wächst und ändert sich. Seine Vorstellungen vom Wohnen auch. Ob Sie Ihre Wohnung renovieren oder Ihr ...errichten wollen, wir unterstützen Sie mit maßgeschneiderten Finanzierungen und Forderungen. Wie Sie an mehr Infor- ...über die Wohn-Milliarde kommen? Nun, das ist kinderleicht: Kommen Sie einfach in die nächste Bank Austria oder in ein ...ungszentrum Bauen & Wohnen.

Mehr Bank  mehr Chancen.

Zwei Typen der Kapitalismuskritik und die Neoklassik

VON RICHARD STURN

Ich argumentiere in diesem Aufsatz, daß die neoklassische Ökonomie (worunter ich nicht nur die walrasianische Gleichgewichtstheorie, sondern die ganze auf der Basis des methodologischen Individualismus operierende Sozialtheorie, also etwa auch die Spieltheorie einschließe) mit Kapitalismuskritik des gehaltvollen Typus kompatibel ist. Dabei gehe ich nur en passant darauf ein, ob und inwiefern sie dafür hilfreich oder gar notwendig ist. Linke Neoklassik ist also möglich. Ungeklärt bleibt, ob die Kombinationsmöglichkeit: neoklassisch links bloß auf einer gewissen institutionellen Neutralität der Neoklassik als Wissenschaft beruht, oder ob ein tieferer innerer Zusammenhang besteht - und wenn ja, welcher. Gänzlich außer Betracht bleibt, durch welche anderen Theorieelemente die Neoklassik allenfalls ergänzt werden muß, um gehaltvolle Kapitalismuskritik treiben zu können.



Der "neoliberalen" Welle der späten siebziger und achtziger Jahre scheint jetzt eine Gegenbewegung zu folgen, die Markt und Kapitalismus wieder in ein kritischeres Licht rückt. Ein auffälliger Zug dieser wieder auflebenden Kritik ist das Aufleben bekannter Metaphern der Kapitalismuskritik, wenn auch teils in moderner Paraphrasierung (z.B. Glo-

1. "Globalisierungsfallen"

balisierungsfälle). Dies irritiert deshalb, weil dieser Typ von Metaphern, indem er das Schwinden politischer Handlungsspielräume suggeriert, oft eine lähmende Wirkung ausübt. Er impliziert im Grunde jene Botschaft, die anti interventionistische Makroökonomien in den siebziger Jahren als Politikineffizienz-Hypothese entwickelt haben.

Neben ihrer Robusttheorie haben Metaphern wie "Globalisierungsfalle" folgende wesentliche Eigenschaft: Sie projizieren das Unbehagen am Kapitalismus und die Mängel kapitalistischer Institutionen auf einen bestimmten Schlüssel *Mechanismus* (z.B. das *Wertgesetz*), eine Schlüssel-*Institution* (z.B. das Geld) oder eine charakteristische *dynamische* Eigenschaft (z.B. Globalisierung) - oder was jeweils dafür gehalten wird.

Die erfolgreichste - jedenfalls aber folgenreichste - kapitalismuskritische Doktrin dieser Art ist zugleich jene mit den abstraktesten Begriffen: der Marxismus. Der Marxismus schaffte es sogar, Konzepte wie "Wertgesetz" oder "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" zu nicht unwesentlichen Ingredienzen der Rhetorik historisch wirkungsmächtiger linker Parteien zu machen. Freilich gab es auch simplere denunziatorische Vokabeln wie Profitwirtschaft oder Markt-anarchie, die aber einen ähnlichen Charakter haben: Sie alle projizieren Kritik auf Organisa-

Die Hauptproblematik der Modelle dieser Schule lautet ungefähr: Eine systematische – und daher vorhersehbare – makroökonomische Politik, etwa zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, hat im Gegenwärtigen rationalen Wirtschaftssubjekt keine rationalen Gründe. Denn die rationalen Wirtschaftssubjekte werden ihr Verhalten immer immer in der Weise an die Politik anpassen, welche deren intendierte Ziele konterkariert und den politisierten Zustand reproduziert. Die pro- und antiauktoritären Vertreter einer solchen *Business cycle*-Theorie dürfen nicht mit den oft basismodernisch genannten Vertretern einer *anti-business cycle*-motivierten Politikskritik verwechselt werden. Letztere sind tendenziell „rationalitäts-skeptisch“ und basismodernistisch, während die Politikineffizienz-Theorie auf einer extremen Form eines bestimmten „Rationalismus“ beruht. Die rechten und linken Vertreter der Politikineffizienz-Theorie sind – im Gegensatz zu den Technokrat-Skeptikern – im allgemeinen meist „Fetischmoderaten“. Manchmal ist das Fehlen von Freiheitsgraden „angenehm“, weil man weder festzuredern noch überlegen muß, wie man mit diesen Freiheitsgraden umgeht.

nionsprinzipien und Tendenzen allgemeiner Art, welche dann wirkungsvoll dämonisiert werden. In diese Kategorie ist die heute vielzitierte Globalisierungsfalle einzureihen.

Daß diese Art der unkonkreten Kapitalismuskritik aus der Perspektive der neoklassischen Ökonomie kaum mit viel Kredit rechnen kann, versteht sich fast von selbst. Die institutionelle Naivität und die Verkenntung der Koordinations- und Allokationsfunktion von Märkten, welche diese kapitalismuskritische Rhetorik impliziert, offenbart sich im Säurebad der mikroökonomischen Analyse der einschlägigen Problemzusammenhänge.

2. Begriffe der qualitativen Differenz: Ausbeutung

Es gibt jedoch bei Marx zwei Begriffe, die sich von den bisher Genannten abheben: Ausbeutung und Entfremdung. Die beiden unterscheiden sich auf je verschiedene Art - und jeweils zu ihrem Vorteil - von jenen vagen Termini wie Globalisierungsfalle, deren Tauglichkeit zur kritischen Beleuchtung der Probleme kapitalistischer Marktwirtschaften fragwürdig ist. Fragwürdig unter anderem deshalb, weil sie eng mit der eingangs skizzierten, technokratischen falligen Politikineffizienz-These verknüpft sind. Und die kaum zu verstehen helfen, was an kapitalistischen Marktwirtschaften - gemessen an den Alternativen - problematisch ist².

Was ist Ausbeutung? "Ausbeutung" kann zunächst technisch-ökonomisch interpretiert und als Ausbeutungsrate "gemessen" werden. Ressourcen wie Arbeitskraft, Erdöl oder Boden werden in diesem Sinn "ausgebeutet", und zwar in fast jeder vorstellbaren Produktionsweise. Diese politisch irrelevante "werttheoretische" Interpretation von Ausbeutung hat auch einige Verwirrung gestiftet. In Wirklichkeit haben die meisten Linken, wenn sie von Ausbeutung gesprochen haben, fast immer die *ungerechte* Verteilung von Gütern, Macht und Vermögen im Sinn gehabt. Es ist dies eine Kritik am Kapitalismus, deren Bedeutung inhaltlich klar und für alle bekannten kapitalistischen Gesellschaften von konkreter Relevanz ist. Ich bezeichne Ausbeutung als kapitalismuskritischen Begriff der "qualitativen Differenz", weil die Gerechtigkeit neben "ökonomischer/technischer Effizienz" als *qualitativ separates* Kriterium der Bewertung sozialer Zustände eingefordert wird. Wer aber ein

solches Kriterium der Gerechtigkeit, oder von Rechten, einfordert, hält gleichzeitig an der (auch) *politisch zu regulierenden Verteilungsdimension* der Frage: "Wie sollen Menschen in großen Gesellschaften zusammenleben?" fest. Sie hält fest gegen all jene, die meinen, dies erübrige sich in kapitalistischen Marktwirtschaften, weil die Verteilungsvariablen *nichts anderes als* marktbestimmte Faktorpreise seien. Politische Philosophie werde durch die Emanzipation des Marktes von der Politik obsolet und gehe ohne Rest in der reinen Ökonomik auf. Eine *linke* Neoklassik ist von dieser Problemlage her nur dann möglich, wenn uns das neoklassische Paradigma nicht zu dieser Position zwingt. Da die Neoklassik einen Denkraum bietet, der Fragen der Allokation von Fragen der Verteilung zu trennen ermöglicht, ist diese notwendige Voraussetzung für eine linke Neoklassik erfüllt. Ideologisch rechtsgerichtete Neoklassik zeichnet sich vor dem Horizont dieser Problemlage typischerweise durch folgendes Syndrom aus:

- ein Hinunterspielen der Effekte asymmetrischer Macht (etwa des Monopolproblems);
- eine normative Überhöhung tatsächlicher Marktergebnisse, Marktpreise und effizienter Allokationen (i.e., eine gerechtigkeits-theoretische Deutung der Frage der Zurechnung des Produktionsertrags auf die Produktionsfaktoren);
- die rhetorische oder modelltheoretische Neutralisierung von Einkommens- und Vermögens-effekten.

Entfremdung und Reduktionismus

Was Entfremdung bedeutet, ist weit schwieriger zu resümieren. Deshalb - und weil er in den weitgehend von Engels geprägten "wissenschaftlichen Sozialismus" kaum integriert werden konnte -, war dieser Begriff in den marxistisch orientierten Massenparteien nicht sonderlich populär. Versuchen wir es so: Entfremdung entsteht wegen der Tendenz moderner Gesellschaften zu "Eindimensionalität". Der Markt als zentraler Koordinationsmechanismus kapitalistischer Ge-

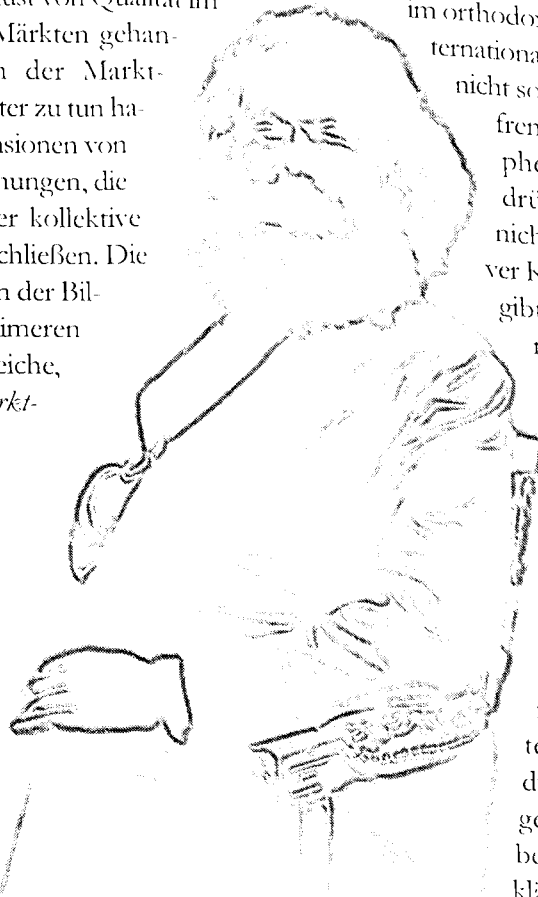
² Die politische Hauptwirkung des "Gesetzes vom tendenziellen Falls der Profitrate" war die Rechtfertigung des "Attentismus" der kautskyanischen Orthodoxie. Die politische Hauptwirkung des Postulats der Aufhebung des "Wertgesetzes" war die Rechtfertigung des Stalinschen Voluntarismus in der sowjetischen Industrialisierungsphase. Selbstverständlich können solche Auswüchse nicht die Unsinnigkeit der entsprechenden Konzepte definitiv belegen. Aber sie zeigen immerhin, daß sie problematische Sichtweisen sozialer Prozesse begünstigen.

sellschaften reflektiert oder produziert diese Ein-dimensionalität, indem er verschiedene Güterqualitäten vergleichbar macht. Die Vielfalt von Qualitäten - und das heißt: verschiedene Qualitäten von Wert - wird auf einen gemeinsamen Maßstab reduziert und typischerweise in Geld ausgedrückt. Diese Reduktion auf eine Dimension erfolgt aber nicht nur gedanklich. Am Markt erfolgt sie real. Es ist plausibel, daß diese reale Reduktion einen Verlust der verschiedenen Dimensionen von Qualität zur Folge haben kann. Dies wäre ein realer Verlust, *wenn*gleich er - der Natur der Sache nach - nicht in Geld ausgedrückt werden kann. Ein solcher Verlust muß aber nicht immer eintreten. Wenn es um "normale" Konsumgüter (Äpfel und Birnen) geht, erleben die wenigsten von uns einen Verlust von Qualität im Umstand, daß sie mit auf Märkten gehandelten und den Gesetzen der Marktallokation unterworfenen Güter zu tun haben. Anders bei jenen Dimensionen von Wert, die menschliche Beziehungen, die Identität von Personen oder kollektive "kulturelle" Identitäten einschließen. Die Arbeitswelt, die Institutionen der Bildung, die Politik, und die intimeren Beziehungen sind jene Bereiche, in denen *marktlücke oder markt-analoge* Reduktion³ einerseits eine Entfremdung von konkreten ("unverwechselbaren") Werten bedeutet und andererseits oft als Spannung, Bedrohung, oder Krise erlebt wird. Dies wird deutlich, wenn wir uns den Extremfall einer reinen kapitalistischen Marktwirtschaft vorstellen. Wenn *alle* Beziehungen zwischen Menschen nur Marktbeziehungen wären, dann wäre der Charakter eines Menschen als ein Nexus von Marktbeziehungen und -kontrakten zu denken. Beispielsweise wäre der Platz, den es in der "Arbeitswelt" einnimmt, ausschließlich durch das Preissystem definiert. Weder der konkrete Arbeitsprozeß noch das soziale Umfeld, die Beziehungen zu ArbeitskollegInnen *etwa*, hätten eine Bedeutung und wären eigene Quellen von Wert, die von dem verschiedenen sind, was sich in relativen Preisen ausdrücken läßt.

Selbstverständlich kann ein solcher sozialer Zustand nicht existieren. Weshalb dies unmöglich ist, sei hier offengelassen. Jedoch gibt es Entwicklungen in diese Richtung. Der Kapitalismus ist ein Stück weit durch solche Entwicklungen charakterisiert. Verschiedene Autoren nennen sie Entzauberung, Verarmung, Trivialisierung, Konsummentalität, Hegemonie des Marktes, Herrschaft der instrumentellen Rationalität, Effizienzdogma, stählernes Gehäuse der Hörigkeit.

Im marxistischen Sozialismus war die Abschaffung des Warencharakters der Arbeit (und anderer wesentlicher Aspekte) ein zentrales Ziel. Dieses Ziel läßt sich nur vor dem Hintergrund der Entfremdungskritik sinnvoll formulieren, obschon es im orthodoxen Marxismus der II. Internationale und gar im Leninismus nicht so gesehen wurde. Die Entfremdungskritik (oder Metaphern, die ähnliches ausdrücken) stand, wie gesagt, nicht im Zentrum progressiver Kapitalismuskritik. Aber es gibt nennenswerte Ausnahmen: Der frühe Marx, Syndikalisten wie Sorel, eine von Labriola bis Gramsci reichende Tradition im italienischen Marxismus, welche wie Sorel von einem der Begründer des "Kulturpluralismus" (Giambattista Vico) und Hegel beeinflusst wurde, die Frankfurter Schule. Es sind dies durchwegs Ansätze, die eine gewisse Sensibilität gegenüber der "Dialektik der Aufklärung" entwickelten. Dies ist kein Zufall. Denn die progressive Aufklärung war jene Strömung, die das, was ich oben als "Reduktion auf einen Wertmaßstab" bezeichnet habe, oft ethisch überhöhte und zur Grundlage ihrer rationalistischen Kritik an tradierten Institutionen machte.

³ Eine marktanaloge Reduktion liegt dann vor, wenn zwar keine institutionellen Märkte existieren und daher keine Marktpreise beobachtbar sind, die Menschen jedoch ihre Bewertungen "mental" in Form von "Schattenpreisen" vornehmen.



Musterbeispiel für diese rationalistische Kritik ist Bentham's Utilitarismus. Daß die Neoklassik utilitaristische Wurzeln hat, ist gut dokumentiert und in den Werken gerade ihrer frühen britischen Vertreter (Jevons) eindrucksvoll nachvollziehbar. In diesem Kontext läßt sich nun eine weitere mögliche Stelle des Ideologieimports in die Neoklassik verorten. Eine wichtige Form einer wegen ihres Reduktionismus ideologisch rechten Neoklassik ist nämlich um die Quasi-Verabsolutierung des Marktes als einzig tauglichem Allokationsmechanismus zentriert. In neoklassischem Rahmen ist dies gar nicht so ohne weiteres möglich, da es ja eine neoklassische Marktversagenstheorie gibt (deren Unterfütter übrigens auch dafür sorgt, daß die Neoklassik *keineswegs* allgemein eine "What is, is best"-Theorie ist).

Folglich bedarf es einer problematischen Interpretation des Coase-Theorems (die ungefähr lautet: "Bis zum empirischen Nachweis des Gegenteils hat man davon auszugehen, daß sich dezentrale Akteure ohne kollektiven Eingriff zur effizienten Lösung hinverhandeln."), um die staats- und politikfeindlichen Implikationen der ideologisch rechten Neoklassiker zu erhalten.

Auf der anderen Seite gibt es immer wieder neoklassische Theoretiker, die betonen, daß die Ökonomie nur einen Aspekt menschlicher Interaktionen abbilde und keineswegs für das Ganze genommen werden dürfe. Auch gibt es Theoretiker, welche die institutionelle Neutralität der individualistischen Ökonomik betonen oder als Neoklassiker sogar ideologische Präferenzen für die klare Überordnung der Politik über die Ökonomie in ihr Raisonement einweben (etwa Oskar Lange oder Abba Lerner). Denn trotz aller Tendenzen des "ökonomistischen Imperialismus" ist man als Neoklassiker nicht auf einen Reduktionismus verpflichtet, dessen Reichweite mit der Entfremdungs-Kritik am Kapitalismus inkonsistent wäre.

Dies ist wichtig, weil erst die Entfremdungskritik der gehaltvollen Kapitalismuskritik spezifisches Gewicht gibt, zumal die Macht- und Ausbeutungskritik gegen andere bekannte Systeme der Gesellschaftsorganisation zumindest ebenso stark trifft wie den Kapitalismus. Die Macht- und Ausbeutungskritik funktioniert ja eher auf der Ebene, die bürgerlichen Versprechen von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" seien in der kapitalistischen Realität nicht eingelöst. Die Kritik an der Entfremdung zielt hingegen zum Teil auf dieselben Phänomene ab, die nicht selten Angelpunkt konservativer Kapitalismus- und Kulturkritik ist: Konsummentalität, Ramsch-Tendenzen (Adorno ist in dieser Frage ein Konservativer), gemeinschaftssprengender Individualismus, Anomie, Bindungslosigkeit. Ähnliches hat auch schon Marx gesehen. Die Reichweite des Marktes war für ihn, wie vor ihm schon von Adam Smith - ausdehnungsgleich mit der Reichweite gewisser Formen von problematischem, aber auch freiheitsstiftenden Individualismus. Die beiden Phänomene bedingen sich wechselseitig. Marx hat das emanzipatorische Potential dieser Tendenzen durchaus im Stil der progressiven Aufklärung betont, eindrucksvoll etwa in den "Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie". Dieses Potential wird ihm zufolge jedoch im Kapitalismus nur als Gattungspotential entwickelt, von dem der einzelne, insbesondere aber der doppelt freie Lohnarbeiter, entfremdet bleibt. Die Lohnarbeiter sind jene Klasse, in welcher die vom Markt allgemein "aufgeherrschte" Reduktion aller Wertbezüge in einer dramatischen Verarmung kulminiert⁴.



⁴Von dieser Konstruktion her ist auch das Postulat begründet, das Proletariat sei historisch die erste unterdrückte Klasse, deren Interesse mit dem Menschheitsinteresse identisch sei.

Da manche Anhänger der progressiven Aufklärung es lieben, Metaphern "der qualitativen Differenz" vorwiegend hämisch zu kommentieren (unübertroffen immer noch die lakonische Prägnanz, mit der Bentham solche Begrifflichkeiten als "*nonsense upon stilts*" charakterisierte) ist es kein Wunder, daß sie mit "Entfremdung" nichts anfangen können. Zweitens ist einiges von diesen Begrifflichkeiten mitunter von "vormodernen" Illusionen genährt – oder sie nähren diese. Insofern sie jedoch Unbehagen gegen die moderne Tendenz der Einebnung von Wertqualitäten artikulieren, sind es Metaphern gegen die Utopie einer spannungsfrei durchrationalisierten modernen Welt. Es sind Begriffe, die konkret zu benennen helfen, was "falsch" ist an der kapitalistischen Marktwirtschaft anstatt deren Mängel auf abstrakte Konzepte und Mechanismen zu projizieren, deren Bezug zur "Lebenswelt" immer nur der einer anonymen, unfassbaren Bedrohung sein kann, die pauschal für alle Schlechtigkeiten verantwortlich gemacht wird. Politisch führen sie zu zwei Arten von Ideen: daß diese Mechanismen sich entweder selbst abschaffen oder mit einem Schlag abgeschafft werden. Solche Hoffnungen werden gewöhnlich mit der Vorstellung verbunden, alle Spannungen lösten sich dann auf. Die Neoklassik als Sozialtheorie hat immerhin den Vorzug, daß sie zur Kritik dieser schlechten, weil unkonkreten Kapitalismuskritik taugt und mit "guter" Kapitalismuskritik zumindest nicht unvereinbar ist.

Richard Sturn studierte bis 1982 Volkswirtschaft an der Uni Wien. Zur Zeit ist er Dozent am Institut für Finanzwissenschaft und Öffentliche Wirtschaft in Graz.

↗ Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

<http://www.wu-wien.ac.at/inst/roman/beigewum/kw.htm>

Jahresprogramm 1999

↗ **Heft 1: Internationale Regulierung und Demokratie**
Robert Guttman über Entwicklung des Finanzkapitals, Josef Melchior über Demokratisierung der EU, Karin Küblböck über Reformbedarf in IWF & Weltbank, Peter Wahler über NGOs als überschätzte Akteure, Christoph Scherrer über Sozialklauseln im Welthandel u.a.

↗ **Heft 2: Wien-Möglichkeiten alternativer Stadtpolitik**
Jens Dangschat über Stadtentwicklung und Segregation, Gerhard Melinz über das "Rote Wien", Albert Kaufmann über Zuwanderung und Wohnen u.a.

↗ **Heft 3: Transformation des Ökologischen**
Alain Lipietz über Politische Ökologie und Zukunft der Arbeit, Juan Martinez-Alier über ökologische Verteilungskonflikte und internationale Regulierung, James O'Connor über den 2. Widerspruch des Kapitalismus, Immanuel Stieß über die Nachhaltigkeitsdebatte u.a.

↗ **Heft 4: Verteilungsfragen**
Christian Dufour über Arbeitszeitverkürzung, Silvia Angelo über Verteilung & Geschlecht, Arne Heise über Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, Luise Gubitzer über Grundeinkommensmodelle u.a.

Jahresprogramm 2000

↗ Heft 1: Strategien des Antirassismus

↗ Heft 2: Leitbild Unternehmer - Neue Selbständige, Wettbewerbsstaat und Gesellschaftspolitik

↗ Heft 3: Kulturpolitik heute

↗ Heft 4: Die große Krise?

Jahresabo: öS 300.- (Stud.: 180.-); Einzelheft: öS 145.-
Bestellungen per Email: beigewum@iname.com Oder an:
Sonderzahl Verlag, Große Neugasse 35, 1040 Wien, Fax
58680704 - Probeheft anfordern!

Wirtschaft und Gesellschaft

Die heuer im 25. Jahrgang erscheinende Quartalszeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft" wird von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien redaktionell betreut. Sie beschäftigt sich sowohl mit österreichischen als auch internationalen Fragen der Wirtschaftspolitik, mit Wirtschaftstheorie, gelegentlich auch mit verwandten Bereichen wie Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Politikwissenschaft.

Die Zeitschrift wendet sich an alle, die an eingehenderen Analysen von wirtschaftspolitischen Themen interessiert sind. Bei der Auswahl und Behandlung der Inhalte wird großer Wert auf die Synthese aus Erkenntnissen der akademischen Wissenschaft mit der Praxis, der wirtschafts- und sozialpolitischen Realität, gelegt.

Ein Jahrgang umfaßt vier Hefte mit insgesamt rund 600 Seiten. Jedes Heft enthält ein Editorial, in dem zu aktuellen tagespolitischen Problemen Stellung bezogen wird, vier bis fünf Hauptartikel sowie mehrere Rezensionen kürzlich erschienener Fachliteratur. Fallweise erscheinen auch Beiträge in den Rubriken "Kommentar" und "Berichte und Dokumente" sowie längere Besprechungsaufsätze. Die Artikel stammen von in- und ausländischen Vertretern von Theorie und Praxis, aus Forschung und Lehre, von Unternehmen und Verbänden.

In den letzten Heften erschien u.a. ein Beitrag von G. Tichy über Wettbewerbspolitik und die 'Grenzen der Größe' (3/98), von M. Knell über Einkommensungleichheit und Wachstum (4/98), von B. Rossmann über die Budgetkonsolidierung in den EU-Staaten (1/99), von P. Egger und M. Pfaffermayr über die theoretischen Grundlagen der Globalisierungsdiskussion (1-2/99), von M. Krenn über betriebliche Flexibilisierung (1/99), von W. Brassloff über *New Labour and the Welfare State* (2/99), von J. Hartwig über die Notwendigkeit von Kapitalverkehrsbeschränkungen (3/99) sowie von J. Juchler über die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens (3/99).

Preise: Einzelnummer öS 120,- (DM 17,-), Jahresabonnement öS 360,- (DM 52,-), ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement gegen Vorlage einer Inskriptionsbestätigung öS 210,- (DM 30,-), jeweils inkl. Mwst.

Zu bestellen bei: Verlag ORAC, A-1010 Wien, Graben 17, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-142, e-mail: verlag@Orac.at. Dort kann auch ein kostenloses Probeheft angefordert werden.



Wien

Wie tot ist Marx? Und was ist mit den kleineren Lichtern?

Von der Wiederbelebung Marx'scher, Schumpeter'scher und Keynes'scher Ideen.

VON HARDY HANAPPI

Zuerst die gute Nachricht: Marx lebt. Nicht physisch klarerweise - aber wer lebt schon physisch. Bei allen lobenswerten, physischen Bemühungen zu leben kommt doch nur geistlose Fettleibigkeit heraus. Entsprechend weit daneben gehen auch die mehr als hundertjährigen Bemühungen von Bortkiewicz bis Sraffa und den kontemporären Restbeständen des Neoricardianismus dem Karl Marx posthum ein nicht-monetäres "Marxsches Modell" zu unterstehen. In den letzten 30 Jahren bestand der Hauptzweck dieses Konstruktes in seiner Verwendung als Punching Ball: Der angehende Ökonom durfte vor geistig versammelten Fachpublikum, den Peers, dem scheinbaren Marx-Modell logische Fehler nachweisen - was ihn als ernsthaften Ökonomen auswies und für höhere akademische Weihen empfahl.



Gewiß, außerhalb des Elfenbeinturms interessierten derart subtile Karriere Mechanismen keinen Menschen. Doch verweilen wir noch einen Moment im Panoptikum eitlem Hagestolzes, in der Welt akademischer Ökonomie - schließlich feiert diese Fest-Schrift die Etablierung der RBK genannten Subversion in diesem Zoo. Nur wenige, tatsächlich ernsthafte linke Ökonomen machten sich ab Mitte der 70er Jahre die Mühe etwas tiefer zu gehen. Es liegt ja auf der Hand: Erweitert man Modelle durch Endogenisierung zuvor exogener Variabler, so lassen sich zuvor als falsch bewiesene Aussagen (bis hin zur Arbeitswertlehre) mit entsprechender Dynamik der neuen Variablen wieder richtig machen. Es öffnet sich Pandoras Box. Die Häretiker taten dies nicht ungestraft, und das ist hier in zweierlei Weise zu verstehen: Erstens ist derartige Beschäftigung der Karriere abträglich und interessiert im akademischen Bereich keinen Menschen, weil, zweitens, tatsächlich nicht einzusehen ist war

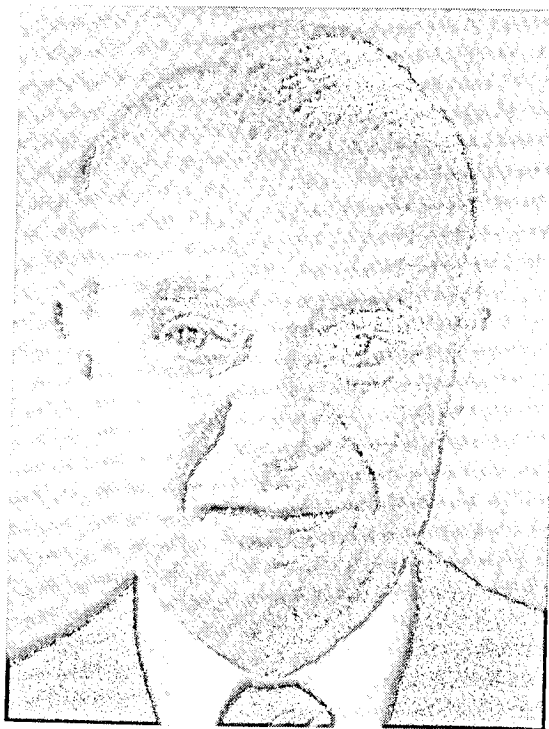
um es wichtig sein sollte was jemand vor 150 Jahren tatsächlich genau gemeint hat. Und wer, außer Erich Streissler, versauert schon gern im Winkel des "Experten für Dogmengeschichte" und selbst Streissler bricht mit wüsten, zwanghaft originellen, wirtschaftspolitischen Meldungen immer häufiger aus diesem Ausgedinge aus. Selbst Karl Marx hätte das nicht gut gefunden, ich kenne ihn ganz gut. Worauf es ankommt, hätte er gesagt, ist ob eine Theorie der Wirklichkeit adequat ist, sie als "Gedankenkonkretum" erfaßt, und nicht wer sie entwickelt hat. Und da hat er recht.

Inzwischen hat sich das Thema "marxistische Ansätze" im akademischen Bereich ohnehin erledigt. Niemand kennt das, niemand will das, es ist so uncool wie ein Thema nur sein kann. Wie komme ich dazu zu behaupten, daß Marx metaphysisch lebt? Nun ja - werfen wir einen Blick auf die wenigen einsatzbereiten, theoretischen Geräte des ökonomischen Maschinenparks, und wir werden an außerordentlich vielen Stellen Ideen

finden die von Marx stammen; auch wenn der selbst vieles was ihm richtig vorkam von anderen abgeschrieben hat. Werden diese Dinge verwendet, so erwähnt klarerweise niemand den verpönten Namen, doch das ist gleich, die Idee steckt im Instrument - sein Name ist egal.

Drei Beispiele

1. Der kürzlich verstorbene, ursprünglich aus der Sowjetunion gekommene Ökonom Leontieff galt als der Vater der Input-Output Analyse. Dieser Ansatz, dessen matrizenhafter Schatten vorzugsweise zweitklassige Mathematiker zum Theoremisieren zu verführen vermag, ist für praktisch anwendbare Analysen entwickelter Öko-



nomien zum Standardinstrument geworden. Die Verfügbarkeit entsprechenden Datenmaterials und seiner Abgleichung mit den Daten der National Accounts nimmt durch die großen Anstrengungen der Statistiker rapide zu. Hinzu kommt, daß die Verarbeitung solch schnell anschwellender Information, die Leontieff selbst bereits vor 50 Jahren nur mit einem Team von mehreren Dutzend Mitarbeitern bewältigen konnte, durch die modernen Informationstechnologien immer einfacher wird. Drimal darf geraten werden durch welche Einflüsse der junge Leontieff auf seine Ideen kam.

2. Die Idee Wachstum und Konjunktur in einem Modell untrennbar zu verbinden, ist eine der in-

teressanteren Wendungen der Ökonomie der Nachkriegszeit. Die berühmteste, konzentrierte formale Darstellung stammt vom ebenfalls vor kurzem verstorbenen Richard Goodwin. In seinen letzten Lebensjahren hat sich Goodwin einerseits mit einer Erweiterung seiner Wachstumszyklen auf sektorale Modelle und andererseits mit ihrer Verbindung zu chaotischen Systemen befaßt. Die durch seine Arbeit angeregten neueren Ansätze in Konjunktur- und Wachstumstheorie sind nicht nur formal anspruchsvoll und interessant, sie sind auch in Bezug auf die adequate Abbildung von realen Innovationsprozessen im Sinne der evolutionären Ökonomie wesentlich erfolgreicher als die gleichgewichtigen Spielereien der Real-Business-Cycle Schule. Richard war ein guter Freund des Historikers Erich Hobsbawm, heute Eric Hobsbawm, beide ungewöhnliche Marxisten der ersten Stunde.

3. Es wird heutzutage viel Aufhebens um die Berücksichtigung von Erwartungsprozessen, oder, allgemeiner gesagt, um die genaue Spezifizierung der Informationsprozesse innerhalb ökonomischer Prozesse gemacht. Ein wesentliches formales Hilfsmittel zur genaueren Darstellung dieser Vorgänge ist die Theorie strategischer Spiele. Ausgangspunkt zur Entwicklung dieses Tools war die Erfordernis das Auseinanderklaffen zwischen individueller und kollektiver Optimierung besser formal darstellen zu können - also in gewisser Weise das Gegenteil von Adam Smith's moralischer Unterstellung, daß 'private vices' im Kapitalismus gut für die Wohlfahrt aller seien. Schon Marx hatte Smith's Sicht auf ihre beschränkte Gültigkeit in der Weltgeschichte verwiesen: Die Unternehmerklasse hat ihre historisch wertvolle Rolle als Produktivitätsmaschine zu spielen, wie in jedem Stück endet diese Rolle aber irgendwann. Marx hatte ihren letzten Auftritt für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts angesiedelt - zu früh, wie sich gezeigt hat. Der strategische Kampf zwischen den antagonistischen Klassen wogte weiter und gewann neue Dimensionen - von der "Nationalökonomie" zur interdependenten Weltökonomie, von vormals klar sich polarisierenden, ideologisch sich purifizierenden Armen versus Reichen zu einem von Informationsverzerrungen gekennzeichneten Sumpf. Die Notwendigkeit analytischer Methoden zur Erarbeitung einer für jede Weltver-

besserungspraxis nötigen Theorie wird dadurch nur noch drängender. Die Weltverschlechterer haben es da leichter, obwohl auch bei ihnen eine gewisse Schlaueit sie zur Proklamierung der prinzipiellen Undurchschaubarkeit unserer Welt getrieben hat - Stichwort "Postmoderne". Die Aufgabe kontemporärer Analyse politischer Ökonomie besteht demnach aber immer noch - Marx folgend und über ihn hinausgehend:

- in der Identifikation der aggregierten sozialen Akteure (vormals Klassen),
- in der Konstruktion der Zusammenhänge zwischen diesen Akteuren (als analytisches "Gedankenkonkretum"),
- in der Simulation der sich daraus ergebenden theoretischen Dynamik, und schließlich
- in der Wahl der als historisch progressiv erachteten Ziele und der daraus folgenden Wahl der Strategien, der diesen Fortschritt vorantreibenden Akteure.

Die Theorie der strategischen Spiele ist - insofern sie nicht bloß endogene Sprachentwicklung betreibt (bezeichnenderweise das Hauptanliegen der meisten akademischen Protagonisten) - ein analytisches Instrument, das genau für diese Aufgabenstellung konstruiert zu sein scheint. Mit ihr steht uns also ein theoretisches Werkzeug zur Analyse in Marx'scher Tradition zur Verfügung, das die seit seinem physischen Tod entstandenen Komplikationen zu bewältigen vermag.

Viele weitere Beispiele könnten folgen um zu zeigen, daß überall dort wo kontemporäre ökonomische Theorie in progressivem Sinne praxisrelevant wird, ihr ein Herr in langem Mantel, mit Vollbart und langen Haaren über die Schulter blickt. Wir nennen seinen Namen nicht mehr, ihm wäre das auch nicht wichtig.

Wie hatte er sein bekanntestes Pamphlet beginnen lassen? Wie müßte es heute paraphrasiert werden: "Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des *Kapitalismus*. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd *angeführt von diesem Gespenst* verbündet, der Papst und die *Europäische Zentralbank*, Schröder und Jospin, grüne Außenminister und deutsche Polizisten." (nur die kursiv gedruckten Wörter wurden aktualisiert).

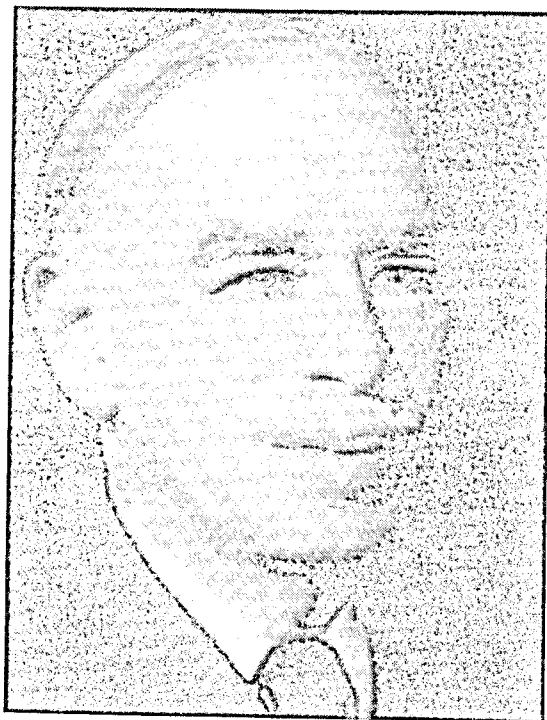
Dieses Gespenst versucht höchst real alle großen und kleinen Erfolge der Arbeiterbewegung rückgängig zu machen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, das große Geld von den ihm

durch die arbeitenden Menschen auferlegten Fesseln zu befreien - zu "liberalisieren". Es frißt die Sozialleistungen und Pensionen, knabbert an den Löhnen, verlängert und intensiviert die Arbeitszeit, zerstört die Bildungsmöglichkeiten und strafft die Ausbildung zum Erfüllungsgelhilfen. Vor allem aber gaukelt das Gespenst seinen Opfern gekonnt und von Informationstechnologien gestützt eine Scheinwelt vor, die sie multimedial paralysiert. Marx hätte das wohl als den Rückschritt von der "Arbeiterklasse für sich" zur "Arbeiterklasse an sich" bezeichnet - er hatte, ein Kind der Aufklärung, im 19. Jahrhundert das Umgekehrte vorgehabt, Emanzipation. Mit einem Wort, der Kapitalismus hat in den letzten 200 Jahren aus den Klassenkämpfen gelernt. Er ist abgeklärt statt aufgeklärt, cool wie man so sagt. Wie konnte das passieren?

Werfen wir einen Blick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, auf die im Titel erwähnten kleinen Lichter Schumpeter und Keynes. Marx war ein monetärer Ökonom, sein Hauptwerk beginnt er mit der Erklärung des Geldes und gibt dem dreibändigen Werk den Namen einer Geldmetamorphose - "Das Kapital". Die lebenden Menschen, zum Beispiel die menschlichen Individuen die sich als Unternehmer aufführen (der Bezug zum Theater ist gewollt) nehmen nur Charaktermasken, Rollen, in einem sich selbstständig machenden Verwertungszusammenhang an.

Der konservative Joseph Alois Schumpeter, der "bürgerliche Marx" wie er später bezeichnet werden wird, dreht diesen Gedanken um, behält aber das Drehbuch bei. Seine Helden sind die Unternehmer als Menschen. Da er knappe hundert Jahre nach Marx lebt muß er konstatieren, daß diese Helden als Menschen zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer schneller aussterben - das Zeitalter der großen, unpersönlichen Konzerne ist angebrochen. Wie Marx hält er also daran fest, daß das Ende des Kapitalismus abschbar ist - was ihn, den Konservativen, ein wenig melancholisch werden läßt. Wie Marx ist er bezüglich der zukünftigen Form des unvermeidlich kommenden Sozialismus agnostisch: Es ist nicht wichtig wie diese Form genannt werden wird und schwer vorhersagbar wie sie genau aussehen wird - sie wird jedoch sozialistische Züge tragen. Es sind diese Parallelen die Schumpeter interessant werden lassen. Er beobachtet den Prozeß, den Marx hundert Jahre zuvor vorherzusagen versuchte, wenn auch aus konservativer Per-

spektive und mit verdrehten Prämissen, so doch mit Akribie und wohltuend zynischer - geradezu feudaler - Distanz. Damit kann er für uns zum Zeitzeugen der Transformation des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts in denjenigen des 20. Jahrhunderts werden - nicht zufällig wurde der oben erwähnte Richard Goodwin sein Assistent in Harvard. Das ist umso erwähnenswerter als fast die gesamte restliche Profession in diesem Zeitraum mit der ideologischen Demontage des Pazits klassischer Ökonomie, also mit Marx, beschäftigt und daher blind gegenüber den realen Vorgängen war. Das Ungleichgewicht letzterer eskalierte denn auch in der großen Weltwirtschaftskrise der 30-er Jahre, gerade als nach ei-



nem halben Jahrhundert intensiver theoretischer Bemühungen konservativer Ökonomen bewiesen war, daß gerade das nicht passieren kann. So wichtig der ideologische Kampf gegen den Popanz "marxistische Ideologie" auch scheinen mochte, die Hilflosigkeit der ökonomischen Theoretiker der 30-er Jahre gegenüber den realen Verwertungsproblemen schrie förmlich nach einer neuen Ökonomenrolle: Auftritt Keynes. Die Rettung des Kapitalismus durch die Wiederentdeckung des Staatseingriffs wird bis heute als das Markenzeichen des zweiten kleinen Lichtes gehandelt. Viel mehr ist intellektuell auch nicht an ihm dran. Es war die Gunst der Stunde, daß genau dieser singuläre Gedanke zu genau diesem historischen Zeitpunkt dermaßen

Feuer fangen konnte. Bezüglich Karl Marx und seiner Theorie war Keynes, im Unterschied zu Schumpeter, schlicht und einfach ein Ignorant - ein eingebildeter Ignorant, um genau zu sein. Er hatte so gut wie nichts davon gelesen; was ihn oberflächlich mit Marx verbindet, ist sein Fokus auf monetäre Phänomene. Wie Hicks allerdings schon in seiner "islamic version" (ISLM-Version) der Keynes'schen Theorie klar macht, geht es im Kern immer noch um reale Variable. Der Unterschied zwischen Geld und Kapital bleibt als unaufgedecktes Atout im Talon - darüber sollen die Epigonen rätseln. Weshalb Keynesianismus überhaupt mit Marx'scher Tradition in Zusammenhang gebracht wird, kann wohl nur mit der unglücklichen Adoption der Keynes'schen Theoriefragmente durch die europäischen Sozialdemokraten erklärt werden. Nach Ablegung des unverstandenen Marx'schen Erbes - mit Rudolf Hilferding starb der letzte Versuch einer Etablierung - stand die Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg ohne Theorie, doch politisch einflußreich da. Der in den USA sich erfolgreich einbringende Keynesianismus wurde importiert und stieß vor allem bei den sozialdemokratischen Führern Europas auf offene Ohren. Die Macht sozialdemokratischer Führungskader war nämlich viel enger mit der Macht des Staates verknüpft als jene der konservativen politischen Kader, die immer noch mächtige Unternehmenspositionen in der Hinterhand hatten. Es liegt auf der Hand, daß Staatseinfluß, Verbesserung des Loses der Arbeiterklasse und Einfluß der sozialdemokratischen Parteien Hand in Hand zu gehen schienen: Keynesianismus war der Kapitalismus mit sozialistischen Antlitz. Was Keynesianismus interessant macht ist nicht Keynes selbst, sondern die keynesianische Praxis der Nachkriegszeit. In ihr spiegelt sich der stets neu ausgehandelte Kompromiss zwischen stärker gewordener Arbeiterbewegung und kapitalseitigem Wechselbad von Abwiegung und Unterwerfung. Theoretisch ist diese handwerklerische Praxis stets brustschwach geblieben, sodaß es nicht verwundert wie leicht sie mit der neokonservativen Welle der 80-er Jahre im Felde der Theorie hinweg gefegt werden konnte. Doch selbst was wir aus den Praxisansätzen des Keynesianismus lernen können ist höchst begrenzt. Als Akteur dessen Praxis nicht in einer theoretisch analysierten Basis fußt und dessen Wähler in einem ideologischen Nebel umherirren, den aufzuklären der keynesianische An-

satz nicht ermöglicht, ist der Keynesianer zunehmend - und historisch zu recht - vom Aussterben bedroht. Bestenfalls nützt uns das beobachtete Verhalten der Nachkriegszeit im selben Maße wie Schumpeters "Tatsachenbeobachtungen" (Eigendefinition Schumpeter) der Zwischenkriegszeit.

Es sollte nun klar sein, warum ich Schumpeter und Keynes in die Kategorie der kleinen Lichter sortiert habe - eine Wiederbelebung macht nur bei spezifischer Beatmung Sinn. Marx hingegen ist durch seine Auswirkungen in großen Teilen gegenwärtiger Forschung höchst präsent, wenn auch inkognito. Gewiß hat auch er sich in wichtigen Bereichen geirrt. Nur um zwei besonders eklatante Fehleinschätzungen zu nennen: Der Reallohn weist in den Industrieländern keinen langfristig sinkenden Trend auf und die Tendenz der Gleichmacherei aller Arbeiter vor dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals ist nicht eingetreten. Wo das Kapital vorkapitalistischen Ungleichheiten gegenüberstand hat es diese meist nicht beseitigt und in den kapitalistischen Grundwiderspruch Kapital-Arbeit transformiert, sondern sie in seinem Sinne vertieft und ausgenutzt - siehe Geschlechterunterschiede, Nord-Süd Konflikt und ähnliches. Doch diese und andere falsche Spekulationen verblassen gegenüber den bleibenden großen Leistungen - daher meine Einschätzung als "großes Licht".

Marx Theorie wurde aus drei Quellen gespeist: Der dialektischen Methode des deutschen Linkshegelianismus, der englischen klassischen Ökonomie und dem politischen Enthusiasmus der französischen utopischen Sozialisten. Erst in ihrer Synthese werden diese Elemente fruchtbar - und ihre Synthese ist bis heute nicht abgeschlossen. Über die formale Modellierung von Widersprüchen und ihrer Innovationskraft, vormals Dialektik, beginnen wir gerade erst nachzudenken. Das Hoffnungsgebiet evolutionäre Ökonomie ringt hier genauso um Begriffe wie Mathematiker a la Gregory Chaitlin, die am Rande des Zusammenbruchs des Hilbertschen Programmes stehen - der Satz von der Identität ist nach Gödels Attacke der letzte, verbliebene Domänstein. Wird die klassische Ökonomie von der Dialektik abgekoppelt, so bleibt das "sinnlich-übersinnliche Wesen des Geldes" im Dunkeln - und damit auch die Entwicklung der Kapitalform aus der Geldform. Daher das "metare Defizit" der Ökonomie, daher die Sei-

fenblase Keynes, daher die nach wie vor dummen, neuklassischen Versuche mit Erwartungen und Sonnenflecken. Und ohne einer integrierten Weiterentwicklung dieser beiden Ströme bleibt jeder voluntaristische Versuch, jede soziale Utopie, verwiesen auf ethisch-moralische Richtlinien. Auf Krücken also, mit denen Inkompetenz durch propagierten guten Willen kaschiert wird. Das Wesen der Krücke aber ist das Stolpern - und das hatten wir bereits.

Als der Nationalsozialismus Europa eroberte war seine stärkste Waffe die verzweifelte Orientierungslosigkeit der Arbeiter, der Kleinbürger, ja selbst der meisten Großbürger Europas. Gepaart mit neuer Informationstechnologie, dem Volksempfänger, wurde diese Ausgangssituation zum fruchtbaren Nährboden für Propaganda und Organisationsgeschick gestörter Faschisten. (Gourmet-Tip für Marx Leseratten zu diesem Thema: sein Artikel "Zur Judenfrage".) Was dann kam - und wie schnell es kam - hatten weder die Leute im Elfenbeinturm, noch das prospektive Kanonenfutter vor Ort vorhergesehen.

Wir befinden uns momentan in einer ungeheuren Umstrukturierung unserer Informationsumgebung, Orientierung ist so knapp wie Zeit und unsere Einbindung in vielfach verflochtene Prozesse schafft scheinbare Sicherheit genauso wie unabwägbares Risiko jederzeit herausfallen zu können. Einfache, einfach falsche, gewalttätige Slogans wirken da auf manche wie Vitamine. Ach ja, das bringt mich auf die schlechte Nachricht: Auch Adolf Hitler lebt.

Gerhard 'Hardy' Hanappi studierte Wirtschaftsinformatik an der Uni Wien und war Mitgründer der Basisgruppe Wirtschaftsinformatik (GGI - Gruppe Kritischer Informatiker). Zur Zeit ist er Dozent am VWL Institut der TU-Wien.

Leading the way



Austria Tabak

Acquisition of cigarette division
of Swedish Match

Exclusive Financial Adviser to Austria Tabak

August 1999, Austria



MATAV

Secondary Public Offering
USD 289m

Co-Lead Manager Institutional Offering
and Joint Lead Manager of Hungarian Public
Offering

June 1999, Hungary



PALFINGER

Initial Public Offering
EUR 42m

Lead Manager and Bookrunner

June 1999, Austria



Continental Bakeries

Continental Bakeries

Acquisition of a 100 % stake in Austrian
sweets and wafer producer Auer Blaschke
GmbH

Exclusive Financial Adviser to
Continental Bakeries
June 1999, Austria

Austrian Airlines

Austrian Airlines

Rights Issue
EUR 22m

Global Co-ordinator and Bookrunner

May 1999, Austria



SYNERGON

Synergon

Initial Public Offering
USD 53m

Joint Global Co-ordinator and
Joint Lead Manager & Bookrunner
of Initial Public Offering
May 1999, Hungary



Austria Tabak

Private Placement of 2,060,000
Ordinary Bearer Shares
EUR 129m

CA IB Investmentbank,
Goldman Sachs International
March 1999, Austria



Privatisation Agency

The Government of Bulgaria has sold a 60%
in Svilosa AD Svistov to an international
consortium

Adviser to the Privatisation Agency

February 1999, Bulgaria

ORFE

Orfe S.A.

Initial Public Offering
USD 20m

Lead Manager of IPO

December 1998, Poland



DO & CO

Initial Public Offering
USD 32m

Lead Manager

July 1998, Austria



EKB

EUROPAI Kereskedelmi Bank RT
Bank Austria and Citibank have sold 100% of
the shares of EKB to Citibank

Financial Adviser to the sellers

May 1998, Hungary

SOFTBANK S.A.

Softbank S.A.

Initial Public Offering
USD 38m

Lead Manager

April 1998, Poland

CA IB Investmentbank Aktiengesellschaft
Nikolungengasse 15
A-1011 Vienna, Austria
T: +43 1 588 84-2120 F: +43 1 588 84-6104
e-mail: ca.ib@ca-b.com

CA IB
The Investment Bank of the Bank Austria Group

Vienna, London, Milan, Paris, New York, Tel Aviv,
Belgrade, Bratislava, Bucharest, Budapest, Kiev, Ljubljana, Moscow, Prague, Sofia, Vilnius, Warsaw, Zagreb

Von der politischen zur wirtschaftlichen Emanzipation der Frauen

Wie Lohnunterschiede in der Ökonomie erklärt werden und was an ihnen dran ist

VON SYLVIA KAUFMANN

Frauen machen bekanntlich ca. 50% der menschlichen Bevölkerung dieses Planeten aus. Sie besitzen 1% von Grund und Boden. Der Frauenanteil im russischen Parlament ist von 33% im Jahre 1988 auf 10% im Jahre 1994 gesunken, die entsprechenden Zahlen für die Slowakei und Ungarn dokumentieren einen Rückgang von 30% (1986) auf 17% (1994) bzw. von 21% (1985) auf 11% (1994). In den westeuropäischen Ländern hatten 1995 nur Deutschland, die Niederlande und die Nordischen Staaten einen Frauenanteil von über 25% im Parlament. In den westeuropäischen Ländern lebten 1990 in einem Haushalt durchschnittlich 3 oder weniger Personen. Die Ausnahmen bilden Australien, Portugal und Spanien mit bis zu 4 Personen. In den gleichen Ländern (mit den gleichen Ausnahmen) sind mehr als 20% der Haushaltsvorstände weiblich. Der Anteil der Alleinerziehenden mit geringem Einkommen ist meist über 50%, und weltweit haben 80% bis 90% aller armen Haushalte einen weiblichen Familienvorstand. Häusliche Gewalt gegenüber Frauen ist Bestandteil in allen europäischen Ländern (und richtet nach in allen europäischen Ländern) üblich, die Zahl eigentlich auf der ganzen Welt) üblich, die Zahl der innerhalb eines Jahres der Polizei gemeldeten Fälle betrug in Österreich 12377, in Frankreich 13000 und in Großbritannien 50000. In Belgien, den Niederlanden und Norwegen gaben mehr als 20% der Frauen in verschiedenen Um-

fragen an, bereits häusliche Gewalt erfahren zu haben.

Doch bevor ich die Liste mit weiteren Zahlen auch aus nicht-europäischen Ländern fortsetze, die unglaublich erscheinen und weit erschreckender sind, werde ich hier innehalten und mich an das Sprichwort "Schuster(in) bleib bei deinen Leisten" halten. Ich beschränke mich im folgenden, wie es allgemein in der Wissenschaft gemacht wird, auf ein Gebiet, in dem von der Profession der Wirtschaftswissenschaften anerkannte Modelle schon vorhanden sind. Die Modelle werden gebraucht, um die Bestimmungsgründe der Lohnhöhe zu erklären. Dieses Gebiet ist mir wichtig, weil eine "gerechte" Lohnbestimmung m.E., nachdem sogar in der Schweiz die politische Emanzipation der Frauen im letzten Jahrzehnt auf allen Staatsstufen vollendet wurde, den Frauen nun auch die wirtschaftliche Emanzipation erlauben wird, mit anderen Worten es ihnen ermöglicht, ihren privaten Lebenslauf frei zu wählen, ohne daß ihnen dadurch ungerechtfertigte wirtschaftliche Nachteile in ihrem öffentlichen Leben erwachsen.

Aus der Mikroökonomie wissen wir, daß der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Der Lohn ist ein Preis, es gibt auch bei ihm zwei

1 Die folgenden Zahlen stammen alle aus Seaper (1998).

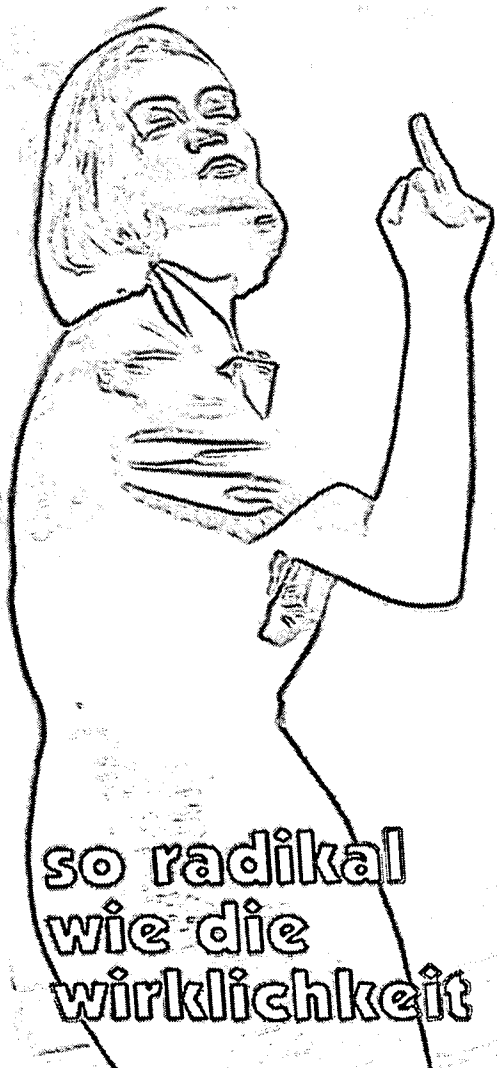
Marktseiten zu berücksichtigen. Merkmale des Angebots sind die Fähigkeiten, die eine Person über die Zeit für die Erwerbsarbeit angesammelt hat. Diese Fähigkeiten nennt man Humankapital, typische Maße dafür sind Ausbildung und Berufserfahrung. Arbeitsunterbrüche vermindern das Humankapital, wobei die Abschreibungsrate umso größer ist, je spezifischer das Humankapital (ein spezifischeres Humankapital benötigt in der Regel eine längere Ausbildungszeit, die mit höherem Lohn entschädigt wird). Für Frauen ist es damit optimal, eine Beschäftigung zu wählen, deren Abschreibungsrate bei Arbeitsunterbrüchen kleiner ist. Solche Beschäftigungen verlangen in der Regel weniger spezifisches Humankapital, werden daher mit geringerem Lohn entgolten. Alles Paletti! Es läßt sich nun bequem argumentieren, die beobachteten Lohnunterschiede lägen an der geringeren Ausbildung der Frauen oder aber an ihrer Wahl einer wegen vor-

auszusehenden Arbeitsunterbrüchen geringer entlohnter Arbeit (Polacheck, 1981 und 1995). Empirische Untersuchungen belegen aber - und das ist der Haken an der Sache - daß selbst wenn Ausbildung, Berufserfahrung und Arbeitsunterbrüche berücksichtigt werden, Lohnunterschiede bestehen. Mit anderen Worten: Selbst wenn eine Frau ohne Unterbruch erwerbstätig ist, erhält sie nicht die gleiche Entschädigung wie ein gleichermaßen ausgewiesener männlicher Kollege. Auch kann die "optimale" Berufswahl der Frauen nicht hinreichend Lohnunterschiede erklären. Eine Untersuchung stellte fest, daß die weiblichen Abschreibungsrate von Humankapital sich in unterschiedlichen Berufsebenen kaum unterscheiden (England, 1982). Eine Frau, die einer geringer entlohnten Beschäftigung nachgeht, erfährt bei Arbeitsunterbrüchen die gleiche Abschreibungsrate wie eine Frau, die eine Beschäftigung hat, die besser entlohnt wird.



Segregationsmodelle liefern Angaben über die zweite Marktseite, die Nachfrageseite. Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern können demnach (nona) entstehen, wenn besser bezahlte Arbeitsplätze vorwiegend von Männern besetzt sind, während schlechter bezahlte Arbeit vorwiegend von Frauen gemacht wird. Segregation kann erstens durch geschlechterspezifische Präferenzen (Frauen bevorzugen zum Beispiel eher Teilzeitstellen als Männer) entstehen. Sie kann - zweitens - auf unternehmensspezifische Einstellungspolitiken zurückzuführen sein. Dabei muß Diskriminierung nicht immer der Grund sein, für die Unternehmung kann es optimal sein, gleichgeartete Tätigkeiten gleichgeschlechtlich zu besetzen. Schließlich kann auch Marktunvollkommenheit ein Grund für die beobachtete Segregation in bestimmten Tätigkeitsfeldern sein. Anhand von Einstellungsgesprächen können oft die Fähigkeiten der sich bewerbenden Person nur schwer bewertet werden. Lassen wir den ersten und den letzten Punkt mal weg, und betrachten wir die empirische Evidenz für den zweiten etwas näher. Groshen (1990) versucht anhand von Angestelltenlöhnen aus fünf Firmengruppen (2 Produktions- und 3 Dienstleistungsunternehmen) den beobachtbaren Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern durch das Ausmaß der Segregation in einer bestimmten Berufsgruppe einer Unternehmensgruppe, in einer Unternehmung (unabhängig von der Beschäftigung) und

in einer Berufsgruppe einer Unternehmung (einer sog. Beschäftigungszelle) zu erklären. Es stellt sich heraus, daß die Segregation innerhalb einer Beschäftigungszelle am höchsten ist, d.h. Unternehmen besetzen gleichartige Beschäftigungen meist gleichgeschlechtlich. Der Erklärungsanteil dieser Größe am Lohnunterschied ist jedoch gering (6%). Die Segregation in einer Berufsgruppe einer Unternehmensgruppe ist generell kleiner als diejenige, die wir in Beschäftigungszellen finden, und sie ist höher in Dienstleistungs- als in Produktionsunternehmen. Ihr Erklärungsanteil am Lohnunterschied ist allerdings der höchste. Er beträgt 11% in Produktions- und 26% in Dienstleistungsunternehmen. Insgesamt erklärt Segregation aber nur rund 40% der Lohnunterschiede. Selbst nach der Einführung von Maßnahmen, die eine gleichverteilte Beschäftigung fördern würden, blieben die restlichen 60% bestehen.



Sind da dann doch nicht andere als nur objektive Kräfte am Werk? Auf welchen Prämissen steht das Humankapitalmodell überhaupt? Es erklärt, daß unterschiedliche Fähigkeiten einen unterschiedlichen Lohn begründen bei gegebener Technologie oder Produktionsweise. Und die Produktionsweise (Mix an Vollzeit- und Teilzeitstellen, Wichtigkeit der kontinuierlichen Arbeitsweise seien hier als exemplarische Parameter angegeben) ist eben so angelegt, daß im Durchschnitt das entlohnte Humankapital der Männer höher bewertet wird als dasjenige der Frauen. Es ist durchaus möglich, daß bei einem Produktionswechsel das Verhältnis umgedreht würde. Wir nehmen also implizit an, daß unter den verschiedenen Produktionsweisen (hoffentlich) die gesellschaftlich optimale gewählt wurde. Wenn dem nicht so ist, dann haben wir ein Insider-Outsider Problem. Einem Technologiewechsel, der ihr Humankapital relativ zu demjenigen der Frauen verringern würde, werden die Männer nur schwer zustimmen, verständlicherweise. Bei Sparpaketen werden die Jüngeren ja auch mehr zur Kasse gebeten, da sie noch nicht zu der Altersklasse der ParlamentarierInnen und der WählerInnenmehrheit gehören. Nachfrage seitige Diskriminierung wird dies genannt. Unternehmen stellen Personen mit den ihnen maßgeblich erscheinenden Fähigkeiten ein, die das bestehende System vorwiegend zugunsten der besserbezahlten im Unternehmen weiterführen werden. Frauenprobleme sind daher nicht nur Frauenprobleme. Deren Lösung ist nur möglich, wenn sich auch Männer in den Wandlungsprozeß einbinden lassen.

Die aufgezählten Studienergebnisse und die Modellkritik deuten darauf hin, daß heute Lohnunterschiede nicht mehr zum Hauptteil durch unterschiedliche Humankapitalbildung entstehen. Schul- und Weiterbildung ist ja grundsätzlich für alle zugänglich, und in den Ländern wo dies noch nicht der Fall ist, wird auf deren Wichtigkeit immer wieder (mit mehr oder weniger Erfolg) darauf hingewiesen. Dies widerspiegelt sich in einem Lohnverhältnis zwischen alleinstehenden Frauen und alleinstehenden Männern, das nahezu bei eins liegt (Blau und Kahn, 1992). Allerdings sinkt das Lohnverhältnis in europäischen Ländern bis auf 0,57 (für Österreich 0,66) bei verheirateten Arbeitenden. US Daten zeigen zudem auf (siehe Waldfogel, 1998), daß Verheiratete

(Männer und Frauen) nach wie vor mehr verdienen als Nichtverheiratete, daß der Einfluß des Zivilstands für Männer allerdings dreimal so hoch ist wie für Frauen. Während 1980 Kinder für Männer einen positiven Einfluß auf den Lohn hatten, war er für die Frauen negativ. Zu Beginn der neunziger Jahre verlor die Anzahl Kinder an Bedeutung für die Lohnbildung bei Männern, der Einfluß auf den weiblichen Lohn verstärkte sich aber. Das Resultat: Der Lohnunterschied zwischen Mütter und Nicht-Mütter ist Mitte der neunziger Jahre größer als der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männer. Vergleichsstudien für europäische Länder fehlen weitgehend, und ich nehme an, der Einfluß von Zivilstand und Kinder wird in Österreich wohl nicht so kraß ausfallen wie in den USA (wo Mutterschutz unbezahlt ist, weder durch öffentliche Finanzierung noch durch Vereinbarungen zur Finanzierung durch den Arbeitgeber). Die Resultate zeigen aber, daß bezahlter Mutterschutz sowie das Bereitstellen von für Mütter finanziell tragbaren Kinderbetreuungseinrichtungen zwei der wichtigsten Pfeiler im sozialpolitischen Bereich zur wirtschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter sind und es auch bleiben müssen. Jede Verlagerung des Schwergewichts der staatlichen Leistung, wie es ÖVP und FPÖ in der Diskussion diverser Karenzgeldmodelle neulich versuchten und sich im Wahlslogan letzterer "Karenzgeld für alle österreichischen Mütter" äußerte, bedeutet für Frauen lediglich eine Verlagerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Männer hin zur wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Staat. Zumal solche Transfers auch schneller wieder zu streichen als Kinderbetreuungseinrichtungen zu schließen sind.

LITERATUR:

- Blau, Francine D. und Kahn, Lawrence M. (1992), *The gender earnings gap: Learning from international comparisons*, *American Economic Review* 82, S. 533-538.
- England, Paula (1982), *The failure of Human Capital theory to explain occupational sex segregation*, *Journal of Human Resources* 17, S. 358-370.
- Polacheck, Solomon W. (1995), *Human capital and the gender earnings gap: A response to feminist critiques*, in *Out of the Margin: Feminist perspectives on economics*, eds. Edith Kuiper und Jolande Sap, Routledge.
- Polacheck, Solomon W. (1981), *Occupational self-selection: A Human Capital approach to sex differences in occupational structure*, *The Review of Economics and Statistics* 63, S. 60-69.
- Seager, Joni (1998), *Der Fischer Frauen-Atlas*, Fischer Taschenbuch Verlag.
- Waldfoegel, Jane (1998), *Understanding the "family gap" in pay for women with children*, *The Journal of Economic Perspectives* 12, S. 137-156.

Sylvia Kaufmann studierte Ökonomie an der Universität Bern und ist zur Zeit Assistentin am Institut für Wirtschaftswissenschaften and der Universität Wien.

Vom Nutzen und Nachteil der Neoklassik für das Verständnis von Arbeitsmärkten

VON ERNST FEHR UND SIMON GÄCHTER

In diesem Essay diskutieren wir die Rolle von Experimenten bei der Diskriminierung zwischen konkurrierenden Theorien. Wir illustrieren, dass die neoklassische Markttheorie unter bestimmten Bedingungen eine eindrucksvolle empirische Bestätigung erfährt. Allerdings sind diese Bedingungen - vor allem auf Arbeitsmärkten - kaum vorhanden. Wenn man hingegen die für Arbeitsmärkte typischen Bedingungen implementiert, wird die neoklassische Prognose unzuverlässig widerlegt. Dies illustriert, dass die Durchführung präziser Experimente die Produktion verlässlichen empirischen Wissens erlaubt, welches ideologische Glaubenskriege in wissenschaftliche Auseinandersetzungen überführt.



Gemäss der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie gibt es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Diese Theorie prognostiziert, dass bei ungehinderter Lohnbildung auf Wettbewerbsmärkten jeder zum herrschenden Lohnsatz einen Arbeitsplatz finden kann. Funktionieren Arbeitsmärkte, auf denen weder der Staat noch die Gewerkschaften die freie Lohn-

1. Muss man an die Neoklassik glauben?

bildung verhindern, tatsächlich nach diesem Muster oder gibt es gute Gründe, die an diesem Bild des Arbeitsmarktes zweifeln lassen? Bis vor nicht allzu langer Zeit wurden die Antworten auf solche Fragen in der Form von Glaubensbekenntnissen gegeben. Entweder man glaubte, dass der Wettbewerb Vollbeschäftigung erzeugt - oder man glaubte dies nicht. Der Grund für derartige Glaubens"kriege" liegt fast immer darin, dass die Methoden der empirischen Erkenntnisgewinnung zu stumpf sind. Die vorhandenen Daten und die Methoden zur Auswertung und Interpretation der Daten lassen es nicht zu, die offenen Fragen eindeutig zu beantworten.

Ökonomie wurde (und wird) von vielen Fachvertretern als eine Wissenschaft betrachtet, die im Gegensatz zu den Naturwissenschaften nicht über Evidenz verfügen kann, die aus kontrollierten Experimenten stammt. Ökonomische Ideen sind - dieser Sichtweise zufolge - eindrucksvolle Produkte rein intellektueller Überlegungen, gegen (für) die es - bestenfalls - ökonomische Evidenz gibt. In diesem Aufsatz wollen wir kurz einige methodologische Überlegungen anstellen, die diese Sichtweise in Zweifel ziehen. Daran anschliessend wollen wir zeigen, auf welche Weise die experimentelle Methode dazu beitragen kann, die obigen Fragen besser zu beantworten.

In den letzten Jahrzehnten hat die experimentelle Wirtschaftsforschung grosse Fortschritte erzielt. Die unserer Profession nunmehr zur Verfügung stehenden Methoden der experimentellen Forschung erlauben es, ökonomische Theorien **direkt** zu testen. Die Grundidee dieser Methoden ist sehr einfach: Es wird davon ausgegangen, dass es **allgemeine** Regularitäten im (ökonomischen) Handeln der Menschen gibt.

Menschliches (ökonomisches) Verhalten ist also nicht bloss durch den Zufall sondern durch systematische Gesetzmässigkeiten gekennzeichnet. Es wird weiter unterstellt, dass diese Gesetzmässigkeiten durch die Handlungsziele (Motive) der Akteure und durch die Umweltbedingungen (Anreize, Institutionen) bestimmt sind. Wenn es also beispielsweise zwei unabhängige Gruppen von Individuen gibt, die unter denselben Umweltbedingungen dieselben Ziele verfolgen, dann sollten dieselben Verhaltensregularitäten auftreten. Es ist in diesem Zusammenhang unerheblich, ob die eine Gruppe von Individuen im Labor agiert und die andere in der "Realität". Solange Ziele und Umweltbedingungen der Akteure in den beiden Gruppen identisch sind, sollten dieselben Verhaltensgesetzmässigkeiten auftreten. Nun ist die Realität natürlich erheblich komplexer als die Theorien zur Erklärung dieser Realität. In der Realität ist in der Regel eine Vielfalt von verursachenden Faktoren am Werk, während Theorien sich auf die als wesentlich erachteten Variablen konzentrieren und von den unwesentlichen Variablen abstrahieren. Beim Design von Experimenten ist die Vorgangsweise ganz ähnlich. Es werden die als wesentlich erachteten Motiv- und Anreizstrukturen implementiert, während von unwesentlichen abstrahiert wird. Es ist gerade diese Fähigkeit, von unwesentlichen Faktoren abstrahieren zu können, die Experimente zu wertvollen Werkzeugen der Produktion empirischen Wissens machen. Dies macht es möglich, die **Verhaltensprognosen** einer Theorie **direkt** und ohne störenden Einfluss von Variablen, die in der Theorie nicht vorkommen, zu testen. Derartige direkte Tests verlangen, dass man die Umweltbedingungen, die in der Theorie unterstellt sind, exakt im Labor implementiert. Wenn Theorien derartige Labortests systematisch **nicht** bestehen, gibt es keinen Grund, davon auszugehen, dass diese Theorien in der Realität relevant sind. Oder mit anderen Worten: Warum sollte die von einer Theorie prognostizierte Verhaltensregularität in der Realität auftreten, wenn sie im Labor - unter den Umweltbedingungen, die in der Theorie unterstellt sind - nicht auftritt? Wenn eine Theorie im Labor systematisch versagt, ist dies natürlich noch nicht das Ende des Forschungsprozesses. Man muss sich dann fragen, welche Verhaltensannahmen der Theorie verletzt sind. Es kann sich beispielsweise herausstellen, dass die Annahme der Rückwärtsinduk-

tion oder die Annahme rationaler Nutzenmaximierung verletzt ist. Es könnte aber auch sein, dass die Umweltbedingungen unter denen die Akteure handeln, systematisch andere Präferenzen hervorrufen als sie in der Theorie unterstellt sind. Durch weitere Experimente kann man jedenfalls die Versagensgründe von Theorien empirisch isolieren und somit zur Entwicklung einer verbesserten Theorie beitragen.

Ein grundlegendes Charakteristikum von Experimenten ist die *Kontrollierbarkeit* der Umweltbedingungen und - in vielen Fällen auch - der Präferenzen. Dies gestattet es dem Experimentator, einzelne Bedingungen bewusst zu verändern und so deren relative Bedeutung exakt herauszufinden. Mit anderen Worten, ein Experiment ist eine vom Experimentator bewusst kontrollierte *Realität*, um diejenigen Fragen zu studieren, die ihn interessieren und die es ihm erlauben, Ursache und Wirkung möglichst genau nachvollziehen zu können. In diesem Zusammenhang kann es durchaus sinnvoll sein, auch von solchen Variablen zu abstrahieren (d.h. ihre Wirksamkeit qua Design zu unterbinden), die man für **wesentlich** erachtet, um den Einfluss anderer, für **wesentlich** erachteter Variablen, empirisch isolieren zu können. Wenn ÖkonomInnen theoretische *ceteris paribus* Überlegungen durchführen, tun sie im Grunde nichts anderes.

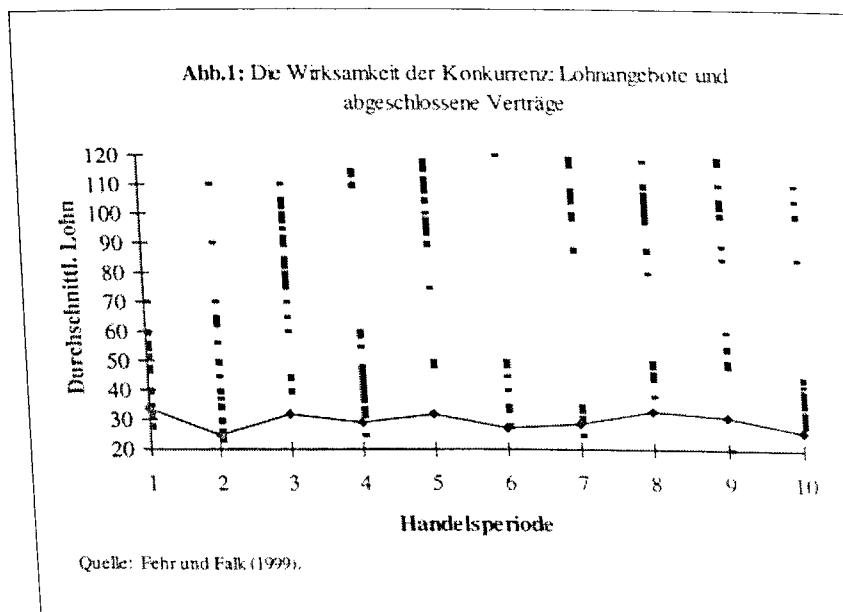
Um wieder auf unsere Fragestellung zurückzukommen: Wie kann nun die neoklassische Arbeitsmarkttheorie überprüft werden? Eine einfache experimentelle Versuchsanordnung ist wie folgt. Die TeilnehmerInnen am Experiment werden zufällig in die Rolle von "Firmen" und "Arbeitnehmern" aufgeteilt. Jede Firma hat einen Job anzubieten und jeder Arbeitnehmer kann einen Job annehmen. Firmen machen nun Lohnangebote an die Arbeitnehmer und Arbeitnehmer können Lohnforderungen stellen. Insgesamt gibt es 6 Firmen und 8 Arbeitnehmer. Wenn eine Firma einen Arbeitnehmer einstellt, verdient die Firma 100 Geldeinheiten und muss davon den ausgehandelten Lohn bezahlen. Wenn ein Arbeitnehmer einen Job annimmt, erhält er den vereinbarten Lohn. Wenn ein Arbeitnehmer keinen Job annimmt, dann verdient er oder sie 20 Geldeinheiten (eine "Arbeitslosenunterstützung"). Diese Geldzahlungen sind sogenannte "induzierte Präferenzen": Firmen ha-

ben ein Interesse möglichst geringe Löhne zu bezahlen und Arbeitnehmer, möglichst hohe zu erhalten. Man kann nun diese induzierten Präferenzen als Zahlungsbereitschaften, bzw. als Reservationspreise auffassen und somit Angebot und Nachfrage abbilden. Dies erlaubt es nun, theoretisch den Gleichgewichtspreis, sowie die Gleichgewichtsmenge zu bestimmen. In der geschilderten Situation wird somit ein Preis von 20 und 6 besetzte Jobs prognostiziert: Die kürzere Marktseite - in diesem Fall die Firmen - setzt sich durch. Die Löhne der Arbeitnehmer werden auf deren Reservationsniveau gedrückt und der gesamte Tauschgewinn geht an die Arbeitnehmer. Wir haben somit eine eindeutige, aus neoklassischen Prinzipien abgeleitete, Prognose. Wenn diese Prognose zutreffend ist, dann sollte sie auch in unserem Experiment beobachtet werden. Da nicht zu erwarten ist, dass Markträumung sofort funktioniert, wird im Experiment der Markt - unter völlig anonymen Bedingungen - mehrmals wiederholt - in unserem Experiment 12 mal. Die durchgezogene Linie in Abbildung 1 zeigt

Muss man also an die Neoklassische Markttheorie *glauben*? Wie dieses Beispiel zeigt, ist dies nicht notwendig. Die Laborexperimente sind ein taugliches Mittel, die Prognosen der neoklassischen (Markt-)theorie einer Überprüfung zu unterziehen, welche in diesem Fall die neoklassische Vorhersage eindrucksvoll bestätigen. Experimente erlauben also empirisches Wissen über die Stärken und Schwächen der Neoklassischen Markttheorie zu sammeln.

2. Soll man die Neoklassik lieben?

Man mag nun einwenden, "ein einziges Experiment ... was zeigt das schon?" Dieser Vorbehalt ist sicherlich berechtigt. Allerdings gilt auch folgendes: Experimente sind *replizierbar*. Mit Hilfe von Wiederholungen des gleichen (und/oder eines kontrolliert veränderten Designs) durch denselben oder andere ForscherInnen kann überprüft werden, ob es sich beim beobachteten Verhalten um ein einmaliges Ereignis oder um ein robustes Phänomen handelt.



die durchschnittlich pro Periode erzielten Löhne; die kleinen Querstriche zeigen die Lohnforderungen der Arbeitnehmer in jeder Periode. Da die Arbeitnehmer in der schwächeren Position sind, wird prognostiziert, dass sie sich unterbieten und dass die Lohnabschlüsse in der Nähe von 20 zu liegen kommen. Wie man aus der Abbildung 1 ersieht, ist das auch verblüffend genau der Fall! Dies gilt, obwohl die Arbeitnehmer in diesem Experiment fast nichts verdienen und der grösste Teil der Tauschgewinne an die Firmen geht!

Die Replikation verschiedenster Marktexperimente mit diversen institutionellen Preisbildungsmechanismen hat eine der eindrucklichsten empirischen Regularitäten zutage gefördert, welche die experimentelle Wirtschaftsforschung bis dato aufzubieten hat: Unter ähnlichen Voraussetzungen wie im vorherigen Experiment geschildert, konvergieren Preise und Mengen verlässlich und meistens recht schnell zum Marktgleichgewicht. Dies gilt auch unter so starken Bedingungen wie *zufällig* schwankenden oder sehr asymmetrischen Angebots- und Nachfragefunktionen, bei Doppelauktionen (wo beide Marktseiten bieten können); bei einseitigen Auktionen; bei Märkten mit einmal gesetzten Preisen, etc. Die Darstellung der Marktexperimente in Kagel and Roth (1995) dokumentiert eindrucklich die Stärke der Neoklassischen Marktprognose.

Handelt es sich also um einen Sieg auf ganzer Linie? Soll man dieser empirischen Erfolge wegen die Neoklassik *lieben*? Oder darf man trotzdem zweifeln?

3. Darf man an der Neoklassik zweifeln?

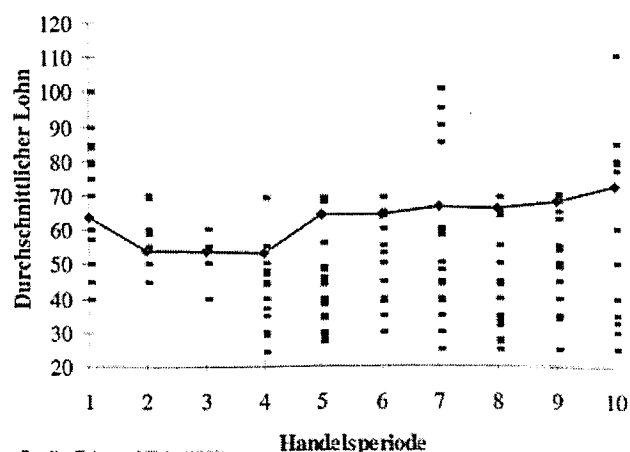
Wenn man sich diese experimentellen Versuchsanordnungen genauer vor Augen führt, dann kommen einem schnell Zweifel an der adäquaten Modellierung des (Arbeits-)marktes. Das Hauptproblem ist das folgende: In diesen Experimenten wird unterstellt - und so wird es auch experimenteltechnisch umgesetzt - dass ein homogenes, wohlspezifiziertes Gut getauscht wird. Eine entscheidende Einsicht aus vielen Forschungsjahren (siehe z.B. Milgrom and Roberts 1992) ist allerdings die Überlegung, dass der Arbeitsvertrag nicht dasselbe ist, wie der Vertrag zur Lieferung von, sagen wir, 1000 Litern Erdöl. Diese Lieferung ist - zumindest approximativ - durch einen vollständigen Vertrag gekennzeichnet, während im Arbeitsvertrag nur die allerwichtigsten Dinge festgehalten sind. Worauf es am meisten ankommt - die gute Erledigung des Jobs - ist nur sehr schwer bis gar nicht auf eine durchsetzbare Art durch einen Arbeitsvertrag regelbar. Die Arbeitsbeziehung ist vertraglich unvollständig geregelt und räumt daher dem Arbeitnehmer (und der Firma) beträchtliche Handlungsspielräume ein. Welche Konsequenz hat nun diese Unvollständigkeit, die unseres Erachtens konstitutiv für die Arbeitsbeziehung ist, für die Preisbildung? Setzt sich auch hier die neoklassische Prognose durch?

Um dies zu untersuchen, haben wir folgendes Design (aufbauend auf Fehr, Kirchsteiger und Riedl 1993) entwickelt: Unser Design unterscheidet sich vom Experiment aus Abbildung 1 durch die Existenz einer zweiten Stufe. Arbeitnehmer, die ein Lohnangebot akzeptieren, haben einen Arbeitsvertrag abgeschlossen und müssen nun auf der zweiten Stufe ihre *Arbeitsleistung* festlegen. Im Experiment ist das Leistungsniveau durch eine Zahl (zwischen 0.1 und 1) festgelegt, die von den Arbeitern zu wählen ist. Je höher die Zahl, desto

größer sind für den Arbeitnehmer die Kosten der Leistung und desto größer ist für die Firma der Gewinn. Die steigenden Kosten der Arbeitsleistung bilden das monetäre Äquivalent des höheren Arbeitsleids, das mit einer grösseren Arbeitsanstrengung verbunden ist, ab. Ein Arbeitnehmer hat daher *ceteris paribus* ein Interesse, die Arbeitsleistung möglichst gering zu wählen, während die Firma an einer möglichst hohen Arbeitsleistung eines Arbeitnehmers interessiert ist.

Der Arbeitsvertrag in diesem Experiment ist unvollständig, da die Firmen kein Leistungsniveau vorgeben und vor allem *durchsetzen* können. Der Arbeitsmarkt ist - wie vorher - als kompetitiver Markt implementiert, da wir vor allem an der Frage interessiert sind, ob es soziale Kräfte gibt, die auch in Konkurrenzmärkten systematische Abweichungen von der traditionellen Wettbewerbsprognose erzeugen. Wenn solche Kräfte sogar in kompetitiven Märkten auftreten, kann man vermuten, dass sie in weniger kompetitiven Situationen erst recht eine grosse Rolle spielen. Bei Abwesenheit von solchen sozialen Kräften ist die theoretische Prognose recht einfach: Da die Wahl eines höheren Leistungsniveaus für einen Arbeitnehmer mit höheren Kosten verbunden ist, wird er immer nur das niedrigste Leistungsniveau wählen, weshalb die Firmen ihre Arbeitnehmer nur zu deren Opportunitätskosten entlohnen werden. Sie können diesen Lohn auch durchsetzen, da es mehr Arbeiter als Jobs gibt. Kein Arbeiter erhält somit eine Jobrente und es gibt deshalb auch keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Die Pro-

Abb. 2: Konkurrenz und trotzdem starre Löhne!



Quelle: Fehr und Falk (1999).

gnose ist also dieselbe wie im vorherigen Experiment. Das Ergebnis, hingegen, ist dem aus Abbildung 1 diametral entgegengesetzt. Die durch gezogene Linie in Abbildung 2 zeigt wiederum die durchschnittlich pro Periode erzielten Löhne; die kleinen Querstriche zeigen die Lohnforderungen der Arbeitnehmer in jeder Periode. Trotz heftiger Konkurrenz und trotz Unterbieten pendeln sich die Löhne nun nicht knapp oberhalb von 20 sondern im Durchschnitt bei etwa 60 ein! Es gibt auch keinerlei sichtbare Tendenz, dass die Löhne mit der Zeit zu sinken beginnen.

Wir haben also gelernt, dass die Neoklassische Marktprognose bei weitem nicht so allmächtig ist, wie es die zahllosen Studien nahegelegt haben. Wenn Verträge, die Tauschbeziehungen regeln, unvollständig sind, es also einen Verhaltensspielraum der Vertragsparteien gibt, dann führt auch heftige Konkurrenz nicht notwendig zu Markträumung. Es kann also wieder mit guten Gründen an der Neoklassischen Marktprognose gezweifelt werden.

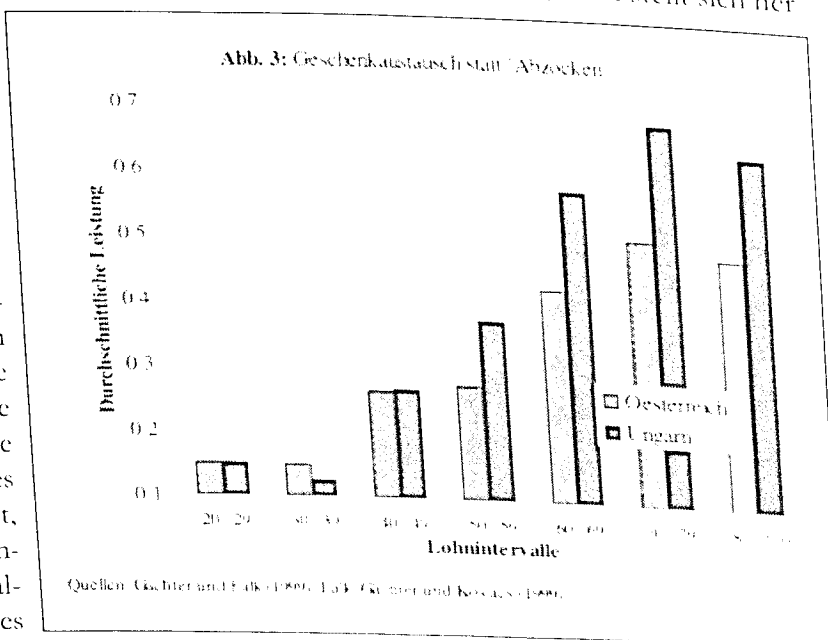
4. Gibt es Hoffnung?

Worin liegt nun der Grund für dieses Ergebnis? Wenn man sich die Prognosen sowohl bei vollständigen als auch bei unvollständigen Verträgen genau ansieht, so stellt man fest, dass eine spezielle Annahme über das Verhalten getroffen worden ist: Es wird angenommen, dass sich die Vertragsparteien, um mit Williamson (1985) zu sprechen "eigennützig mit Hinterlist" verhalten, d.h., dass die Arbeitnehmer jedenfalls immer das niedrigste gerade noch vertretbare Leistungsniveau wählen werden. Die Firmen haben deshalb keinen Grund, diesem selbstsüchtigen *homo oeconomicus* mehr als den minimal nötigen Lohn zu bezahlen. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, ist diese Prognose aber nicht eingetreten. Woran liegt das? Auch hier bietet die experimentelle Wirtschaftsforschung wichtige Einblicke. Mit dieser Methode lässt sich überprüfen, ob es sich nur um "Fehler" handelt, oder ob der beobachteten Lohnrigidität ein anderes Verhaltensmuster als dasjenige des

homo oeconomicus zugrundeliegt. Abbildung 3 gibt über ein Verhaltensmuster Auskunft, von dem wir auf Grund unserer experimentellen Forschung glauben, dass es das Verhalten von sehr vielen Menschen kennzeichnet.

Abbildung 3 zeigt die tatsächliche Leistungswahl von Subjekten in der Rolle der Arbeitnehmer in einem Experiment, in welchem die Arbeiter in jeder Periode einen strikten Anreiz hatten, die minimale Leistung (von 0,1) zu wählen. Mit anderen Worten, der *homo oeconomicus* wählt unabhängig vom Lohn in jedem Fall die minimale Arbeitsleistung. Tatsächlich machen aber die meisten Arbeitnehmersubjekte ihr Verhalten von der Grosszügigkeit der Lohnzahlung der Firmen abhängig. Wenn die Firma einen grosszügigen Lohn bezahlt, dann sind die meisten Arbeitnehmersubjekte auch bereit, mehr als die minimale Leistung zu erbringen. Mit anderen Worten, die meisten Subjekte verhalten sich *reciproc*. Experimente dieser Art wurden in mehreren Ländern durchgeführt. Abbildung 3 zeigt die Ergebnisse von Experimenten in Oesterreich und in Ungarn. Wie man sieht, ist das Verhaltensmuster qualitativ identisch und offensichtlich kulturunabhängig, auch wenn es quantitative Unterschiede gibt. Dieses Verhaltensmuster des "Geschenkaustausches" liegt auch der bekannten Effizienzlohntheorie von Akerlof (1982) zugrunde, die hiermit eine klare Bestätigung erfährt.

Wenn man das Verhalten der Arbeiter auf individueller Ebene betrachtet, dann stellt sich her



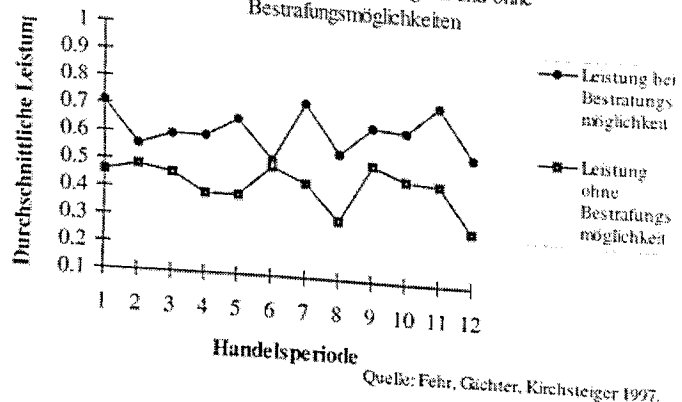
aus, dass die im Aggregat beobachtbare positive Lohn-Leistungsbeziehung nicht bloss ein statistisches Artefakt ist. Mehr als 50 Prozent der Arbeiter legen reziproke Verhaltensweisen an den Tag. Diese Ergebnisse zeigen, dass positive Reziprozität in den betrachteten Wettbewerbsmärkten eine bedeutende Rolle spielt und für beide Tauschpartner effizienz erhöhend wirkt.

Es gibt aber auch rein egoistische Verhaltensweisen - Arbeiter die immer die niedrigste Leistung wählen. Deren Anteil schwankt in unseren Experimenten zwischen 20 und 40 Prozent. Diese Ergebnisse zeigen, dass der *homo oeconomicus* und der *homo reciprocans*, wie wir den reziprok motivierten Menschen bezeichnen wollen, koexistieren. Offensichtlich ist es in diesen Marktexperimenten so, dass genügend viele Menschen reziprok motiviert sind, so dass es für die Firmen lohnend ist, hohe Löhne tatsächlich zu bezahlen. Sie können dabei in Kauf nehmen, dass sich manche Arbeitnehmer auch wie "Abzocker" verhalten und die Firmen ausnützen. Auf das Aggregat, d.h. den realisierten Lohn, haben sie hier wenig Einfluss.

Reziprozität hat hier offensichtlich eine effizienzsteigernde Wirkung da höhere Arbeitsleistungen eine höhere Gesamtauszahlung bedeuten. Allerdings ist es so, dass in dieser einfachen Situation nur die Arbeitnehmer in einer Position sind, in der sie reziprok auf das Verhalten der Firmen reagieren können. Egoistische Arbeiter werden jedenfalls die Situation zu ihren Gunsten ausnützen. Diese Modellierung ist sicherlich "extrem". Häufig werden in Arbeitsbeziehungen, die ja in der Regel langfristig sind, die Firmen Gelegenheit haben, sich ebenfalls reziprok auf das Verhalten der Arbeitnehmer zu beziehen. Wenn sich Firmensubjekte reziprok verhalten, dann kann dies zu einer Disziplinierung der eigennützigen Arbeitnehmer führen, beispielsweise dadurch, dass sie von der Firma für ihr Leistungsverhalten "bestraft" werden. Bei einer reziproken Strafandrohung ist es auch im Interesse

von eigennützigen Arbeitnehmern, nicht die minimale Leistung zu wählen. Diese Intuition wird durch experimentelle Resultate erhärtet. Abbildung 4 zeigt das Leistungsverhalten in einem Experiment, in welchem die Firmen - auf einer 3. Stufe - noch die Möglichkeit hatten, den Arbeitnehmer für sein Verhalten zu bestrafen. Wenn eine Firma bestraft, dann wurde der Gewinn des Arbeitnehmers reduziert; allerdings musste die Firma auch Kosten aufwenden, um zu bestrafen.

Abb. 4: Die Disziplinierung des *homo oeconomicus* durch den *homo reciprocans* - Leistung mit und ohne Bestrafungsmöglichkeiten



Rein eigennützige Firmen werden deshalb sicherlich nie bestrafen; reziproke Firmen hingegen schon.

Wie aus Abbildung 4 ersichtlich ist, erlauben diese erweiterten Reziprozitätsmöglichkeiten noch eine weitere Effizienzsteigerung, da die tatsächlich im Durchschnitt beobachtete Leistung über der des zweistufigen Experiments, in dem solche Bestrafungen durch die Firmen nicht möglich waren, liegen. Reziprozität erlaubt die Lukrierung von Effizienzgewinnen, die der *homo oeconomicus* alleine nicht in der Lage wäre zu realisieren.

5. Schlussbemerkungen

Diese Ergebnisse erlauben nun eine Neubewertung der Neoklassischen Markttheorie. Zum einen zeigen sie, dass für ÖkonomInnen die Neoklassische Theorie nicht eine reine Glaubenssache darstellen muss, sondern dass sie der empirischen Prüfung zugänglich ist. Unter bestimmten Voraussetzungen - wie vollständige Verträge und symmetrischer Information - ist sie sicherlich eine ernst zunehmende Theorie über die

zu erwartenden Ergebnisse ökonomischer Interaktionen.

Für das Verständnis von Arbeitsmarktzusammenhängen ist sie bestenfalls ein Startpunkt - ein, wenn auch sehr gewichtiges, Referenzmodell. Arbeitsmärkte müssen unserer Meinung nach aus der Perspektive unvollständiger Verträge her verstanden werden. Unter diesen Voraussetzungen spielen dann soziale Normen und Verhaltensweisen wie Reziprozität eine zentrale Rolle. Eine mittlerweile sehr grosse Anzahl von Experimenten - wir haben hier nur einen Teil erwähnt und verweisen den interessierten Leser auf Kagel and Roth (1995) - zeigen eindeutig, dass der *homo oeconomicus*, welcher der Neoklassischen Markttheorie zugrunde liegt, nicht allein auf dieser Welt ist. Er wird vom *homo reciprocans* in Schach gehalten, der - vorausgesetzt die institutionellen Rahmenbedingungen stimmen - das aggregierte Ergebnis sozialer Interaktionen nachhaltig beeinflussen kann. In diesem Sinne besteht Hoffnung, dass häufig mehr Effizienz erreicht werden kann, als der neoklassische *homo oeconomicus* im Stand wäre, zu realisieren. Bowles (1998) enthält eine äusserst aufschlussreiche Diskussion über die Implikationen dieser und verwandter Ergebnisse für unser Verständnis von Märkten und anderen sozialen Institutionen. Wir glauben, dass diese Einsicht zentral für das Verständnis vieler Arbeitsmarkt- und anderer sozialer Phänomene ist.

Market", *Journal of Political Economy* 107, 106-134.

Fehr, Ernst, Simon Gächter, and Georg Kirchsteiger (1997): "Reciprocity as a Contract Enforcement Device", *Econometrica*, Vol. 65, No. 4, 833-860.

Fehr, Ernst, Georg Kirchsteiger and Arno Riedl (1993): "Does Fairness Prevent Market Clearing? An Experimental Investigation", *Quarterly Journal of Economics* 108, 437-460.

Gächter, Simon and Armin Falk (1999): "Reputation or Reciprocity?", IEF Working Paper No. 18, University of Zürich.

Kagel, John and Alvin Roth (1995): *The Handbook of Experimental Economics*. Princeton: Princeton University Press.

Milgrom, Paul and John Roberts (1992): *Economics, Organization and Management*. New Jersey: Prentice Hall International.

Williamson, Oliver (1985): *The Economic Institutions of Capitalism*. New York: Free Press.

Ernst Fehr studierte Volkswirtschaft von 1975 - 1980 an der Uni Wien, war zu dieser Zeit Aktivist beim Roten Börsenkrach und Vorsitzender der ersten linken Fakultätsvertretung Österreichs. Zur Zeit ist er Professor an der Universität Zürich.

Simon Gächter studierte von 1984 - 1990 an der WU und an Universität Wien Volkswirtschaft und war ebenfalls RBK-Aktivist. Derzeit ist er Assistent am Lehrstuhl von Prof. Fehr.

LITERATUR:

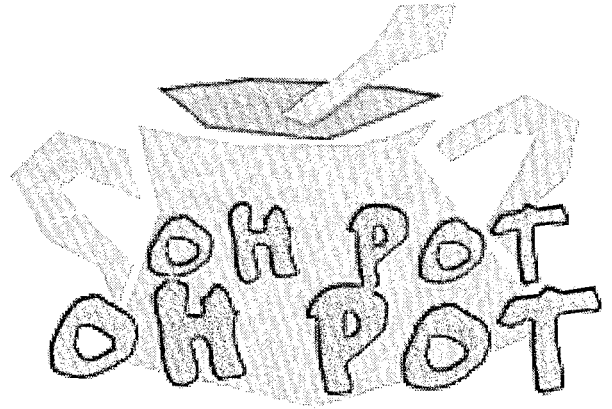
Akerlof, George (1982): "Labor Contracts as Partial Gift Exchange", *Quarterly Journal of Economics* 97, 543-69.

Bowles, Samuel (1998): "Endogenous Preferences: The Cultural Consequences of Markets and Other Economic Institutions." *Journal of Economic Literature*, Vol. XXXVI, pp. 75-111.

Falk, Armin, Simon Gächter, und Judit Kovács (1999): "Intrinsic Motivation and Extrinsic Incentives in a Repeated Game with Incomplete Contracts", *Journal of Economic Psychology* 20(3), 251-284.

Fehr, Ernst und Armin Falk (1999): "Wage Rigidity in a Competitive Incomplete Contract

Best Chili con Carne in Town!
Best Empanadas in Town!
Best Tacos in Town!
Best Wieselburger in Town!
Best Almdudler in Town!
Best Katu in Town!
Best Kaffee in Town!
Best Glühwein in Town!



Eintöpfe aus aller Welt

Außerdem: Pot Afrika, Filetröllchen, Tortilla Chips, Pasa Pa-
los, Zwiebelsuppe, Satarasch, Torta Tres Leches,.....

.....und alles nachzulesen unter: www.ohpot.at



Eintöpfe aus aller Welt

Cafe-Restaurant "Oh Pot"
Währingerstraße 22
1090 Wien
319 42 59
maria@ohpot.at

Für Börsenkrachler 10% Diskont auf alles bis 30.6.2000 (aber bitte dem Kellner vor-
her sagen, sonst nicht mehr möglich - elektronische Kassa, eh schon wissen)

Diese weitgehend leere Seite widmet die Vereinigung der Österreichischen Schrothändlerinnen all jenen, die solches zu schätzen wissen



25 Jahre Der Rote Börsenkrach - Basigruppe Volkswirtschaft

Im Wintersemester 1974/75 verteilten einige VWL-StudentInnen ein Flugblatt mit dem Titel: "Der Rote Börsenkrach - Nachrichten aus Lehre, Industrie und Finanz" - 9 weitere Flugblätter folgten. 1975 erschien der erste RBK in Zeitungsform. 25 Jahre später erscheint diese Festschrift und nicht nur der Untertitel der Zeitschrift hat sich geändert - die Basigruppe Volkswirtschaft an der Universität Wien besteht jedoch seit 1974 unter dem selben Namen: Der Rote Börsenkrach!

Was geschah dazwischen? Womit beschäftigten sich die BasisgruppenaktivistInnen damals und heute? Antworten soll diese Festschrift geben, obwohl sie auch nur eine rudimentäre Darstellung des Geschehenen sein kann und nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Mit Gastartikeln von:

ERICH HAAS
HARDY HANAPPI
ERNST FEHR
SIMON GÄCHTER
SYLVIA KAUFMANN
BERNHARD OBERMAYR
ALEXANDER VAN DER BELLEN